

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 27. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement Preis pränumerando:  
Wochenblatt 3,30 M., monatl. 1,10 M.,  
vierteljährlich 2,90 M. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Voll-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interlons-Gebühr**

Beträgt für die sechsstelligen Kolonien-  
gebühren oder deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gesellschaftliche Berichts-  
und Besprechungsbearbeitungen 25 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Nach dem Streik.

Seine Errungenschaften und seine Lehren.

Rom, den 24. September. (Fig. Ver.)

Es giebt Dinge, die sich nicht wagen und zählen lassen und doch schwer in die Waagschale der Geschichte eines Landes fallen. So ist nicht alles, was sich dem rechnerischen Kopfe als Vorteil darthut, ein Gewinn für die Sache, die es galt, nicht jeder Verlust eine Schwächung der effektiv Unterliegenden. In diesem Sinne muß man den italienischen Generalstreik zu allererst werten, nicht krämerhaft, so und soviel Millionen verkorener Arbeitstage, zerbrochene Fenster Scheiben auf der einen, die Erschütterung des Kabinetts auf der andern Seite. Der Streik hat eine so unschätzbare, so unermessliche Stärkung des Solidaritätsgefühls und Opferstuns in unserem Proletariat erzielt, er ist wie eine feierliche Mündigkeitserklärung gewesen, hat wie durch ein Wunder zur Reife gebracht, was Jahre der Organisation und der Propaganda vorbereitend gepflegt, daß er auf alle Fälle einen Gewinn für die italienische Arbeiterbewegung darstellt, selbst wenn er zu den schlimmsten Dingen der Reaktion Anlaß gäbe. Ein Arbeiter, der diese Tage handelnd durchlebt hat, in ihrem fürchtbaren Ernst und ihrer warmen Begeisterung, dem können sie nimmermehr ganz verloren gehen. In diesem Sinne geht von der großen, aus dem Masseninstinkt herausgeborenen Protestbewegung eine schöpferische revolutionäre Kraft aus, die kein Erfolg zu geben, kein Mißerfolg zu nehmen vermag.

Diese, sagen wir ideale Wirkung des Streiks kann man allerdings nur dankbar begrüßen: sie wiederholen, sie als Zweck einer Bewegung setzen kann man nicht. Sie ist wie ein Naturgeschehen aus dem Urquell sieghafter und zukunftsreicher Kraft des Proletariats.

Da nun aber an dem Streik das das meiste praktische Interesse erweckt, was gewollt, beabsichtigt und geleistet wurde — was also gegebenenfalls wieder zu wollen und zu leisten wäre — ist es sehr wesentlich, auch von den ideellen Faktoren abzusehen und den Streik rein faktisch zu werten.

Hat er dem Klassenkampf das gebracht, was er ihm gekostet hat?

Ohne allen Zweifel: ja.

Mancher mag auf die großen Opfer der Arbeiterschaft weisen und sagen: was habt ihr davon gehabt? Giolitti bleibt am Ruder, ein Gesetz gegen die Verwendung von Truppen habt ihr nicht. Für ein riesiges Kraftaufgebot habt ihr ein paar hohle Versprechungen erhalten.

Wenn der Streik nur eine Art Unterfütterung und Verstärkung der parlamentarischen Aktion der Partei hätte sein sollen, so wäre der Einwand berechtigt. Er war aber sehr viel mehr. Durch ihn wollte das Proletariat einem System der gewalttätigen Unterdrückung ein halt entgegenzusetzen, und diesem den ganzen Nachdruck seiner sozialen Macht verleihen. Je größer das proletarische Aufgebot, umso stärker der Nachdruck. Und so war der Massenstreik vor allem eine Drohung und bedeutete für die Regierung: ihr könnt und Arbeiter bei allen möglichen Gelegenheiten töten, denn ihr habt die Waffen und die Schergen; ungestraft aber könnt ihr es nicht, denn wir vermögen in wenigen Stunden das ganze wirtschaftliche Leben des Landes festzusetzen, wir sind im Stande, auch ohne Licht und ohne Brot und ohne Fleisch zu leben, wir können über eine Million Proletarier von der Pflugshare, aus der Fabrik, aus den Bergwerken fort auf die Straßen schicken. Wir setzen eurer Macht unsere Macht entgegen.

Mit Recht hebt Genosse Leone im „Avanti“ hervor, daß die Bedeutung des Streiks darin besteht, daß er sich jederzeit wiederholen kann. Ohne das wäre er nur ein imponierendes Schauspiel gewesen. Als ein neues Machtmittel des Proletariats, als eine erprobte Waffe und Waffe ist er ein geschichtliches Ereignis. Gesetze — besonders solche zum Schutze der Arbeiter — lassen sich beugen. Die tatsächliche Macht, ein Unrecht zu ahnden, ist mehr wert als ein Gesetzesparagraf gegen das Unrecht.

Als Drohung ist der Streik vollständig geglückt: Die Regierung hat eine derartige Massenmobilisierung so wenig erwartet, zeigte sich in einer Weise davon überwältigt, daß es geradezu der Bewegung verhängnisvoll zu werden drohte. Die Kopf-schweibheit der Behörden, die sich z. B. in der Aufhebung des Postverkehrs zeigte, ließ in verschiedenen Gegenden den Gedanken auf-tauchen, die Stunde der sozialen Revolution sei gekommen. An heillosen Schrecken in naheliegenden Kreisen hat es also wahrhaftig nicht gefehlt.

Kun ist aber ganz sicher, daß sich unter denselben Umständen die Bewegung nicht wiederholen wird. Natürlich wird sich die Bourgeoisie nicht zweimal überrollen lassen. Gewisse Abwehr-maßregeln, die wir nicht aufzuzählen brauchen, wird sie schon treffen. Auch dürfte die relativ vernünftige Verwendung der bewaffneten Macht — man wollte den künftigen König doch nicht im Zeichen der Waffennetze geboren werden lassen — nicht zur Regel bei ähnlichen Konflikten werden. Der besser organisierten Abwehr der Gegner werden auch wir eine bessere Vorbereitung entgegenstellen.

Was die Umsicht der Leitung, die Solidarität in der Arbeits-niederlegung und Wiederaufnahme betrifft, so war sie diesmal musterhaft. Überall beschloßen die Arbeitskammern des Orts oder der Provinz den Streik, die einzelnen Gewerkschaften die Modalitäten der Arbeitsruhe für ihren Beruf. Die Ordre zur Wiederaufnahme der Arbeit ging stets wieder von den Arbeitskammern aus, nach Ab-stimmung der Vorstände oder einer öffentlichen Versammlung. Nirgends ist der Streik abgeflaut, abgebrochen, sondern stets durch ordnungsmäßigen Beschluß beendet worden.

Trotzdem war die Bewegung natürlich nicht frei von Fehlern und Schwächen.

Da war zunächst die mangelnde Gleichzeitigkeit. Im ganzen hat man in etwa 900 Ortschaften gestreikt; nach einer, natürlich sehr ungefähren Schätzung überstieg die Zahl der Streikenden eine Million. Wenn diese gemeinsam drei Tage gestreikt hätten, so wäre der Eindruck viel drohender und nachhaltiger gewesen. Es ist aber unschwer zu verstehen, daß sich ohne Gegenstände die Gleichzeitigkeit des Streiks ein andermal erzielen läßt.

Ersister ist ein anderer Umstand: die Sorge vor anarchistischen Exzessen hat diesmal sehr lähmend gewirkt. Die Anarchisten haben sich auch diesmal in Anreizungen zur Gewalt gefallen, die, an sich unschädlich, in den Stunden großer Spannung sehr zu fürchten sind. Unter den Anarchisten befinden sich hier wie überall tüchtige, achtbare Menschen, die es grundehrlich meinen. Die Polizei verfolgt sie wie tolle Hunde und sichert ihnen so die Sympathie der Massen. Trotzdem muß man aber künftighin, ohne Gefährdungselei, wenn auch ohne unnötige Härte und Bitterkeit, dieser Sympathie entgegenzutreten. Es stehen so gewaltige Interessen bei den proletarischen Massenbewegungen auf dem Spiel, daß man die Pflicht hat, ungeheure Elemente fern zu halten, die sich als gefährlicher als man bisher zu über hat. Wer die Arbeiter, wenn auch hundertmal in gutem Glauben, ans Messer liefert — und was wäre eine blutige Revolte anders gewesen? — ist eben ein Feind ihrer Bewegung.

Während die Anarchisten nur als beständige Drohung lähmend wirkten, hat der exzessive Stadtprolet den Streik positiv geschädigt. Bedeutende Ausschreitungen sind zwar nicht vorgekommen. Doch man Letzteren und Ludenscheiben zertrümmerte und die Truppen mit Steinen bewarf, war aber allemal unnötig und ebenso barbarisch und einer so großen vornehmen Bewegung unwürdig. Hier haben Partei und Gewerkschaften viel Eifer und Kraft auf-gewendet, um Einhalt zu thun. Für künftige Fälle wird man aber gut thun, bei der vollständigen Einstellung des Sicherheitsdienstes von Seiten der Regierung sofort eine Polizei zu organisieren. In Mailand ist dies geschehen und man hat in den fünf Tagen proletarischer Diktatur weniger Verbrechen und Ausschreitungen zu verzeichnen, als in normalen Zeiten.

Da es sich hier nur um ein Präventivverfahren handelt, genügt es, die Exzessanten „aus dem Verkehr zu ziehen“. In Mailand brachte man sie nach Hause und übergab sie ihren Angehörigen. Nur die, bei denen dies nicht anging, wurden in Wachstuben ein-geschlossen. Für Genoa, wo die Bewegung am drohendsten war, erwies sich das Fehlen einer sozialistischen Polizei als sehr bedauerlich.

Noch einiges über die Ausdehnung der Streikbewegung. Soll man, als Protest gegen barbarische Gewalt, eine Stadt ohne Licht, ohne Reinigung, ohne Brot, ohne Zeitungen lassen? Einige Genossen meinen, die Arbeiterschaft, die doch eine höhere Ziviltät darstelle, dürfe das nicht thun. Nun, wir halten dafür, daß man einen Menschen nicht bedrohen kann, indem man ihn in Warte packt. Natürlich geht's nicht ohne Opfer, sonst hätte die Bourgeoisie zu allererst den Generalstreik erfunden. In Genoa oh man Schiffszwieback statt Brot, weil das Brot 1,60 Lire das Kilo kostete. Und wenn schließlich auch Menschen hungern müssen, so muß das eben auch ertragen werden. Hungern sie nicht zu Tausenden in den normalen Zeiten bürgerlicher Ordnung? — Wägen auch welche hungern in den Geburtswehen einer neuen Zeit! Allzu sentimental darf man's nicht nehmen: durch Streikeln protestiert man nicht gegen Blutvergießen.

Grausamkeit und Brutalität muß die Arbeiterschaft aus Achtung vor sich selbst vermeiden. So dürfen die Krankenträger nicht streiken, Brot für die Hospitaler muß gegeben werden (in Genoa fehlte es), Milch darf den Kindern und Kranken nicht fehlen (in Venedig gosh man sie in den Kanal). Davon hatten die Parteifaktionen und Arbeitskammern eine ganz klare Vorstellung. In Florenz, Mailand und andern Orten forderten sie selbst die Krankenträger auf, ihren Dienst weiter zu versehen. Die Arbeitskammer von Sampier-darena ließ gleich nach Erklärung des Generalstreiks einen Aufruf anschlagen, in dem die Verkäufer von Spirituosen aufgefordert wurden, keine geistigen Getränke weiter abzugeben, während man den Milchverkäufern an-empfohl, den Kindern und den Kranken diese nötige Nahrung nicht fehlen zu lassen. Wo, wie in Genoa, Mailand, Venedig, Bologna, Neapel usw. alle Läden geschlossen wurden, hörte natürlich der Weinverkauf von selbst auf. In den andern Orten wäre eine sehr energische Anti-Alkohol-Propaganda umso mehr am Platze gewesen, als fast überall der Streik nach dem Jahrtag fiel.

Natürlich kann die Logik der Dinge Opfer und Sach-schädigungen erfordern. So hatte man in Sampierdarena hundert Matrosen in die Gasfabrik geschickt, damit sie das Gas bereiten sollten. Die armen Teufel waren da eingeschperrt und hatten nichts zu essen. Es lag hier in der Natur der Sache, daß die Aus-ständigen die Verproviantierung hinderten, wodurch denn auch die Gasbereitung unterblieb. Auch das Ausschließen der Eisenbahnschienen kann geboten sein, sobald die Regierung die öffentlichen Bahnen nur der Klassenverteidigung der Bourgeoisie dienen läßt. Man hat übrigens die Abfahrt derzüge auch ohne Sachschädigung zu hindern vermocht, indem sich Hunderte von Frauen mit ihren Kindern auf die Geleise warfen.

Der Generalstreik soll ja gerade der Bourgeoisie zeigen, was ihre Gesellschaft wäre ohne das Proletariat: ein lebensunfähiges Ganze. Da man aber vom Generalstreik nicht in den Zukunftstaat gelangt, sondern zunächst die normale bürgerliche Gesellschaft, so muß der Streik möglichst wenige Verletzungen bürgerlicher Gesetze mit sich bringen, damit er das Proletariat nicht zu viel kostet. Je vernünftiger und gestifteter das Gros der Streikenden, je energischer die Aktion gegen den Böbel, um so eher ist es möglich, bei einem künftigen Generalstreik als eine Bedingung der Wiederaufnahme der

Arbeit die Freilassung der während des Streiks Verhafteten zu setzen.

Neben deutlichen Lehren giebt uns der Streik auch viele Fragen auf, die das internationale Proletariat gut thun wird reichlich zu erwägen. Ist die Unterdrückung der Presse unabwiesbar und — wenn sie das nicht ist — ist sie zweckmäßig? — Können die so zahlreichen und großen Produktivgenossenschaften verwendet werden, um dem Proletariat die Krise der Nahrungsmittel-Verteuerung zu erparieren? — Soll man anstreben, den Streik auch auf das häusliche Dienstpersonal auszudehnen? — Diese und andre Fragen wird man jetzt in Ruhe behandeln.

Daß ein andermal die Eisenbahner streiken müssen, wird von diesen selbst anerkannt und steht außer Diskussion. Diesmal hat die mangelnde Gleichzeitigkeit der Bewegung lähmend gewirkt; der Mangel an Vorbereitung und vielleicht auch der Umstand, daß die Eisenbahner gerade jetzt in den lebhaftesten Verhandlungen mit der Regierung stehen, um ihre wirtschaftliche Lage zu heben, wobei sie die Drohung des Generalstreiks als wirtschaftliches Kampfmittel im Hintergrund hatten.

Als unmittelbare Folge haben wir also, daß die Regierung all ihren Einfluß ausbietet, um den Gebrauch von Waffen beim Konflikt mit den Massen zu verhindern, daß die herrschenden Klassen unsere Machtmittel kennen und fürchten, daß wir selbst sie kennen und aus dieser Kenntnis die Verpflichtung schöpfen, den Sozialismus in den Massen immer mehr zu vertiefen, Selbstgüch, Menschlichkeit, soziales Gefühl, die Kraft der Mäßigung und den Mut der Verantwortung beständig zu heben und zu stärken, auf daß mit der revolutionären Kraft die kulturelle Gestaltung Schritt halte. Weiter zu arbeiten, besser zu arbeiten für unsere Ideale, dazu fordert uns der Streik auf; immer mehr Agitation, immer mehr Auf-klärung, immer festere Organisation predigen und eindringlich die ruhmvollen Tage des Generalstreiks.

Wir dürfen sie nicht um geringes wieder heraufbeschwören, aber wir wollen und müssen uns die Möglichkeit, sie zu wiederholen, allezeit offen halten.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September.

Die Gegner über Bremen.

Kaum je hat sich ein solcher Grad tastender Unsicherheit bei unsren politischen Gegnern gezeigt als jetzt in ihren Versuchen, den Parteitag in Bremen zu beurteilen. Die sonst gewohnheitsgemäß angewandten Maßstäbe versagen, sie können nicht fabeln von Sieg und Unterliegen der „Revisionisten“ oder „Radikalen“, von hoffnungs-vollen Spaltungszweigen, sie finden auch nicht die erfahnten Anlässe zu Schmähungen und Verunglimpfungen. Es wird ihnen unsäglich schwierig, ihre Feindschaft zu betätigen, und so verfallen sie denn auf allerlei widerspruchsvolles Durcheinandergerede.

Der Parteitag war zunächst unsren Gegnern nicht „interessant“ genug, wie wir es voraussetzen. Es gab keine „Hölle“, die sich durch falsche Darstellung vor den Kenntnislosen einigermassen „fruchtbarer“ lassen; auch mit dem „Fall Schippel“ können sie nichts beginnen, sie müssen vielmehr selbst gestehen, daß unsre Partei, wie sich diese Angelegenheit gestaltet hatte, kaum anders verfahren konnte als sie verfahren ist. Denn also „nichts los“ war, so erklärt man den Parteitag für „inhaltslos“, für „langweilig“, für „öde“. Die langweilige Inhaltlosigkeit hindert aber nicht, daß alle die Blätter, die sich um erhoffte Sensationen betrogen sehen, dennoch in ausführ-lichen und manche von ihnen in mehreren Artikeln über den Partei-tag und einzelne der auf ihm behandelten Gegenstände sich ver-breiten. Giebt es Parteitage irgend einer andern Partei, die nur entfernt in dem Maße die Öffentlichkeit beschäftigen, wie unser Parteitag in Bremen, der wiederum den Widerwillen der Gegner, sich mit den sozialdemokratischen Dingen überhaupt eingehender einzu-lassen, niederzwang?

So eifrig aber die gegnerischen Blätter ihre Enttäuschungen über den Verlauf des Bremer Parteitages zur Schau tragen, so wenig wissen sie seine wirkliche Bedeutung zu erfassen. Da stürmische Szenen, wie sie in Dresden ausbrachen, sich nicht wiederholten und ihnen nicht günstige Ausnahmumöglichkeiten boten, so schwanen sie ratlos zwischen der Frage, ob die sozialdemokratische Partei denn nun wirklich anjange „vernünftig“ zu werden, oder aber ob sie heuchlerische „Reifereiterei“ betreibt. Die einen glauben, Anfänge der „Vernunft“ zu bemerken, weil der Parteitag scheinradikale Vorschläge abwies, die er stets abgewiesen hat auch in den Zeiten der größten „Unvernunft“. Die andern — und das ist das Gros — reden von Heuchelei und Verschleiierung, obgleich in der Sache der Parteitag so radikal war wie irgend ein andrer. Unsre Gegner sehen stets nur das Keucherliche der sozialdemokratischen Vorgänge, niemals die Sache selbst. Das aber gerade ist die Be-deutung des Parteitages in Bremen, daß sachlich wertvolles verarbeitet wurde. Wenn unsre Gegner nicht recht wissen, wie sie unsre Beratungen für ihre Zwecke ausbeuten sollen, wir wissen um so besser, wie wir sie für unsre Zwecke nützen können. —

Der Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien.

Aus Wien wird uns vom 25. September geschrieben: Endlich haben die Verhandlungen in Valsugana, deren Abreihen man schon so oft befristete, zu einem Ergebnis geführt: zwischen den Unterhändlern beider Staaten ist ein neues Protokoll vereinbart worden und der Entwurf eines neuen, definitiven Handelsvertrages ist zustande gekommen. Damit ist seitens Oesterreich-Ungarn der erste neue Vertrag vereinbart worden, zu dem neuen handels-politischen Gebäude gleichsam der Grundstein gelegt. Es ist anzunehmen, daß nun die — freilich ungleich gewichtigeren — Verhand-

Angen mit dem Deutschen Reiche schneller in Fluß kommen werden, als es bisher der Fall war.

Eine provisorische Vereinbarung war deshalb nötig, weil das frühere Vertragsverhältnis infolge Kündigung von Seiten Oesterreichs am 31. Dezember 1903 abgelaufen war und das im Dezember vereinbarte provisorische Uebereinkommen nur für neun Monate abgeschlossen wurde, also am 30. September 1904 aufhört. Gefündigt wurde der Vertrag ausschließlich wegen der *W e i n z o l l - K l a u s e l*, auf deren Beseitigung die Weinproduzenten in beiden Reichshälften so heftig drangen, daß sich die Regierungen dem Druck nicht zu entziehen vermochten. Dazu kam noch, daß in Konsequenz eines mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages jene ausnahmsweise Vergünstigung des italienischen Weines, die in der *W e i n z o l l - K l a u s e l* eingeräumt war, nun auch dem französischen Weine zu gute kommen wäre — eine Eventualität, die unter allen Umständen verhindert werden mußte und nur durch die Kündigung des italienischen Vertrages zu erzielen war. Die *W e i n z o l l - K l a u s e l* — sie besteht darin, daß für italienischen Wein gegenüber dem autonomen Zollsatz von 20 Gulden in Gold in Form einer Grenzvergünstigung ein Zollsatz von 8,20 Gulden in Gold beivilligt war — wurde im Dezember vorigen Jahres formell beseitigt; da aber Italien das Recht zugesprochen wurde, die ausnahmsweise Einfuhr noch bis zum 20. Januar fortzusetzen, so war die Klausel in Wirklichkeit für die ganze diesjährige Einfuhr noch in Kraft gewesen. Nun ist als Provisorium bis Ende 1905 — von da an hofft man den definitiven Vertrag in Kraft setzen zu können — folgendes vereinbart worden: Das gegenwärtige Verhältnis (keine Ermäßigung für italienischen Wein) gilt noch bis 14. Oktober. Vom 15. Oktober wird dem italienischen Wein das Zugeständnis eines ermäßigten Zollsatzes von 6,50 Gulden in Gold gemacht. (Die österreichischen Zölle, die noch aus der Papiergeldzeit stammen, werden in Gold gerechnet, so daß zu den Tariffätzen ein variabler Aufschlag von durchschnittlich 20 Prozent kommt. Die Differenz zwischen der früheren und der jetzigen Ermäßigung stellt sich in Kronenwährung: 7,62 Kronen Zoll der Klausel, 15,48 Kronen Zoll des neuen Provisoriums. Aber diese neue Bewilligung wird noch an verschiedene Bedingungen geknüpft. Erstens ist das Quantum der Einfuhr begrenzt: es können insgesamt während der ganzen Dauer des Provisoriums nur 450 000 Hektoliter aus der diesjährigen Ernte stammender weißer Wein eingeführt werden. Die Einfuhr muß in Häfen geschehen, mittels Eisenbahn erfolgen und eine bestimmte Menge des Weines muß zu Verschneidungszwecken verwendet werden. Eine Reihe dieser Erschwernisse der Einfuhr richtet sich allerdings nicht gegen Italien, sondern hat mehr den Zweck, das erlaubte Quantum Italien zuzuwenden. Die Begünstigung gilt nämlich formell für alle meistbegünstigten Staaten, wird aber infolge der Beschränkungen zumeist Italien zufließen. Nebst jenem Quantum wird noch für 4000 Hektoliter *M a r s a l a -* *w e i n* die ausnahmsweise Vergünstigung eines Zollsatzes von 7,50 Gulden bewilligt. Diese Vergünstigungen werden aber nur in dem bis Ende 1905 laufenden Provisorium eingeräumt; in dem eigentlichen Handelsvertrage hört jede wie immer geartete Vergünstigung für den italienischen Wein auf und es wird ausnahmslos dem Zollsatz des neuen autonomen Tarifs (60 Kronen) unterworfen. Von 1906 an wird also der Zoll für italienischen Wein von 7,62 Kronen auf 60 Kronen erhöht, die Einfuhr italienischen Weines nach Oesterreich-Ungarn fast gänzlich beseitigt sein. Sie betrug in den letzten Jahren durchschnittlich eine Million Hektoliter pro Jahr im Werte von rund 23 Millionen Kronen: Italien hat also hier eine schwerwiegende Einbuße seines Exports zu verzeichnen.

Es ist selbstverständlich, daß Oesterreich-Ungarn diese „Erzwingenschaft“ einestheils mit andern Konzessionen, andererseits mit Verschlechterungen seiner Exportinteressen bezahlen muß. Die Konzessionen an Italien bestehen vornehmlich darin, daß die Zölle für die italienische agrarische Produktion nirgendwo erhöht, zum Teil noch ermäßigt werden; die Verschlechterung der Bedingungen der Einfuhr nach Italien soll hauptsächlich in der Aufhebung der Zollfreiheit für Pferde liegen. Uebrigens wird der Inhalt des Vertrages geheim gehalten und die darüber in der Presse begründeten Angaben scheinen mehr Kombinationen zu sein. Jedenfalls ist der Vertrag bereits unterzeichnet, und so entsteht für Oesterreich-Ungarn die Frage, wie es ihn gesetzlich festlegen will oder richtiger kann. Das provisorische Uebereinkommen wird in Oesterreich — wie schon das vom vorigen Jahre — mit dem § 14 „verordnet“ werden. Wie wird es aber mit dem definitiven Instrumente, das zwölf Jahre gelten soll, sein? Zwar ist bis zu dessen vorläufigem Beginn noch lange Zeit (1 1/2 Jahre), aber angesichts der trostlosen parlamentarischen Verhältnisse verläßt sich überall auf die Uebereinkunft, daß sämtliche fremde Staaten ihre handelspolitischen Vereinbarungen nicht mit dem *S t a a t e* Oesterreich-Ungarn, sondern mit dem — § 14 „abschließen“ werden.

## Deutsches Reich.

### Knappschaffswahlen und Centrumspartei.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Der Ausfall der Knappschaffswahlen ist der vorzeitig siegesicheren Centrumspartei arg auf die Nerven gefallen. Anfangs versuchte ihre Presse den Wahlsieg der „roten Brüder“ zu verbunkeln durch tendenziöse Zahlengruppierung. Nun giebt aber der „Christl. Bergknappe“ die Zahl seiner behaupteten Siege selbst auf nur 110 bis 111 an, was einen schweren Verlust bedeutet. Die Centrumspresse sucht sich zu reваншиeren, indem sie in allergeringster Weise dem Gegner jämliche Kampfesweise nachsagt. Ein langer Artikel in der „Königlichen Volkszeitung“ bedauert zwar die beispiellos rohe Schreibweise der Gegenwerkvereinsblätter, führt aber zu ihrer Entlassung einige Ausdrücke der „Vergarbeiter-Zeitung“ an, um zu beweisen, daß von dieser Seite die „Christlichen“ provokiert seien. Wer die heftigen Ausdrücke vergleicht, erkennt unschwer, auf welcher Seite die Wahrheit herrscht. Dabei stellen wir fest, daß die Verbände sich noch passiv verhielten, als auf „Christlicher“ Seite schon mit den kühnsten Argumenten wie „rotes Gefindel“, „rote Arbeiterverräter“ u. dergl. operiert wurde.

Die gewerkschaftliche Haltung der Verbandsleitung nennt die „N. W.“ „Verleumdungen“, das ist die alte Methode, die am 10. September Schiffsbruch litt. In der deutschen Gewerkschaftswelt ist die neutrale Haltung des Vergarbeiter-Verbandes bekannt, sie hat bekanntlich auch schon zu persönlichen Reibereien zwischen einigen Verbandsführern, die *S o c i a l d e m o -* *kraten* sind, und einigen Parteiführern geführt, weil die letztern die Vergarbeiter-Taktik für parteischädlich hielten. Insbesondere ist die gewerkschaftlich-neutrale Haltung des Genossen Hue oftmals von Parteigenossen kritisch abfällig erörtert worden. Ein Ausfluß dieser zeitweilig sehr heftigen Diskussion war eine seiner Zeit in unserem Eisener Parteiblatt erschienene sehr abfällige Charakteristik Hues, die beziehungsweise von derselben Centrumspresse seit Jahren ausgeschlachtet wird, die sich sonst den Anschein giebt, als ob sie für „neutrale Gewerkschaften“ sei. Hue sieht nach wie vor auf dem Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität, ohne allerdings Kur-Gewerkschaftler zu sein, er war es auch niemals. Gleichwohl ist gerade Hue Gegenstand der heftigsten kirchlichen Angriffe. Ein Beweis, daß die Centrumspartei von einer neutralen Gewerkschaftsbewegung unter den Vergarbeitern nichts wissen will, weil sie weiß, daß sie dem kirchlichen Einflusse Abbruch thut. Nur scheinbar hat die Centrumspartei

den Standpunkt von 1877 verlassen, wo ihre einflussreichsten Führer das Zustandekommen eines neutralen Vergarbeiter-Verbandes eingekundem haben aus parteipolitischen Gründen bereiteten. Seitdem herrscht auch der Zwiespalt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung an der Ruhr. Die „Königliche Volkszeitung“ will glauben machen, die Sozialdemokraten hätten den Zwiespalt herbeigeführt. Das Gegenteil ist richtig, wie aus den „Christlich-socialen Blättern“, Jahrgang 1878, unzweifelhaft hervorgeht. Uebrigens wird die Stammpartei der kirchlichen Zöglinge noch die Rechte beschützigen; die Verbandsführer haben Klage eingereicht, es wird sich also herausstellen, was von den gegen die Genossen Sache, *S c h r ö d e r*, *H u s e m a n n*, *H u e*, *H o r n* u. s. w. geschleuderten kirchlichen Verleumdungen wahr ist.

Die Art des Rechtfertigungsversuches in der „N. W.“ verbürgt uns neue Erfolge. Wir können ganz damit einverstanden sein, daß die Kirchlichen die so naheliegenden Quellen ihrer Niederlage zu verdecken suchen. Vor allen Dingen hat die Entwicklung der *C e n t r u m s p a r t e i* nach rechts ihnen viele Positionen unter den Arbeitern gelöst. Der *Z o l l w e s e n t a r i f* hat tausenden katholischen Proletariern die Augen geöffnet. Wenn dann noch ein Strategie wie *B r u n s t* hinzu kommt, kann es uns nicht fehlen!

Strampfen bemüht sich ferner die kirchliche Presse, der Ruhr der „katholischen Kirche“ als Volkwerk gegen die „Sozialdemokratie“ zu retten. Die Niederlage soll prinzipiell verschuldet sein durch das Zustandekommen „oft nicht der besten Elemente“ in den Ruhrbergbau und das Verschwinden des „alten anständigen Bergmannsstandes“. Dieser Rechtfertigungsversuch ist erst recht fatal verunglückt; das ist eine Sache von höchster innerpolitischer Bedeutung. Die Einwanderung nach hier kommt überwiegend aus *k a t h o l i s c h e n* *L a n d e s t e i l e n*! Wenn das „oft nicht die besten Elemente“ sind, rüchständige, nur zum „Drauschlappen“ geeignete Leute, so scheint Herr *B r u n s t* doch Recht zu haben, als er vor 1 1/2 Jahren schrieb: „In den allerchristlichsten Gegenden sind die Arbeiter am rüchständigsten!“

Unterjochen wir aber die Gruppierung der Ruhrbergmannschaft, so finden wir, daß in den südlichen Revieren mit der höchsten Ziffer altanfängiger Vergarbeiter der „socialdemokratische Verband“ seine Stützpunkte hat! Hier erzielte er die größten Majoritäten. Im Norden aber, wohin sich die Waffe der Einwanderer wendet, über deren geistige Qualität die „Köln. Volksztg.“ so absprechend urteilt, im Norden hat der „christliche Gewerksverein“ am besten abgeschnitten! Also das Wahlbild zeigt das gerade Gegenteil dessen, was die „Köln. Volksztg.“ beweisen will.

Legt man Wert auf konfessionelle Unterschiede, so findet man, daß der „socialdemokratische Verband“ in Bezirken mit fast rein katholischer Bevölkerung glänzend siegte. Dies ist politisch um so bedeutender, weil die Kirchlichen gerade in diesen Bezirken mit all ihren „geistigen Waffen“ zu Felde zogen. Der „Centrumsturm“ ist hier gründlich abgebrochen worden; dies geschieht auch kirchliche zu, die sich selbst nichts vorzuden können.

Interessant ist nur, daß als „soziale Hilfsmittel“ die „Königliche Volkszeitung“ u. a. auch den Bau von Kirchen anregt und die Unternehmer tabelt, daß sie „wenig oder gar nichts“ für Kirchenbauten thun! Die „liberalen, anti-christlichen“ Unternehmer zum Kirchenbau einladen, das ist im kirchlichen Zeitalter gewiß nicht verwunderlich, bedeutet aber den Zusammenbruch der christlich-social-radikalen Propaganda, mit der bisher das Centrum die rheinisch-westfälischen Industrie-Arbeiter an seine Fahne zu fesseln vermochte.

### Ballins Rechtfertigung.

Die Zusammenkunft der Reedereidirektoren mit dem Reichskanzler scheint doch auch der Besprechung über unsre Enthaltungen aus der Praxis der Auswandererbehandlung gedient zu haben. „S. T. W.“ verbreitet folgendes:

Von zuständiger Seite gehen der „Neuen Hamburgischen Wörstehalle“ unter Bezugnahme auf von der socialdemokratischen Presse gegen die Auswanderer-Kontrollstationen gerichtete Angriffe eine Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse zu, in der es heißt: Die Kontrollstationen an der russischen Grenze sind von den deutschen Gesellschaften im Jahre 1893 aus Anlaß der damaligen Choleraepidemie auf Verlangen der preussischen Regierung errichtet worden. Ihre Errichtung erfolgte in erster Linie aus sanitären Gründen. Neben der ärztlichen Untersuchung erfolgt in den Kontrollstationen die Feststellung der Persönlichkeit der Auswanderer, da die deutschen Gesellschaften verpflichtet sind, für alle Kosten aufzukommen, welche dem Deutschen Reiche, den Einzelstaaten oder Gemeinden durch den Durchzug der Auswanderer, ihren Aufenthalt und durch etwaige Rückwanderung entstehen. Im übrigen erfolgt die Durchsicht durch die Kontrollstationen entsprechend den Vorschriften, welche die preussische Regierung für die Kontrollstationen erlassen hat und unter Verhinderung der Einwanderungsbestimmungen der Vereinigten Staaten. Die Darlegung betont ferner, daß infolge der Errichtung der Kontrollstationen jede Einschleppung von epidemischen Krankheiten verhindert worden, daß ferner weder dem Reich noch den Einzelstaaten oder den Gemeinden infolge der Durchwanderung Kosten entstanden und daß viele Tausende vor dem Verlust ihres Vermögens und der Juridikweisung in Amerika bewahrt worden seien. Die Mitteilung schließt: Durch die Stationen werden auch die Auswanderer aller Dampfschiffahrts-Gesellschaften zur Beförderung zugelassen, die mit den deutschen Dampfschiffalinen in entsprechendem Vertragsverhältnis stehen. Wenn eine einzelne Dampfschiffahrts-Gesellschaft, wie das zur Zeit bei der *C u n a r d -* *L i n i e* der Fall ist, von diesem Vertrage zurücktritt, so hört damit selbstverständlich auch das Recht für diese Gesellschaft auf, ihre Passagiere durch die Kontrollstationen passieren zu lassen, und es müssen solche Passagiere daher zurückgewiesen werden. Dabei ist allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß es sich bei Zurückweisung solcher Passagiere um einzelne Auswanderer handeln kann, welche sich dem Militärdienst in Rußland zu entziehen suchen. Ebenso ist es nicht ausgeschlossen, daß bei den Hunderttausenden, welche die Kontrollstationen passieren, hier und da einzelne Mißgriffe seitens der betreffenden Beamten vorkommen, welche aber selbstredend, sobald der Sachverhalt aufgeklärt ist, rektifiziert werden.

Das hat alles schon das „Berliner Tageblatt“ gesagt und dem haben wir in unsern Nummern 222 und 223 ausführlich gebient; wir mühten uns nur wiederholen, wollten wir auf diese Darstellung nochmals im einzelnen eingehen. Nur auf eins sei noch hingewiesen. Die Rechtfertigung sagt, daß die *C u n a r d -* *L i n i e* kein Recht habe, ihre Passagiere durch die Kontrollstationen gehen zu lassen, da sie an dem Pool nicht beteiligt sei.

Es handelt sich gar nicht um die Rechte der *C u n a r d -* *L i n i e* oder irgend einer andern Schiffahrtsgesellschaft, sondern es handelt sich um das Menschenrecht der armen Auswanderer. Wir haben Protest erhoben dagegen, daß die Auswanderer von den Schiffahrtsgesellschaften als Ware behandelt werden, daß sich der Staat mit seinen Beamten in den Dienst der Gesellschaften stellt und daß der Staat mit diesem Liebesdienst gegen die Reedereien zugleich einen Liebesdienst gegen den Jargonismus verbindet.

Es ist deshalb auch weit weniger eine Rechtfertigung von den Reedereien als vielmehr eine Rechtfertigung von der Regierung zu fordern.

**Kemterwechsel.** Der langjährige Direktor des Reichskanzleramts, Geheimrat v. *C o n r a d*, wird von diesem Posten zurücktreten, um im Landwirtschaftsministerium die Fortführung der polenfeindlichen Ansehenspolitik zu betreiben. Als sein Nachfolger ist der Landtags-Abgeordnete Herr v. *L o b e l l* anberufen. Herr v. *L o b e l l*, welcher einige Jahre auch Mitglied des Reichstags war, bis sein Mandat für Brandenburg löstert wurde, hat sich als überaus reaktionärer Heißhörn erwiesen. Es ist einigermaßen auffällig, daß der Reichskanzler eine derartige „Kraft“ zur Leitung seiner Kanzlei be-

rufen. Geheimrat v. *C o n r a d* übernimmt im Landwirtschaftsministerium die Stelle, die durch das Ausscheiden des Unterstaatssekretärs *S t e r n e -* *b e r g* frei wird.

**Monarchische Wichtigkeiten.** Am Montagvormittag verstarb in *D e t m o l d* der Graf *R e g e n t* *E r n s t*. Man erinnert sich, daß derselbe um die Regentchaft einen langen Kampf gegen den Prinzen *R o s s* von *S c h a m b u r g -* *L i p p e*, welcher durch den Kaiser unterstützt worden war, führen mußte. Nach dem Ableben des Grafen *E r n s t* dürften neue Erbstrittigkeiten um die Regentchaft entstehen, die infolge der Geisteskrankheit des eigentlichen Fürsten von *G o t t e s* *G r a d e n* *A l e x a n d e r* erforderlich ist. Vereist hat der älteste Sohn des Grafen *E r n s t*, Graf *L e o p o l d*, die Regentchaft übernommen, die aber angefochten werden wird.

Die Erbstrittigkeiten in *L i p p e -* *D e t m o l d* bieten bekanntlich die traurigsten Wunderlichkeiten des deutschen Monarchismus. Das Recht zur Regentchaft wird der *D e t m o l d*ischen Linie beschieden, weil vor 150 Jahren etwa eine Ahnrau des Hauses sich nicht der nötigen standesgemäßen Ebenbürtigkeit erwehren konnte. Diese ungeheuer wichtige Frage dürfte jetzt von neuem und um so mehr aufgeworfen werden, als die Behauptung aufsteht, daß jene Ahnrau nicht einmal aus einer ordnungsmäßigen Ehe entsprossen sein sollte. Man sieht, daß die schwierigsten Probleme der Ebenbürtigkeit und des Monarchismus hier aufgeworfen sind. Es kann das fürchterliche geschehen, daß ein Volk, da sein wahrer Fürst im Irrenhause, sich unter einem Herrscher ebenso wohl oder unwohl befindet, welcher zur erhabenen Aufgabe des Herrschens überhaupt nicht „berechtigt“ ist.

Der verstorbenen Graf *E r n s t* war bekanntlich auch derjenige, an dem eines der temperamentvollsten Telegramme des deutschen Kaisers gerichtet wurde. Als er im Jahre 1898 die Ähnlichkeit hatte, die Offiziere der Garnison *D e t m o l d* zum Gräben seiner Söhne und Töchter aufzufordern, und als er den Titel „Erlaucht“ seitens der Offiziere für sich in Anspruch nahm, da erhielt er das berühmte Telegramm: „Ihren Brief erhalten. Dem Regenten, was dem Regenten ziemt, weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für allemal verbieten.“

Niemand wird verleugnen, daß die weitere Entwicklung der Frage, wer in *L i p p e -* *D e t m o l d* als Fürst thronet, von unendlicher Bedeutung für die deutsche Nation ist.

**Die „Freizügigkeit“ des Fleisches.** wie sie die Agrarier zu ihrem Vorteil und auf Kosten der Volksgesundheit durchgesetzt haben, wird am 1. Oktober ihren Segen begreifen. Auch das preussische Ergänzungsgesetz, das die letzte Möglichkeit einer städtischen Kontrolle über das eingeführte Fleisch beseitigt, hat jetzt die königliche Genehmigung gefunden; die Bemühungen der Oberbürgermeister, wenigstens diese extreme Maßregel agrarischer Interessenpolitik zu verhindern, sind erfolglos geblieben.

### 1870er Kriegsvorgänge vor Gericht.

Aus *M a i n z* wird berichtet: Vor der Strafkammer des großherzoglichen Landgerichts *M a i n z* steht am Montag der Geschäftsführer der „*M a i n z e r* *V o l k s z e i t u n g*“, *F r i e d r i c h* *D ö l l e*, unter der Anklage, durch die Veröffentlichung und Besprechung der Kriegsbriefe des verstorbenen Generals v. *K r e t s c h m a n n* die Offiziere und sonstigen Feldzugsteilnehmer des ersten (preussischen) Garde-Jäger-Bataillons im Kriege gegen Frankreich beleidigt zu haben. Bekanntlich hatte General v. *K r e t s c h m a n n* in zahlreichen Briefen an seine Gattin und seine beiden Kinder, den jetzigen Oberstleutnant von *K r e t s c h m a n n* und die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin *F r a u* *L i l y* *B r a u n*, die *G r e u e* *d e s* *K r i e g e s* geschildert und auch viele Einzelheiten aus dem Leben und Treiben mancher Truppenteile mitgeteilt, die er teils selbst miterlebte, teils aus Erzählungen dritter Personen übernommen hatte. Zu letzteren gehörte auch seine in einem dieser Briefe enthaltene Darstellung über das Vorgehen der zweiten Compagnie des ersten preussischen Garde-Jäger-Bataillons gegen die Bewohner des französischen Städtchens *S e n s*.

Nach dem Ableben des Generals v. *K r e t s c h m a n n* unternahm seine Tochter *F r a u* *L i l y* *B r a u n* die Herausgabe dieser Kriegsbriefe, deren Erscheinen seiner Zeit Aufsehen erregte. Die „*M a i n z e r* *V o l k s z e i t u n g*“ veröffentlichte die Briefe über die Vorgänge in *S e n s* mit entsprechenden Randglossen, welche die beiden noch lebenden Führer der 2. Compagnie des preussischen Garde-Jäger-Bataillons, den jetzigen Gefängnisdirektor von *M e y* *M a j o r* a. *D.* *W i d e l* und den Oberstleutnant a. *D.* *W a l z e r* zur Stellung eines Strafantrages gegen das genannte Blatt veranlaßten. Dieses hat daraufhin zwei Vertrauensleute nach *S e n s* und Umgegend entsandt, um die Möglichkeit der von Herrn v. *K r e t s c h m a n n* erhobenen Verschuldigungen feststellen zu lassen, während andererseits der heffische Militärverband alle ehemaligen Angehörigen der 2. Compagnie des ersten Bataillons zur Zeugnisabgabe gegen die Behauptungen des Generals aufgefordert hat. Der Prozeß schwebt auch noch gegen einen zweiten Angeklagten, den heffischen Landtags-Abgeordneten *R e d a k t e u r* *A n g u s t* *V e r n h a r d* *A d e l u n g*. Die Verhandlungen dürften sich sehr interessant gestalten.

### 300 Mark für das Leben eines Landproletariats!

*K i e l*, 24. September. (Fig. Ver.) Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts spielte sich gestern ein Prozeß ab, dessen Ausgang geeignet ist, in weitesten Kreisen das größte Aufsehen zu erregen. Angeklagt wegen Körperverletzung war der *L a n d m a n n* *S o h n* *G r e d e* aus *D e r s b y* bei *E d e r n f o r d e*, dem zur Last gelegt wurde, den aus Ostpreußen stammenden Landarbeiter *R ö p l e* derartig mit dem Kolben seines Jagdgewehrs über den Kopf geschlagen zu haben, daß dessen sofortiger Tod eintrat. *R ö p l e* hatte elf Wochen als Knecht bei *G r e d e* gedient und war am 1. Mai dieses Jahres wegen Arbeitsmangels entlassen worden. Im Laufe des Tages versuchte der Entlassene nochmals das Haus zu betreten, um einem dort bediensteten Mädchen ein Abschiedsgeschenk zu überreichen. Er wurde jedoch von der Mutter des Angeklagten hinausgeworfen und soll bei der hierbei entstandenen gegenseitigen Schimpferei die alte *F r a u* *L i d e* titulierte haben. Als *G r e d e* abends von der Jagd heimkehrte und von dem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzt worden, begab er sich stehenden Fußes auf das Nachbargrundstück, wo *R ö p l e* im Gespräch mit einem andern Knecht stand. Ohne weiteres schlug er hier beide mit der Faust ins Gesicht und zwar so kräftig, daß *R ö p l e* zu Boden stürzte. Ehe dieser sich wieder erheben konnte, versetzte er ihm mit seinem Gewehr, dessen Lauf er mit beiden Händen packte, einen wichtigen Schlag ins Genick. *R ö p l e* blieb tot liegen! Der Angeklagte bestritt, direkt zugeschlagen zu haben, und will *R ö p l e* bloß verheerlich mit dem Kolben gestochen (!) haben, als dieser sich herumdrehte. Die Zeugen sagten jedoch bestimmt aus, daß er den Schlag mit großer Wucht geführt habe, und halten es für selbstverständlich, daß dadurch der Tod herbeigeführt worden sei. Trotzdem nimmt das dem Gericht vorliegende amtliche *O b d u k t i o n s -* *P r o t o k o l l* nicht an, daß der Schlag die Ursache des Todes gewesen, ja, es ließe sich noch nicht einmal mit Bestimmtheit behaupten, daß der Schlag, der nach Ansicht der Ärzte besonders heftig gewesen sein muß, den Tod des *R.* auch nur befehligen hätte. Dieser habe an einer Hirnhautentzündung gelitten und konnte auch ohne Einwirkung des Schläges zur selben Zeit gestorben sein. (!) Das Gericht nahm dieses auffassende Gutachten zur Grundlage seines Urteils und erklärte den Angeklagten nicht der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, sondern bloß der gefährlichen Körperverletzung schuldig. Der Staatsanwalt hatte neun Monate Gefängnis beantragt, das Urteil sah jedoch die Sache als „bedeutend milder liegend“ an und erkannte auf 300 M. Geldstrafe! Jedes Wort des Kommentars ist überflüssig.

Die *S ü d d e u t s c h e* *V o l k s p a r t e i* hat in *A i s c h a f f e n b u r g* am Sonnabend und Sonntag ihren Parteitag abgehalten. Nach einem Referat *D r. D e s e r* wurde der frühere Beschluß erneuert, den Zusammenschluß der Gruppen der bürgerlichen Linken zu erneuern. Ueber die sozialen Aufgaben der Gemeinde sprach *R ö p l e*, *F r a n k*

furt a. M.; es wurde eine Kommission gewählt, die ein kommunales Programm vorbereiten soll. Gegen die Beschränkung der Pensionshöhe im Militärgerichtsverfahren sprach Rechtsanwalt Meyer-Ilm. Meyer behandelte die Schulfraße, er forderte Trennung von Schule und Kirche und wünscht den Kampf gegen die Verfinsterungsbestrebungen auch in Gemeinschaft mit der Socialdemokratie zu führen. Schließlich wurde Kritik an der schwülstigen Gratulation geübt, die Graf Falkenstein im Namen des Reichstags aus Anlaß der Verlobung des Kronprinzen an den Kaiser gerichtet hat. —

**Eine befremdende Ordnungsverf. Sogar in dieser Zeit** der militärischen Mißhandlungsprozesse werden sich unsere Leser gewiß noch des haarsträubenden Rekords in Soldatenjändereien erinnern, der im Dezember des vorigen Jahres dem Unteroffizier Franzki vom Infanterie-Regiment Nr. 85 in Reudsburg von dortigen Kriegsgericht zuerkannt wurde. Wegen Mißhandlung in 1520 Fällen, vorchristlicher Behandlung von Untergebenen im 80 Fällen, vorfälliger Abhaltung von Besondereführung in 20 Fällen ist bekanntlich dieser Oberjäger zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Laufe der Verhandlung erklärte der Hauptmann v. Hofmeyer, zu dessen Compagnie Franzki gehörte, von den Mißhandlungen nie etwas bemerkt zu haben. Schon das Urteil stellte damals zur allgemeinen Verblüffung fest, daß „Merkmale einer mangelhaften Verfassung des Franzki seitens seiner Vorgesetzten durch die Verhandlung nicht zu Tage gefördert worden“. Nunmehr ist der Hauptmann v. Hofmeyer, in dessen Compagnie, ohne daß er es merkte, ein einziger Unteroffizier innerhalb kurzer Zeit 1600 Mißhandlungen begangen und, wie es in dem damaligen Urteil hieß, „mit der Brutalität eines Ochsenknechts“ haufen konnte, mit dem Kronenorden vierter Klasse beehrt worden. —

**Ein diebischer „Stellvertreter Gottes“.** Der Sergeant Josef Spieles der 10. Infanterie-Regiment wurde zur Verwaltung des Garnisonlazarets nach Landshut kommandiert. In der Nacht vom 9. auf 10. August stahl er dem Lazarettinspektor aus einer Handkassette den Betrag von 100 M., womit er am anderen Tage dringende Schulden bezahlte. Vom Vicewachmeister zur Rede gestellt, hatte der Spieles die Gemeinheit, dem Verdict des Diebstahls auf einen Krankenwärter zu lenken. Nachdem sich dessen Unschuld herausstellte, gestand der Herr Sergeant nach längerem Leugnen den Diebstahl. Das Kriegsgericht der ersten Division in München verurteilte den diebischen Stellvertreter zu sechs Monaten Gefängnis, zur Degradation und zur Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. —

#### Aus Südwestafrika.

Berlin, 26. September. General v. Trotha meldet aus Oparafane unter dem 19. September: Die 7. Compagnie Feldregiments 2 erreicht voraussichtlich am 20. d. Mts. Gobabis. Eine dortigen entandte Patrouille fand nirgends Spuren von Hereros. Augenblicklich besetzt Deimling Spitzro mit 2 Compagnien und 4 Geschützen, Postierungen in Ganas. Sturmfeld 1 Compagnie, 2 Geschütze. Abteilung Heidebreck verstärkt durch halbe 1. Batterie (von Kolonne Deimling) Ombatataha und N. Nalabandja. Kleine Postierungen Wasserfelle Olowarumende, Katjolori-Ewara. Etorff mit Vollmann bis Dwinana-Rana. Reichenstein schob am 18. d. Mts. eine Compagnie, zwei Maschinengewehre unter Däre nach Dijosondjou, Vollmann über Djinene; Etorff über Dambu-Atogo. Sperrung des Omuramba-Flusses durch Fiedler-Kommando geht nach Dwinana-Rana.

Unter dem 21. d. Mts. meldet General v. Trotha ferner: Nach Ganas bestimmte Postierungen Deimlings müssen Wasser mangels wegen nach Kalkfontein zurückziehen. Eine stärkere mit Wasserwagen versehene Aufklärungsabteilung ist dorthin unterwegs, da nach Aussage Gefangener bei Djinangombe und Ganas starke Hererobanden sich befinden. Offizierspatrouillen beobachteten 40 Kilometer nordöstlich von Dwinana-Rana am Giseh-Fluß starke Hereromassen, angeblich Samuel Maharero-Tjejo. Aufklärung von Klein-Nalabandja Omurambafluß abwärts. Achte Compagnie und Halb-Batterie Winterfeld (von Abteilung Fiedler) wird am Omuramba-Namatafo auf Olandja vorgeschoben. Ausdehnung der Land- Etappenlinie sowie starker Ausfall an Zugtieren bei an sich geringem Fuhrpark erschwert ungemein den Nachschub. Mehrfach kleinere Gefechte mit unter starken Verlusten zerstreuter Hererobanden. Diesseits keine Verluste. Hauptquartier 22. Dwinana-Rana.

Das wasserarme Gelände erschwert also die Operationen ungemein. Und wenn auch die kleinen Gefechte der letzten Zeit ohne empfindliche Verluste für die deutschen Truppen abgelaufen sind, so reißt dafür der Typhus Tag für Tag immer neue Lücken, wie folgende Meldungen beweisen:

Berlin, 26. September. Im Lazarett Grootfontein am Typhus gestorben sind: Reiter Martin Pahl, geboren 19. Februar 1885 in Sassenburg, früher 2. Artillerie-Regiment, am 30. August; Reiter Gustav Hellestern, geboren 7. September 1882 in Empfinger, Hohenzollern, früher 4. bayerische Chevauleger, am 20. August; Reiter Paul Falkau, früher 158. Regiment, Transport Heide, am 25. August. Im Gefechte Ombatataha am 19. September leicht verwundet: Gefreiter Ernst Max Hartmann, früher Jäger zu Pferde in Dresden, Schuß rechten Oberschenkel; Reiter Franz Steinberger, Pionier-Telegraphie, früher 1. Eisenbahn-Regiment, seit dem 8. September vermisst.

Berlin, 26. September. Amtliche Mitteilung. Gefreiter Johann Serll, früher erstes bayerisches Jäger-Bataillon, ist am 11. August bei Hamalari, Unteroffizier Maximilian Matt, früher Infanterie-Regiment 113, ist am 11. August bei Waterberg gefallen. Reiter Max Karl Heinrich Czaja vom zweiten Regiment, früher Grenadier-Regiment 9 ist am 18. September und Reiter Reumann, früher Infanterie-Regiment 19, am 4. September im Lazarett Oshofonda am Typhus gestorben. Gefreiter Theodor Voost von der Pionier-Telegraphie-Abteilung, früher erstes Telegraphen-Bataillon in Schöneberg, ist am 23. September im Lazarett Oshofonda am Typhus gestorben. Unteroffizier Hermann Scholz, früher dritte Maschinengewehr-Abteilung, aus Kamen, Kreis Münsterberg, ist am 24. September im Lazarett Waterberg an Herz-Krankheit gestorben.

Der Typhus wird neue Nahrung erhalten, sobald die warme Jahreszeit mit ihren Regengüssen wieder einsetzt. Die Regenzeit beginnt aber gemeinhin bereits mit dem September, kann also jeden Tag einsehen. Als zuerst der Typhus unter den Truppen Oshofonda auftrat, tröstete man sich damit, daß diese Epidemie, die durch die Regenperiode hervorgerufen worden sei, mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit verschwinden werde. Leider hat sich diese optimistische Annahme nicht bestätigt. Wohl aber ist als sicher anzunehmen, daß die neue Regenperiode die Typhusepidemie wieder ganz erheblich verschärfen wird! —

#### Herr Bernhard rettet den guten Ton.

Der Herausgeber des „Plutus“, Herr Georg Bernhard, sendet uns folgende Zuschrift:

Erwidern. Unter der Spitzmarke „Ein Beitrag zum guten Ton“ wird im „Vorwärts“ vom 25. September eine Polemik zwischen Herrn „Tat“, dem Verfasser der „Wirtschaftlichen Wochenschau“, und mir in einer Weise wiedergegeben, die charakteristisch für die polemischen Manieren des Infanziers ist, der sich für einen großen handelspolitischen Sachverständigen hält.

Die fragliche Notiz erbringt aufs schlagendste den Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß es dem Herrn „Tat“ auf eine kleine literarische Fälschung oder Unterschlagung nicht ankommt: Im meinen „Ton“ den Parteigenossen gegenüber in eine recht grelle Beleuchtung setzen zu können, verfährt der Herr in der Bescheidenheit ein paar — für ihn anscheinend nicht wichtige —

Zeilen seinen Lesern mitzuteilen. Nachdem er meine angeblichen Verirrungen — natürlich aus dem Zusammenhang gerissen — zitiert hat, fährt er in launhafter Unschuld fort: „Darauf antworteten wir durchaus sachlich...“. Um den Genossen die Beurteilung jener Sachlichkeit zu ermöglichen, sei mitgeteilt, daß der erste Artikel des Herrn „Tat“ folgende Sätze enthielt: „Ein erst vor kaum Jahresfrist entstandenes Finanz-Sensationsblatt hat allerdings jüngst die Haltung, welche die socialdemokratische Presse zu der Siberia-Angelegenheit eingenommen hat, bemängelt und die von einigen Parteiblättern befürwortete Forderung eines Kartell-Gesetzes für einen Mißfall in liberalen Anschauungen erklärt. Obgleich gerade dieses Blatt nach den Umständen, unter denen es entstanden ist, sich am allerwenigsten zum Principienwächter eignet, klagt es die Parteipresse kurzweg des Principienverrats an.“

Ich kann es wohl getrost den Parteigenossen zu beurteilen überlassen, ob diese Behauptung „durchaus sachlich“ und was für eine „Parteimoral“ es ist, gefälschte Thatbestände den Lesern des „Vorwärts“ vorzutragen.

Zur sachlichen Richtigstellung sei heute nur gesagt, daß mein sechs Spalten langer Artikel, aus dem Herr „Tat“ wenige Zeilen zitiert, sich gar nicht gegen ein Kartell-Gesetz richtet, sondern lediglich gegen die Bestrebungen, ein Anti-Kartell-Gesetz, das den Kartellen das Lebenslicht ausbläuen will, zu schaffen. Zu einem Kartell-Gesetz mache ich sogar viel weitergehende Vorschläge, als Herr „Tat“, indem ich eine durchgreifende Verringerung der Aktien-Gesetzgebung verlange. Da ihm die nötige Sachkenntnis fehlt, hat Herr „Tat“ das aufeinander nicht verstanden.

Die Unmenge von Fälschungen und Unterschlagungen des Herrn „Tat“ im einzelnen zu entwirren und seine geradezu ungeheuerliche Ignoranz bloßzulegen, überschreitet das Maß von Zeit, das ich augenblicklich dringenderen und produktiveren Arbeiten abzwachen kann. Aber die gründliche Abrechnung soll Herrn „Tat“ nicht geschenkt werden. Er soll sie so gründlich bekommen, wie er sie schon lange verdient hat.

Im übrigen gebe ich mich noch immer der Hoffnung hin, daß eine derartig perfide Beschimpfung, wie sie mir zu teil wurde, nur deshalb im politischen Teil des „Vorwärts“ Unterschlupf finden konnte, weil die leitenden Redakteure in Bremen „fern von Radrid“ weilten.

Berlin, den 26. September 1904. Georg Bernhard.

Vor solchem Ton strecken wir natürlich die Waffen und erkennen neidlos Herrn Bernhards Ueberlegenheit in dieser Form der Polemik an. Diejenigen unserer Leser, welche sich sachlich über die Angelegenheit informieren wollen, verweisen wir nochmals auf den „Wirtschaftlichen Wochenspiegel“ in Nr. 219 des „Vorwärts“ vom 17. September. Was wir dort über den „Plutus“ und seine Anrempelung unserer Parteipresse gesagt haben, wird durch keine anmutigen Gemütsberichtigungen des Herrn Georg Bernhard erschüttert. —

#### Ausland.

##### Oesterreich-Ungarn.

##### Die Stichwahl in Steiermark.

Bei den Stichwahlen ist es gelungen, den Merkmalen noch zwei Mandate zu entreißen. In Leoben wurde der Genosse Dr. Schacherl gewählt. Er erhielt 12250 Stimmen gegen 12007 Stimmen, die der Merkmalen Gegenkandidat auf sich vereinigte. In der Hauptwahl am Dienstag hatte Genosse Dr. Schacherl 10437 Stimmen erhalten. Die 1800 Stimmen, die unser Genosse in der Stichwahl mehr erhielt, sind zum weitaus größten Teil socialdemokratische Referden. Die Deutsch-Nationalen hatten sich nicht dazu aufschwingen können, ihren Wählern auch nur Stimm-enthaltung zu empfehlen. Der wesentlich durch eigene Kraft errungene Sieg ist also um so erfreulicher. Bei der zweiten Stichwahl handelt es sich um den Wahlkreis Marburg. Hier wurde der deutsch-vollstehende Kandidat Bürgermeister Stieger mit großer Majorität gewählt. Die Socialdemokraten, welche 3207 Stimmen beim ersten Wahlgang erhalten hatten, haben der Parole der Parteivertretung gemäß, geschlossen für den deutsch-vollständigen Kandidaten ihre Stimme abgegeben. —

#### Amerika.

##### Eine Rundgebung Parkers.

Der Präsidentschaftskandidat Parker veröffentlicht eine Rundgebung, in welcher er die Auffassung seiner Kandidatur annimmt und hervorhebt, daß er unbedingt Anhänger der Goldwährung sei. Eine Tarifreform sei niemals notwendig, da das bestehende sich als unzureichend erweisen habe. Die Schiffahrt könne nicht durch ein Subventionsystem gestützt werden. Die Beziehungen zum Ausland seien wesentlich durch die Erwerbung der Philippinen, die die Union verbindbar gemacht, geändert worden. Das Eindringen der Amerikaner in die fremden Märkte habe eine Abneigung großer Industriestaaten hervorgerufen. Die Amerikaner müßten freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen unterhalten; alle Bündnisse, die nur zu Verstimmlungen führen könnten, müßten beseitigt werden; man müsse sich der Einmischung in fremde Angelegenheiten enthalten. Auf dem amerikanischen Kontinent dürften sie nicht den öffentlichen Polizisten spielen und unter keinen Umständen für fremde Staatsschulden eintreten. Die Unabhängigkeit und Souveränität jedes einzelnen amerikanischen Staates müsse geachtet werden. Die Union dürfe nur dann einschreiten, wenn es gelte, die einzelnen Staaten der Union in ihrer eigenen politischen und nationalen Entwicklung frei von dem Druck fremden Einflusses zu halten. Die Philippinen müßten durch das Versprechen einer Unabhängigkeit, ähnlich wie die Cubas, zur Entwicklung angereizt werden. —

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Eine zweite russische Armee soll nach einer offiziellen russischen Mitteilung gebildet werden. Der Zar ernannte den Generaladjutanten und General der Infanterie Kriepenber zum Kommandierenden einer zu bildenden zweiten Mandschurei-Armee. In einem Schreiben an General Kriepenber erklärt der Zar, daß die Vorgänge in Ostasien ihn veranlaßt hätten, erstens die Streitkräfte auf dem Kriegsschauplatz bedeutend zu vermindern und zweitens die Truppen in der Mandschurei in zwei Armeen zu teilen, damit die Manövrierfähigkeit und Beweglichkeit der Truppen erhöht werde.

Um die Beweglichkeit der mandschurischen Truppen zu erhöhen, soll auch nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ Kuropatkins Armee in drei Abteilungen gegliedert werden. Diese Gliederung entspricht der Gliederung der japanischen Armee. Ob freilich durch eine derartige mechanische Nachahmung der japanischen Heeresorganisation die Operationschancen entsprechend erhöht werden, ist sehr fraglich, denn es dürften höchst wahrscheinlich der russischen Armee Generale von den strategischen Fähigkeiten der japanischen Generale Liu, Kobzu und Kuroki fehlen, ganz abgesehen von dem geringeren militärischen Werte der russischen Truppen.

#### Auf dem Kriegsschauplatz bei Mukden

hat sich die Situation wenig verändert. Die Japaner rücken ununterbrochen vor, während die russischen vorgeschobenen Truppen sich weiter zurückziehen. Nach einer Petersburger Meldung ziehen die Japaner fortlaufend Verstärkungen heran, so daß die Schlacht jeden Tag beginnen könne. Eine japanische Kolonne marschiert längs des Laoha auf Tielin. Dieselbe

Meldung behauptet, daß der Gesundheitszustand der russischen Armee ein ausgezeichneter sei. Epidemische Krankheiten seien nicht aufgetreten. Typhus und Dysenterie herrschten nur in ganz leichter Form. Auch die Verpflegung der Truppen sei gut. Diese Meldungen stehen in schärfstem Gegensatz zu anderweitigen Meldungen, wonach Verpflegung, der Transport der Verwundeten und der Gesundheitszustand der russischen Truppen sehr viel zu wünschen übrig lassen soll.

#### Ueber die Kämpfe um Port Arthur

liegt eine längere Neuermeldung aus Nishiu vor. Sie lautet:

Die Japaner eroberten in den Kämpfen um Port Arthur vom 19. bis 21. September mehrere wichtige Stellungen. Sie geben ihre Verluste in den drei Tagen auf wenigstens 3000 Mann an, nach russischen Berichten sollen sich dieselben jedoch auf das Dreifache belaufen. Der größte Erfolg ist die Wegnahme des Kuropatkin-Forts, welches die Wasserleitungen schützte. Am 20. September wurden die Garnison und die Einwohner, die während der letzten Wochen in verhältnismäßiger Sicherheit gelebt hatten, vor Tagesanbruch durch das Feuer der Japaner gezwungen, das auf der ganzen Linie der westlichen Forts begann. Schließlich gingen die Japaner zum Sturm vor, der mit der Einnahme von drei bedeutenden und sechs weniger wichtigen Forts endete. Die Beschließung dauerte ununterbrochen fort. An mehreren Punkten hatten die Japaner schwere Artillerie aufgestellt. Das Artilleriefeuer des Kuropatkinforts ließ während des Bombardements allmählich ab, als die Japaner zum Sturm vorgingen, fast ganz nach. Obgleich das Kuropatkinfort zur Linie der Hauptbefestigungen gehörte, wird doch durch seine Einnahme Erlangung nicht bedroht. Nachmittags 5 1/2 Uhr nahmen die Japaner die Festschanz beherrschenden Rebenforts. Die Russen machten wiederholt Ausfälle. Während der folgenden Nacht dauerte die Beschließung fort, die sich hauptsächlich gegen die drei Meilen westlich Nishuan gelegenen Rebenforts richtete. Auch Nishuan wurde nachdrücklich beschossen. Allmählich ließ das Feuer nach, worauf die Japaner zum allgemeinen Sturm vorgingen, bei dem sie aber auf hartnäckigen Widerstand stießen. Das Feuer der Gewehre und Maschinengewehre richtete große Verheerungen unter den Japanern an, welche die Gräben überbrannten und die Drahtgitter niederrißen. Endlich drangen die Japaner in das Fort Nishuan ein, wobei ein heftiger Kampf Mann gegen Mann entbrannte. Da die Japaner in der Ueberzahl waren, unterlagen die Russen, der Kampf hörte aber nicht eher auf, als bis sämtliche Verteidiger getötet oder verwundet waren. Militärische Sachverständige äußern ihre Ansicht dahin, daß, wenn die Japaner Erlangung und Nishuan oder Nishuan und Nishuan nehmen sollten, die Lage von Port Arthur hoffnungslos sein würde. — Vorstehende Nachricht überbrachte ein sehr glaubwürdiger Chinese, der Port Arthur am 21. d. M. verlassen hatte. Er weiß nicht, ob die Schlacht am 22. d. M. wieder aufgenommen wurde, doch wird von Nishuan berichtet, daß das Bombardement an diesem Tage nur sehr schwach gewesen sei. Auf einem Dampfer aus Dalny eingetroffene Reisende bestätigten das Gerücht, daß am 24. d. M. ein heftiger Kampf stattgefunden habe.

Ein zuverlässiges Bild der Lage von Port Arthur vermag man sich bei den einander widersprechenden Nachrichten nicht zu machen. Während auf der einen Seite behauptet wird, daß die Besatzung kaum noch 8000 Mann stark sei, wird von der anderen Seite die Zahl der Wehrfähigen auf noch mehr als das Doppelte angegeben. Ebenso diametral wie diese Nachrichten stehen sich auch die Meldungen über die Proviandverhältnisse in Port Arthur gegenüber. Auf der einen Seite wird behauptet, daß die Nahrungsmittel bereits sehr knapp geworden seien, während auf der anderen Seite die Lebensmittel noch als verhältnismäßig reichliche bezeichnet werden. Trotz alledem scheint es, als ob die Japaner ständige Fortschritte machten, Schritt für Schritt neue Positionen erkämpften, so daß es ausgeschlossen erscheint, daß die Festung sich noch lange Zeit halten können wird.

#### Partei-Nachrichten.

##### Ein schlechter Kronzeuge.

Die bekannte Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Südekum hatte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ zu einigen abweichenden Bemerkungen über den Ton der „Leipziger Volkszeitung“ veranlaßt. Dagegen wehrt sich die „Leipziger Volkszeitung“ jetzt, indem sie der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eine Notiz aus dem Jahre 1897 vorhält, die sich gegen Südekum richtete und die allerdings an Kraft des Ausdruckes nicht zu wünschen übrig läßt. Seit 1897 ist eine lange Zeit vergangen; vieles hat sich seitdem geändert und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ könnte schon bedwegen mit einigem Recht sagen, das sind alle Kamellen; vergessen und vergessen.

Indessen ist da noch eine kleine Pikanterie dabei. Die Notiz der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ aus dem Jahre 1897 stammt nämlich von — Parvus und der hat doch der „Leipziger Volkszeitung“ noch keine Vorlesung über ihren Ton gehalten. —

Die Parteigenossen des Niederrheins halten am 9. Oktober in Duisburg ihren diesjährigen Parteitag ab. Das Agitationskomitee für den Bezirk, der zwölf Wahlkreise des Niederrheins, außerdem noch die Kreise Hagen-Schwelm, Altena-Herfloh und Siegen umfasst, hat seinen Bericht veröffentlicht, dem wir einige Zahlen und Daten entnehmen. Zu bemerken ist, daß das Berichtsjahr nur neun Monate umfasst, weil der Parteitag, der früher stets im Januar stattfand, laut Beschluß der letzten Konferenz im Anschluß an den deutschen Parteitag stattfinden muß. Der letzte Parteitag hat ein neues Organisationsstatut für den Niederrhein beschlossen, in welchem grundsätzlich die Centralvereine für den ganzen Wahlkreis gefordert werden, für Wahlkreise, in denen der Gründung solcher Vereine besondere Schwierigkeiten entgegenstehen, sollen Kreiskomitees gebildet werden. Das Organisationsstatut ist so ziemlich überall durchgeführt, heißt es in dem Bericht, doch zählt man in dem ganzen Bezirk nur annähernd 10 000 politisch organisierte Genossen. Wenn auch die Zahl gegen das Vorjahr um 1894 gestiegen ist, so kann man dieselbe für einen so großen Bezirk nicht als genügend ansehen. Doch darf man nicht außer Acht lassen, daß in sechs Wahlkreisen, die schwächsten, die überhaupt wohl in Deutschland existieren, noch keine 300 Organisierte vorhanden sind, das Bild sich für die Großstädte also etwas günstiger stellt.

Es wurden 120 000 Agitationskalender verteilt, außerdem die vielen Tausend Flugblätter, die von den einzelnen Kreisen herausgegeben wurden.

Betreffs der Presse wird ausgeführt, daß die Genossen in Essen und Duisburg-Railheim beschäftigten, eine eigene Zeitung zu gründen; bekanntlich ist jetzt dort die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ eingeführt. Die Ueberfelder Parteigenossen werden im Laufe dieses Jahres eine eigene Druckerei erwerben, bis jetzt wurde ihr Organ, die „Freie Presse“, in der Offizin des Genossen Grimpe-Uberfeld hergestellt.

Gellagt wird in dem Bericht, daß die Frauenbewegung am Niederrhein so schwach ist; gute Anfänge seien nur in Ueberfeld und Essen zu verzeichnen, doch müsse im kommenden Jahre eine rege Agitation in dieser Beziehung eintreten.

Besonders ungünstig sind die Verhältnisse für unsere Genossen im Rheinlande bei den Gemeinderatswahlen; wenn auch über die Beteiligung im großen und ganzen nicht zu klagen war, so ist der Erfolg bis jetzt nur ein geringer.

Betreffs der Klassenverhältnisse heißt es in dem Bericht, daß die Organisationen in den neun Monaten eine Einnahme von circa 28 000 M. hatten. An den Parteivorstand wurden während der Zeit aus dem Bezirk 2078 M. abgeliefert, 3075 M. waren als Beitrag

Beim Agitationskomitee eingegangen, das eine Gesamt-Einnahme von 8804 M. hatte. Die verschiedenen Wahlkreise verfügten am Schlusse des Berichtsjahres noch über einen Gesamtkassenbestand von etwas mehr als 6000 M., während das Agitationskomitee noch 1886 M. im Besitz hatte.

Für den Parteitag liegen Anträge von dem Rheinisch-Westfälischen Agitationskomitee der politischen Sozialdemokratie vor, die dahin gehen, daß der niederrheinische Parteitag dem genannten Agitationskomitee einen Zuschuß zur Agitation unter den Polen zur Verfügung stellen soll und weiter sollen die Genossen verpflichtet werden, die Polen in der Lokalstrasse zu unterstützen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die Bescheinigung von Versammlungsangelegenheiten.

§ 1 des preussischen Vereinsgesetzes bestimmt bekanntlich im ersten Absatz: „Von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, hat der Unternehmer mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen. Diese Behörde hat darüber sofort eine Bescheinigung zu erteilen.“ Um die Auslegung der Vorschrift über das sofortige Ausstellen einer Bescheinigung durch die Polizei handelte es sich bei einem Verwaltungsstreitverfahren gegen den Regierungspräsidenten zu Bromberg, welches jetzt durch das Ober-Verwaltungsgericht erledigt worden ist. Am 18. April 1908 machte der Expedient Reig bei der Polizeiverwaltung (Bürgermeisterei) zu Nakel im Regierungsbezirk Bromberg die Anzeige, daß am nächsten Tage nachmittags 2 Uhr eine Versammlung der Arbeiter im Schulzischen Lokale stattfinden werde. Er bat um sofortige Bescheinigung der Anmeldung. Diese wurde indeß nicht erteilt und noch am selben Tage erhielt er eine polizeiliche Mitteilung, daß sowohl die Abhaltung der Versammlung als auch die Ausstellung der Bescheinigung beanstandet werde. Mit anderen Worten: die Abhaltung der Versammlung wurde verboten und die Ausstellung einer Bescheinigung über die Anmeldung verweigert. Das Versammlungsverbot erfolgte, weil der Raum nicht den polizeilichen Anforderungen an Versammlungsräumen entspreche.

Reig beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Bromberg. Die Beschwerden richteten sich in der Hauptsache gegen die Verweigerung der Erteilung einer Bescheinigung über die Versammlungsanzeige, um hierüber eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen. Reig hatte geltend gemacht, daß die in § 1 des Gesetzes vorgeschriebene Bescheinigung auf jeden Fall und auch sofort erteilt werden müsse. Somit habe die Polizeiverwaltung sich zweiseitig gegen den § 1 des Vereinsgesetzes verhalten, indem erst verweigert sei die sofortige Ausstellung der Bescheinigung und dann die Ausstellung einer Bescheinigung überhaupt. Der Regierungspräsident billigte indessen das Verfahren der Polizei und meinte gleich dem Landrat, die Polizei habe ein Recht, erst vor Ausstellung der Bescheinigung nachzufragen, ob keine polizeilichen Gründe gegen die Abhaltung der Versammlung sprächen, und wenn es der Fall sei, wie hier, die Bescheinigung zu verweigern.

Reig klagte nun gegen den Regierungspräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er wie in den Beschwerden Verletzung des § 1 des Vereinsgesetzes rügte. Vor dem ersten Senat des Gerichts wurde er in der öffentlichen Verhandlung durch den Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt vertreten. Da § 1 des Vereinsgesetzes vorschreibt, es sei sofort eine Bescheinigung zu erteilen, so sei die Polizei verpflichtet, bei persönlicher Lieberreichung der Anmeldung die Bescheinigung gleich auszustellen. Die Ausstellung dürfe nicht erst abhängig gemacht werden von polizeilichen Nachforschungen und von der Entscheidung, ob nicht die Versammlung zu verbieten sei. Die Erteilung der Bescheinigung sei nach dem Wortlaut des § 1 Absatz 1 (siehe oben) in keiner Weise abhängig von der Genehmigung einer Versammlung. Die Polizei könne eventuell aus anderen als vereinspolizeilichen Gründen eine Versammlung verbieten (z. B. bei Bauarbeiten des Lokals usw.), sie dürfe aber die sofortige Erteilung der Bescheinigung nicht abweisen. Das Ober-Verwaltungsgericht schloß sich diesen Erwägungen an und legte den Bescheid des Beklagten und die polizeiliche Verfügung außer Kraft, soweit sie die Verweigerung der Erteilung einer Bescheinigung betreffen. In der Beziehung sei § 1 des Vereinsgesetzes seitens der Polizeiverwaltung verletzt worden.

Was das Verbot der Versammlung indessen angeht, so sei für dessen Nichtberechtigung kein Beweis angetreten, die Klage also insoweit hinfällig.

#### Die Polizei-Aktion gegen die Magdeburger Proletkommission.

Wir lesen in der „Magdeburger Volksstimme“: In den acht Tagen, die seit dem Ueberfall auf die Proletkommission der „Volksstimme“ durch die Magdeburger Polizei verstrichen sind, scheint bei dem Herrn Schmidt, Weimert und Schöne die Erkenntnis aufgedämmert zu sein, daß ihrem Vorgehen gegen die Proletkommission jede rechtliche Grundlage fehle. Wenigstens konnte gestern Abend die Proletkommission gänzlich ungehindert ihrer nützlichen Tätigkeit obliegen. Sie war selbstverständlich nicht angemeldet worden; ihr Stattfinden wurde in der üblichen Weise bekannt gemacht und nur eine Veränderung war eingetreten: anstatt im Restaurant von Albert Vater tagte sie in den Geschäftsräumen der Buchhandlung Volksstimme. Jedenfalls ist die beste Veranlassung dafür, daß am Dienstag, den 13. September, die Polizeibehörde bei der Auflösung der Proletkommission ungeschicklich gehandelt hat, darin zu sehen, daß sie am Mittwoch, den 21. September, die Proletkommission tagen ließ, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie in ihrer Arbeit zu stören, was ihr übrigens diesmal auch weniger leicht geworden wäre wie vor acht Tagen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung! Gewerkschaften!

Auf die vielfachen Anfragen erwidern wir, daß die Auskunfts-erteilung in Alters-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung, gewerblichen Streitigkeiten (aus dem Arbeitsverhältnis), Fabrik- und Gewerbe-Inspektion (Arbeiterchutz) und auf dem Gebiete der Zivilprozess-Datierung nach wie vor nur auf unserm Sekretariat (Berliner Gewerkschaftskommission) an jedermann, männlich und weiblich, völlig unentgeltlich von den Sekretären geschieht. Alle anderen Auskunfts-Bureaus haben mit der Berliner Arbeiter-Gewerkschaft nichts gemein. Die Auskunftserteilung erfolgt an den Wochentagen vormittags von 11 bis 12<sup>1/2</sup> Uhr und nachmittags von 6 bis 7<sup>1/2</sup> Uhr. Wir ersuchen höflich, die veränderte Bureaugzeit zu beachten.

Sonntags ist das Bureau geschlossen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

#### Die Lohnbewegung in der Goldmetall-Industrie.

Nach dem Situationsbericht, den Cohen am Montag in der Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten erstattete, läßt sich der Umfang der Aussperrung bis jetzt noch nicht übersehen. Streikende sind 700 eingezzeichnet, Ausgesperrte hatten sich bis zur Versammlung 1700 gemeldet, jedoch ist damit die Zahl der Ausgesperrten bei weitem noch nicht erschöpft. Sie haben sich noch nicht alle gemeldet, auch werden noch fortgesetzt neue Aussperrungen vollzogen, andererseits mehrt sich auch die Zahl derjenigen, die freiwillig die Arbeit niederlegen, denn die Taktik der Streikleitung geht dahin, die Betriebe, welche Aussperrungen in größerer Maße vornehmen, völlig lahm zu legen, indem die Nichtausgesperrten bewegen werden,

sich den Streikenden anzuschließen. — Während so auf der einen Seite die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten wächst und eine weitere Vermehrung derselben eintreten muß, wenn infolge des Fabrikantenbeschlusses am Donnerstag weitere 20 Proz. der Arbeiter ausgesperrt werden, ist auf der anderen Seite festzustellen, daß ein großer Teil von Verbands-Fabrikanten nicht ausgesperrt, und zehn Mitglieder des Fabrikanten-Verbandes, Inhaber mittlerer Betriebe, den Tarif unterschrieben und ihren Austritt aus dem Verbands in Aussicht gestellt haben. — Nach Lage der Verhältnisse steht die Streikleitung der weiteren Entwicklung der Bewegung mit großer Zuversicht entgegen. Sie ist bereit, wegen Abschluß eines Tarifvertrages mit der Organisation der Fabrikanten zu verhandeln, unter keinen Umständen aber den Kampf bedingungslos aufzugeben.

Die Stärke des Fabrikanten-Verbandes ist, wie der Referent ausführte, keineswegs so bedeutend, wie es die Fabrikanten in der Öffentlichkeit hinanzustellen suchen. Insbesondere trifft es nicht zu, daß die Organisation der Fabrikanten infolge des vorjährigen Streiks gewachsen sei. Größere und kleinere Betriebe sind ausgetreten und ungefähr ebenso viele kleine Betriebe hinzugekommen, so daß jetzt in den Verbandsfabriken etwa 2000 Arbeiter weniger beschäftigt sind, wie vor einem Jahre. Auf der anderen Seite haben die Firmen, welche voriges Jahr den Tarif unterschrieben, ihre Betriebe erheblich ausdehnen können.

Für die in den Reihen der Fabrikanten herrschende Situation ist ein Schreiben kennzeichnend, welches die Firma Feister „streng vertraulich“ an die „A. E. G.“ richtete, um diese zu erforschen, streikende Arbeiter der Feisterschen Fabrik nicht einzustellen. Dies Schreiben spricht dafür, daß es mit der Solidarität der Fabrikanten nicht weit her ist, denn sonst könnte doch der eine nicht befürchten, daß ihm ein anderer entgegen den geltenden Bestimmungen der Abkommnisse — die Streikenden und Ausgesperrten laßert, die die aussperrende Firma jedenfalls selber so bald als möglich wieder in ihren Betriebe sehen möchte.

Die Streikenden und Ausgesperrten sind — das bedient der Verlauf der Versammlung — vom besten Geiste besetzt und wissen, den begonnenen Kampf bis zum Ende durchzuführen.

Der Streik der Lugschiff- und Arbeiterinnen. Die Streikenden haben gestern vormittag in ihrer zahlreich besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus beschlossen, um ihren guten Willen zur Einigung zum Ausdruck zu bringen, eine Kommission aus ihrer Mitte zu den von der Fabrikantenvereinigung vorgeschlagenen Verhandlungen zu entsenden. Der Kommission wurde nicht das Recht gegeben, bindende Abmachungen zu treffen; sie soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung der Streikenden über das Ergebnis der Verhandlung berichten. — In der gestrigen Versammlung wurde auch über die, wie es scheint bei jedem größeren Streik regelmäßig vorkommenden Polizeiverfolgungen und Sistierungen von Streikposten oder solchen Personen, die von Streikposten für Streikposten angesehen werden, berichtet. Die Sistierten, zu einem großen Teil Arbeiterinnen, sind bis zu zwei Stunden auf der Wache festgehalten worden; auch drohten die Beamten damit, sie bis zum Fabriksschluß gefangen zu halten, und drohten ferner mit horrenden Strafen, so daß zwei junge Arbeiterinnen sogar zum Weinen gebracht wurden. Auch sollen Beamte Stellenbesitzer vorgehabt haben, daß das Streikposten-sehen verboten sei, und daß, wenn sie Strafmandate erhielten, sich der Verband zurückziehe. — Der Vorsitzende der Versammlung machte demgegenüber darauf aufmerksam, daß diese Angaben durchaus nicht der Wahrheit entsprechen, und forderte die Streikenden auf, ruhig und entschlossen ihre Pflicht zu erfüllen, sich nicht provozieren zu lassen und alles zu vermeiden, was als eine Ausschreitung ausgelegt werden könnte. Der Lugschiff-Verband werde ihnen vollen Rechtsschutz gewähren.

Die Lohnbewegung der Maschinenbauarbeiter. Montag-Abend tagte in Nellers Saal eine imposante Versammlung. Der Saal, aus dem man sämtliche Läden entfernt hatte, konnte die dichtgedrängte Menge kaum fassen. Die in der vorigen Versammlung eingesetzte Kommission machte den Vorschlag, daß die aufgestellten Forderungen am Dienstag, spätestens Mittwoch in allen Betrieben, wo es noch nicht geschehen, vorgelegt, und den Fabrikanten bis Sonntag, den 1. Oktober, Zeit zur Beantwortung der Forderungen gegeben werden soll. Am Sonntag, den 2. Oktober, soll eine Versammlung die Antworten der Fabrikanten entgegennehmen und weitere Beschlüsse fassen. — Ein Redner verlangte namens der Beschäftigten Arbeiter, daß die Zeit wenigstens für diesen Betrieb noch hinausgeschoben werde, da wegen Abwesenheit eines der Betriebs-leiter noch kein „unser vorschlag“ zu machen sei. Der Vorsitzende teilte der 750 Beschäftigten Arbeiter nicht für den Streik zu geben sein werde. Ein anderer Redner hielt den Streik bei der Firma Görs u. Kallmann für aussichtslos. — Die nachfolgenden Redner, Mitglieder aller drei beteiligten Organisationen, zertrüßten die vorgebrachten Bedenken der Vorredner und traten für den Vorschlag der Kommission ein, der schließlich mit sehr großer Mehrheit — der Vorschlag konstatierte ungefähr 300 Gegenstimmen — in folgender Fassung angenommen wurde: „Die von über 3000 Personen besuchte Versammlung beschließt: Ueberall da, wo bisher Forderungen gestellt sind dieselben am Dienstag, spätestens Mittwoch, den 28. d. M., den Fabrikanten vorzulegen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß in Betrieben, wo bisher keine Forderungen gestellt sind, dies schleunigst nachgeholt wird. Eine bestimmte Antwort ist bis spätestens 1. Oktober zu fordern und verpflichten sich die Vertrauensleute in den einzelnen Betrieben, die Antwort Sonntag, den 2. Oktober, vor Beginn der öffentlichen Versammlung dem Bureau mitzuteilen.“

Die Bewegung der Schlächtergesellen und Verkäuferinnen. Eine Versammlung der Schlächtergesellen und Verkäuferinnen, die den großen Saal der Arminhallen bis auf den letzten Platz füllte, fand am Sonntag nachmittag statt. Zunächst hielt Fräulein Helene Grunberg über die Frage: „Was lehrt uns der heutige Kampf um's Dasein?“ einen Vortrag und schilderte darin die Lage der Organisation mit besonderer Berücksichtigung der erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen des Schlächtergewerbes. Der Vortrag rief lebhaften Beifall hervor. Sodann sprach der Verbandsvorsitzende Hensel über: „Privater Stellensucher und unentgeltlicher Arbeitsnachweis“. Die Berliner Fleischer-Innung thut bekanntlich nichts, um den Stellensucher unmöglich zu machen, und behauptet, vor dem 1. Juli 1905 überhaupt keine Änderung herbeizuführen zu können, da sie bis zu diesem Datum mit dem Spremeister des Nachweises kontrakt habe. Zu welchen Schädigungen dieser Stellenhandel führt, zeigte ein in der Diskussion erwählter Fall, wo ein Geselle für eine eintägige Ausbilstelle, die ihm 3 Mark Lohn einbrachte, 50 Pfennige als „Vermittlungsgebühr“ zahlen mußte. Der Redner wies ferner auf das gefährliche Treiben der privaten Stellensucher hin, von denen einer jetzt in Untersuchungshaft sitzt wegen Diebstahls von Därrnen im Werte von über 6000 M. Es ist klar, daß durch derartige Menschen arbeitslose Schlächtergesellen, die genötigt werden, ihr kleines Geld in den Händen der Stellensucher oder ihrer Hintermänner zu verzeihen, leicht auf den Weg des Verberbens geführt werden können. Der Redner forderte die Anwesenden auf, nicht zu diesen privaten „Vermittlern“ zu gehen, sondern den unentgeltlichen Arbeitsnachweis des Centralverbandes in der Dragonerstraße, der jetzt ziemlich gut funktioniert, zu benutzen. Die Verkäuferinnen wurden ganz besonders darum ersucht, da für sie häufig Stellenangebote einlaufen und die Messer in der Regel auch ihre Gesellen dort holen, wo ihnen eine tüchtige Verkäuferin nachgewiesen wird. — Nachdem der Vorsitzende Hensel noch eine allgemeine Uebersicht über den Stand der Bewegung gegeben hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die sehr stark besuchte Versammlung der Fleischergesellen und Verkäuferinnen protestiert nochmals gegen das Verhalten der Berliner Fleischer-Innung in Bezug auf die Gesellenforderungen und verlangt abermals die Einführung des 12stündigen Maximalarbeits-

tages für Gesellen und Lehrlinge. Desgleichen die energische Durchführung der 11stündigen Ruhepause für die Verkäuferinnen und Pabengesellen. Vor allem wird die sofortige Einführung eines kostenlosen Innungs-Arbeitsnachweises gefordert. Im übrigen erkennen die Anwesenden bis auf weiteres den vom Centralverband gegründeten kostenlosen Arbeitsnachweis an, der ein Schutz gegen die in Berlin bestehenden Stellenvermittler ist. Dem Gesellen-Ausschuss wird verlangt, die bisherigen Forderungen des Verbandes nochmals der Innung zu unterbreiten und dieselben energisch zu vertreten. Sobald der Gesellen-Ausschuss dieses befolgt, wird er auch genügend Anerkennung in Gesellenkreisen finden.“

### Deutsches Reich.

Die Steinseker haben, wie uns ein Privattelegramm aus Plauen meldet, dort wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Der Streik der Metallarbeiter in Leipzig nimmt einen befriedigenden Verlauf. Zu den neuen Bedingungen arbeiten in 15 Betrieben 50 Mann. Im Auslande befinden sich noch 24 Mann. Davon sind 5 verheiratet und 19 ledig. Durch den Kampf der Leipziger Kollegen ist für den Auslande der Leipziger eine glücklichere Situation geschaffen. Inzug ist bis heute nicht zu verzeichnen gewesen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich.

Die Aussperrung in Birmasens ist vermieden. Unter Vorsitz und auf Veranlassung des Herrn Fabrikinspektors hielten die Vertreter des Fabrikantenvereins und des Vereins deutscher Schuhmacher eine Sitzung ab, in der folgendes vereinbart wurde: 1. Die Firma Kopp verpflichtet sich, die bisher üblichen Schabensersatz-Abzüge in Zukunft vollständig in Wegfall kommen zu lassen. 2. Sämtliche Strafgebühren fließen in eine Strafkasse, deren Verwaltung einer Kommission, die aus Arbeitern gebildet wird, unterstellt ist. 3. Kopp verpflichtet sich, seine neuen Engagements von Arbeitern mehr zu machen und seinen Bedarf nur aus den streikenden Arbeitern zu decken, so lange von diesen welche außer Arbeit sind. 4. Zwiider werden sofort eingestellt, die andern nach Bedarf. 5. Die über die streikenden Arbeiter verhängten schwarzen Listen werden aufgehoben, desgleichen auch die vom Verein deutscher Schuhmacher über den Betrieb verhängte Sperre. — Die streikenden Zwiider erklärten ihr Einverständnis mit diesen Vereinbarungen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Salzburg, 20. September. (W. S.) Heute früh begannen hier die Verhandlungen des Parteitages der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten, welcher von 120 Delegierten der deutsch-österreichischen Arbeiterorganisationen besetzt ist. Die Sozialdemokraten Deutschlands sind durch Vollmar vertreten. Als erster Verhandlungsgegenstand wurde die Verteuerung der Lebensmittel in Erörterung gezogen, dagegen wurde ein Antrag, auch den Generalstreik in die Verhandlungen einzubeziehen, abgelehnt. Diese Frage soll erst bei dem Gesamtparteitag sämtlicher österreichischer Sozialdemokraten zur Sprache gebracht werden.

### Eisenbahner-Konferenz.

Osnabrück, 20. September. (W. S.) Auf den Werken der Georg Marienhütte sind heute etwa 80 Vertreter der dem Verein deutscher Eisenbahn-Verwaltungen angehörenden Eisenbahnen versammelt, um eine Anzahl wichtiger Neuerungen im Eisenbahn-Oberbau in praktischer Vorführung und im Bahndienste kennen zu lernen. Es sind Vertreter von 8 preussischen Eisenbahn-Direktionen, sowie sämtlichen süddeutschen und mitteldeutschen Staats-Eisenbahn-Verwaltungen, einer Anzahl österreichischer, ungarischer, belgischer, schwedischer und dänischer Bahnen anwesend, ebenso solche der Gotthard-Bahn. Auch Vertreter der technischen Hochschulen sind anwesend. Nach eingehender Besichtigung der Werkbetriebe folgte ein Besuch des Osnabrücker Geleise-Museums mit Erläuterungen durch den Generaldirektor Hartmann. Heute nachmittag erfolgte das Befahren verschiedener harter Strohprobestrecken der Staatsbahn in der Nähe von Osnabrück.

### „Freie“ Offiziersliebe.

Mannheim, 20. September. (W. S.) Die „Neue Badische Landeszeitung“ berichtet folgenden Skandal aus Karlsruhe: Mit Hilfe eines Kölner Detektivs brachte ein Mannheimer Rechtsanwalt in Erfahrung, daß seine Ehefrau intime Beziehungen zu einem in Karlsruhe wohnenden Offizier unterhalte. Er begab sich dorthin und versuchte Eintritt in die Wohnung des Offiziers zu erlangen. Nachdem auf etwa halbshändiges Klauten nicht geoffnet wurde, schlug er die Fensterhebel etc. usw. einen großen Menschenanlauf zur Folge hatte. Der Offizier veranlagte die Frau, das Haus zu verlassen. Auf der Straße wurde sie von ihrem Ehemann empfangen und vor den Augen des Publikums durdgeprügelt. Schließlich erschien die Polizei, die den Rechtsanwalt und seine ungetreue Gattin zur Wache brachte.

### Protest gegen die dänischen Russendienste.

Rosenhagen, 20. September. (W. S.) Auf Aufforderung von Georg Brandes fand der hiesige Studentenverein an die Studenten von Kopenhagen eine von angesehenen Gelehrten und Schriftstellern unterschriebene Adresse mit scharfem Protest gegen die russische Gewalt Herrschaft in Finnland.

### Päpstlicher Jammer über die Freidenker.

Rom, 20. September. (W. T. W.) „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an den Cardinal Respighi. In dem Schreiben führt der Papst aus, er habe mit unendlichem Jammer vernommen, daß angebliche Freidenker in Rom eine Versammlung abhalten. Der Widerhall ihrer Reden bestätige ihre verächtlichen Absichten, die bereits in der hohen Anknüpfung des Kongresses zu Tage getreten seien. Die Intelligenz, die sich annahme, sich der Abhängigkeit von Gott zu entziehen, begehe eine Gotteslästerung. Die in der Freidenker-Versammlung liegende Lästerung werde noch unendlich größer dadurch, daß sie in Rom, umgeben von höherem Glaube, begangen worden. Wenn auch die Mächte der Hölle nicht gegen die Kirche vermöchten, so trage doch die Vereinigung dieser Mächte in dem internationalen Kongreß der Freidenker den Charakter einer Beschimpfung und Herausforderung und nehme Rom den Namen des ruhigen und geachteten Stiles des Statthalters Christi. „Wir betrachten, sagt der Papst in dem Schreiben, die Verleumdung gegen Gott als eine Verleumdung gegen uns und sind darüber tief bekümmert.“ In dem Briefe wird dann auf die von Katholiken aus allen Teilen Italiens für den in diesem Augenblicke sehr unglücklichen Papst veranstaltete imposante Kundgebung hingewiesen und an Cardinal Respighi die Aufforderung gerichtet, in allen Kirchen Roms Gebete abhalten zu lassen. — Infolge dieser Aufforderung hat Cardinal Respighi die Abhaltung besonderer Gottesdienste in den Kirchen Roms angeordnet.

### Die Kosten des italienischen Generalstreiks.

Rom, 20. September. (W. S.) Man hat festgestellt, daß der Ausstand in Italien mehr als 250 000 000 Lire gekostet hat. In Mailand allein betrug der durch den Ausstand verursachte Schaden über 50 Millionen Lire. In Turin und Genua je 15 Millionen. Die Wälder sehen ihren Reizzug gegen die Organisatoren des Ausstandes in energischer Sprache fort.

Vienne (Sjère), 20. September. (W. T. W.) Ein Infanterie-Korporal gab auf seinen Hauptmann, welcher ihn bestrafte, einen Gewehrstoß ab; der Stoß schloß den Hauptmann, tödelt aber drei Soldaten und verwundete einen vierten schwer. Der Korporal beging Selbstmord.

Das Märchen von der Selbstverwaltung der Gemeinden

als solches zu kennzeichnen, müßt sich die königlich preussische Regierung zur Zeit mit unangesehener Fleiß. Galt bis dahin dies Märchen als eine Art Parabel...

Unser Leser wird unterrichtet darüber, daß der Berliner Magistrat sich zur Verantwortung der von den Stadtverordneten Cassel und Genossen an ihn gerichteten Anfrage...

Daraus geht hervor, daß diese Angelegenheit eine lange Vorgeschichte hat. Bereits am 6. November 1898 hat das Provinzial-Schulkollegium gegen die Ueberlassung von Turnhallen der städtischen Schulen an eine Reihe von Vereinen...

Wald darauf richtet das Provinzial-Schulkollegium, veranlaßt durch eine Zeitungsmittelung, an den Magistrat eine Anfrage wegen Ueberlassung der Aula der 69. Gemeindefschule...

Diese sachlich und maßvoll gehaltene Antwort scheint das Provinzial-Schulkollegium arg verärgert zu haben. Denn es schreibt kurz und bündig am 30. Juli 1900:

Der Magistrat wird unserm Ersuchen vom 14. Juni d. J. zu entsprechen haben. Einem Bericht darüber, daß dies geschehen, sehen wir binnen 14 Tagen entgegen. gez. Herz.

Doch der Magistrat läßt sich auch durch diese lapidare Kürze nicht verblüffen. Er erwidert am 19. September, also nach einer etwas längeren Frist als 14 Tage:

In unserm Berichte vom 9. Juli d. J. haben wir die Gründe eingehend dargelegt, welche uns veranlaßt haben, der hiesigen freireligiösen Gemeinde die Aula auf dem Grundstück Nr. 6 an den Sonn- und Feiertagen vormittags von 9 bis 12 1/2 Uhr zur Abhaltung religiöser Versammlungen zu überlassen...

Der Magistrat wird unserm Ersuchen vom 14. Juni d. J. zu entsprechen haben. Einem Berichte darüber, daß dies geschehen, sehen wir binnen 14 Tagen entgegen.

Das Grundstück Kleine Frankfurterstr. 6 steht im Eigentum der Stadtgemeinde Berlin. Dasselbe ist gegenwärtig der 69. Gemeindefschule zur Benutzung überlassen. Eine solche Benutzung des Grundstücks und insbesondere der auf demselben befindlichen Aula findet aber an den Sonn- und Feiertagen, namentlich auch in den Vormittagsstunden von 9—12 1/2 Uhr nicht statt...

Run vergeht eine Frist von mehr als zwei Jahren, da übersendet das Provinzial-Schulkollegium unterm 1. Dezember 1903 folgendes Schreiben:

Dem Magistrat übersenden wir beifolgend Abschrift einer von dem Herrn Minister der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten unter dem 17. November d. J. an die königl. Regierung erlassenen und uns zur gleichmäßigen Beachtung mitgeteilten Verfügung, betreffend die Verwendung oder Ueberlassung der für Elementarschulen hergestellten oder bestimmten Gebäude, Grundstücke und Räume...

Der Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten.

Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens weise ich die königl. Regierung an, sofern es nicht bereits geschehen sein sollte, unter Bezugnahme auf den § 18 der Regierungs-Instruction vom 28. Oktober 1817 G.-S. S. 248 eine ausdrückliche allgemeine Anordnung dahin zu treffen, daß die Verwendung oder Ueberlassung der für Elementarschulen (Volls- und mittlere Schulen) hergestellten oder bestimmten Gebäude, Grundstücke, Räume (Klassen, Aulen, Turnhallen, Höfe usw.) durch die Gemeinden (Schulgemeinden, Schulverbände) zu andern Zwecken, als zu denen des öffentlichen Elementarunterrichts der vorgängigen Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde bedarf...

Auf diese Verfügung erwidert der Magistrat unter dem 20. Januar 1904:

im Meer; beim Niederfallen aber gab es allemal einen Rud, als ob „Gildauf“ von einem Stein abgeprallt wäre. So schauelte, schwante, schlingerte, rollte, stieß, sprang „Gildauf“ ohne Unterlaß, und es bedurfte zu seinem Thun nicht einmal des Apparates eines bewegten Meeres...

Wenn ein einzelner Mensch sich den Launen eines hochhaften Schiffes ergeben muß, so ist das eine Privatsache lommischer Erniedrigung. Wenn eine fröhliche Gesellschaft von dem Anheil befallen wird, so ist das Rassenlomit. Wenn aber eine ganze politische Organisation von einem tanzelnden Schiff dahin gerast wird, wenn alle Majestätsverletzungen, die Denkerstümpfen im Angschichtweil sich senken und die redegewaltigsten Lippen nur noch als Ventile funktionieren, dann ergreift den sinnigen Beschauer des Stends das Grausen, daß selbst die Erhabenheit nur mit unsichern, schwachen Eingeweiden ausgekostet ist...

Wir Aufnahmefähigkeiten und Rezipienten begannen die Fahrt. Bald braulte ein Jubel durch alle weiten Räume „Gildauf“: Der erste Fall! Die Helden hohleten. Sie marschieren mit stolz geklifferten Mänteln im kalten Winde oder sahen prassend auf ihren Feldstühlen. Eine grimme Diskussion entstand zwischen Abstinenzern und Alkoholikern. Jene priesen die Enthaltensweise, diese den Cognac als unerschöpfbares Mittel. Wüßlich verzerrten sich des Mitters von Bomeril mönchische Züge, er wollte und floh, der Säuser aber lachte schrill und rief ihm, das eberliche A in ein gemeines O verbundene, seinen Namen nach, der sein Leiden traf und verlaachte. Es war das letzte Lachen des Puffelögen, dann entwich auch er. Hagelblitz sanken die Leiden. Die Rot brach alle zehn Gebote. Wer aber noch wahrhaft bestialisch auf seinen Nächsten, je nach der Parteilichkeit seiner Neigung, wertete, daß auch ihn sein Schicksal erreichen würde, und durch grinsende Späher der Gefällung der Wette bewachte, dem leuchtete unmittelbar darauf ein Morgenrot aus dem Dunkel aufsteigend sah auf die Erde zerfliehend seinen Tod.

Alle Hände lösten sich, und alle Bestimmungen wankten. Ganz hoch, auf dem obersten Deck schauerte ein Revisionist, wie Jeremias klagend, mit wilden Gebarden seinen Unglauben ab, indem er unablässig seinen philosophisch über die Dauer menschlicher Widerstandsfähigkeit geübelnden Freunden beteuerte: Die Bewegung ist mir nichts, das Endziel ist mir alles.

Indessen, zur Ehre der Menschheit sei es gesagt: auch in diesem jämmerlichen Verfall von Charakter, Würde, Gesinnung zeigten sich bewunderungswürdige Züge Seltenen und großherzigen Selbstermutes.

Die Kapelle troyte dem Tanz von „Gildauf“ und versuchte durch das Spielen der Partellaise die Beugten aufzurichten. Wüßlich frocte einer der Minister. Wüßten in der „kühnen Bahn“, der er nun folgen wollte, ergoffen sich links und rechts von dem blanken Mundstück seines Instrumentes, unmusikalisches Nebenswollen. Nur einen Augenblick schien er zu verzagen — im nächsten schon blied er weiter. Ueber Bord neigte sich wehmütig ein blaugrüner Mann mit graugelblichen Querschnitten im sorgenvollen Antlitz. Eilig kam ein anderer gespritten, beugte sich treuzerzig neben jenem und sprach das heilige Wort: „Nur aus Solidari—“ Weiter kam er nicht.

Dem königlichen Provinzial-Schulkollegium übersenden wir in den Anlagen zwei nach Schulen geordnete Verzeichnisse, aus denen ersichtlich ist, inwiefern im Jahre 1903 vorübergehend und inwieweit gegenwärtig für längere Zeit Räumlichkeiten der hiesigen Gemeindefschulen zu andern Zwecken als zu denen des öffentlichen Elementarunterrichts an Vereine, Privatpersonen usw. von uns überlassen sind. Selbstverständlich findet diese Benutzung statt, ohne daß der Schulbetrieb in irgend einer Weise dadurch berührt wird. Wie wir bereits bei einem früheren Anlaß auf die Verfügung des königlichen Provinzial-Schulkollegiums vom 30. Juli 1900 — in unserm Berichte vom 19. September 1900 ausgeführt haben, halten wir das königliche Provinzial-Schulkollegium nicht für berechtigt, über Grundstücke der Stadtgemeinde Berlin, soweit dieselben nicht zum Schulbetriebe bestimmt sind und gebraucht werden, irgend welche Anordnungen zu treffen. Eigentümerin der Gemeindefschulgrundstücke ist die Stadtgemeinde. Die äußere Verwaltung der Gemeindefschulen, zu welcher auch die Vergabe der Gemeindefschulhäuser außerhalb der Unterrichtszeit zu andern Zwecken als denen des öffentlichen Elementarunterrichts gehört, steht deshalb nur unter der Kontrolle der Stadtverordneten-Versammlung (§ 56 Nr. 3, 35 Städte-Ordnung) und unter der Aufsicht der Kommunal-Aufsichtsbehörde (§ 76 Städte-Ordnung) zu. Indessen wäre auch diese letztere Behörde mangels einer gesetzlichen Specialbestimmung unseres Erachtens nicht befugt, von uns in jedem einzelnen Falle die vorherige Einholung der Genehmigung zu einer Verwaltungs-Ordnung zu verlangen. Würde die Auflage, für die Benutzung der Gemeindefschulen außerhalb des Schulbetriebes zu andern Zwecken als zu denen des öffentlichen Elementarunterrichts in jedem einzelnen Falle die Genehmigung einholen zu müssen, thatsächlich durchgeführt, so würde sie den Erfolg haben, daß nicht sowohl die Aufsicht, als vielmehr die Verwaltung selbst von der Staatsbehörde ausgeübt und das städtische Verwaltungsrecht aufgehoben würde.

Wir erkennen offen an, daß der Magistrat den hier gekennzeichneten Uebergriffen gegenüber die Ehre der Stadt mannhalt und würdevoll vertreten hat und wir wollen nur hoffen, daß er mit Unterstützung der Stadtverordneten-Versammlung auch ferner den systematischen Vorkämpfen von oben stand zu halten sucht. Daß die Regierung ihren Willen durchzusetzen die Macht hat, sieht für uns allerdings fest, denn gegen ein Aufgebot von Schulleuten ist der Magistrat am letzten Ende ohnmächtig. Aber hier kommt es darauf an, wenn es dem sein muß, mit Würde zu unterliegen, sich davor zu hüten, daß infolge irgend welcher Nachgiebigkeit von der großen moralischen Schuld, die die Regierung auf sich zu laden im Begriff ist, auch an der Stadtverwaltung etwa ein päplicher Fleck haften bleibe. Daß die Regierung des Sieges, den sie in diesem ungleichen Kampfe zu erringen hofft, nicht froh werde, dafür wird die Socialdemokratie schon sorgen.

Es verdient übrigens erwähnt zu werden, daß der Regierung in diesem Falle selbst auf konservativer Seite noch nirgendwo ein Verteidiger erstanden ist. Sogar ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung“, die in ihrer notorischen Feindschaft gegen die Verwaltung der Reichshauptstadt dieser wos nur möglich an Zeuge zu finden sucht, kann diesmal nicht umhin zu bemerken, daß der Magistrat, die richtige Darstellung der Sachlage vorausgesetzt, unabweisbar im Recht sei und die Pflicht habe, sein Recht zu wahren.

Zum Auffenkurs gegen die Socialdemokratie auch noch der Russenkurs gegen das Bürgerium. Weht der Regierung denn die Entwicklung unserer Partei immer noch nicht schnell genug?

Soziales.

Die dritte Generalversammlung der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterthum ist am Montag im Saale des Großen Raik in Basel eröffnet worden. Es sind die Vertreter von elf Nationen und 40 Delegierte von Landessektionen anwesend. Präsident Scherrer begrüßt die Versammlung mit einem Rückblick auf die Entstehung und Thätigkeit der Vereinigung und betont die hocherfreulichen Ergebnisse der Arbeiten. Regierungspräsident Wullschlegler in Basel spricht seine Freude über das erfolgreiche Wirken der Vereinigung aus und wünscht einen gegenreichen Fortgang des Kulturwerkes. Ministerialdirektor Caspar vom Reichsamt des Innern in Berlin dankt namens des Deutschen Reiches

Dem Schiff aber folgten Schwärme von Möven, hell aufstreichend über den Tag des Segens...

Helgolands rotes Märchen wuchs empor. Frieden und Hoffnung zog in die Seelen. Die braunen Seebären schwammen heran und nahmen uns in ihre sichere Obhut.

Auf der Landungsbrücke standen wie immer die Badegäste. Aber heute beschwerten sie uns nicht mit dem Hohnwort, das schon in jener Zeit bei Ankünften seefischer Ladungen jedem Gaste zugerufen wurde, als die Insel noch mit dem Festlande zusammenhing: „Bitte, gleich links ist die Apotheke!“ Sie glogten uns plebejische Eindringlinge an, die es wagten, Badegäste zu spielen. Etwas hatten sich demonstrativ mit Kornblumen geschmückt. Zwei liebe Mädchen aber stützten sich erschauernd zu: „Sehen sie nicht aus wie die Räuber? Du, der eine, der ist doch sicher fähig, einen gleich umzubringen!“ Ich frönte seitdem der wahnsinnigen Eitelkeit, die beiden lieben Mädchen hätten auf mich gezielt.

Schnell zur Wahlzeit und hinauf ins Oberland, wo seit der deutschen Herrschaft nur noch Kanonen wackeln! Wie viel mag wohl von dem märchen, purpurn leuchtenden Gestein übrig bleiben, wenn alle die Riesengeschütze einmal ernstlich losdonnern; die Erschütterungen würden die Insel zu einem Schutthaufen machen.

Von neuem geht es in das Ungetoisse. Aber „Gildauf“ ist müde geworden. Er treibt nicht mehr mit uns seine Späße. Und wenn auch die ganz Verächtlichen den bangen Argwohn erst dann völlig schwinden lassen, als die Weser ihre ruhige Herrschaft antritt, so entwickelt sich doch jetzt die Debatte rein theoretisch, ohne Unterbrechungen durch die ungestüme Aktion. Auf dem Schiffe erscheint Regir, in welchem, wallenden Gewande, begleitet von seinen grünen Töchtern — der Kerl gab sich später als Junggeselle aus — und noch grüneren Ministern. Er hielt an das verammelte Volk eine mit Hurras verfechte hochpatriotische Ansprache über den goldenen Say, daß nun endlich einmal die Zukunft auf dem Wasser liege.

Der Mond ging auf. Die Weser zitterte in ihrem stummernden Glanz. Bremerhaven hob aus dem Dunkel der irdenden Seelen des Welthandels sein Strahlenblau dem geheimnisvollerer Lichter empor. Während es unten in den Kabinen immer lauter und lustiger wurde, wob oben die Nacht und die Weiße feierliche Andacht. Nun lenkte „Gildauf“ in den Hafen von Nordenham, dessen Arbeiterthum das Schiff ihrer Freunde erwartete. Ueber den dunklen Massen flatterte heue Musik...

Ich muß einer Verleumdung zuvorkommen. Es werden Bilder von „Gildauf“ verbreitet, die mich stark hingestreckt zeigen, eine Seemanns des Glends, gebettet das klagende Gesicht in den Schoß eines Mannes, der nur zu berechnen scheint, wie lange es noch dauern möge, bis auch er —. Die photographische Platte lägt. Meine verdächtige Lage war keine Wirkung, sondern ein Zweck. Die Horizontalität war mein Mezzeyt, und es war erfolgreich. Ich gehörte zur kleinen Gruppe vom A l i b e n Hohngeklärter. Freilich, als ich in den schauerlichen Kassen vor Helgoland ausgebootet wurde und nicht mehr liegen konnte, sondern sitzen mußte, da gedieh nun auch mir die veränderte Haltung zum p a s s i v e n Hohngeklärter. Ich erinnere mich schattenhaft einer gelben, unbekanntem, ganz neuen Mantille. Sie sah neben mir. Sie wird, meine ich, an mich denken! ...

Der Parteitag auf See.

Bremen, 23. September 1904.

Der Bremer Parteitag hatte seine Tagesordnung um einen der schwierigsten Gegenstände vermehrt. Seitdem sich die Elemente zu jenem Stoff geeint haben, den man in kleineren Quantitäten Wasser, in größeren Meer nennt, starrt das Problem in ewig ungelöstem Räthel. Seine Schauer durchbeben oder vielmehr durchbrechen die Weltgeschichte. Keine Wirtschaftsordnung ist mit ihm fertig geworden. Als vulkanische Erbsünde schleppt es sich durch die Jahrtausende. Die Wissenschaft prallte mut- und wehrlos an ihm ab. Gab's keine Rettung, keine Hoffnung.

Da war es endlich Zeit, daß auch die Socialdemokratie endlich einmal sich mit der Frage beschäftigte, wenn auch nur in einer ebenso lähmen wie langwierigen Improvisation. Fast dreiviertel Tag — nach dem a s t r o n o m i s c h e n Tag berechnet — wurde die Materie nach allen Seiten erschöpfend behandelt. Und noch heute zittert die Erregung der Debatte nach.

Das Thema aber war: Darf die Socialdemokratie mit der — Seetransportation partieren?

Woh! noch niemals haben sich Worte und Handlungen eines Parteitages so unmittelbar innig gefeilt, wie bei dieser Diskussion. Die Theorie durchdrang die Praxis und die Praxis die Theorie.

In einem Anfall teuflischer Wahn hat der Norddeutsche Lloyd eines seiner Schiffe: „Gildauf“ getauft. Wer es besteigt, ahnt nicht die grausamen Widerhalten der Ironie, die in dem Namen verborgen lauert. Und so vertraute auch die sonst so misstrauische deutsche Socialdemokratie dem wohlwollenden aufmunternden Namen: „Gildauf“. Wäre das Schiff mit Dynamit geladen gewesen und hätte den Parteitag der deutschen Socialdemokratie auf hoher See in tauferd Nüchternen zerissen, so wäre das eine humane That gewesen. So aber ließ die Bremer Großreederei „Gildauf“ mit der ganzen Fülle seiner angeborenen Läden arbeiten. Was niemandem gelungen, das hat der Norddeutsche Lloyd unter der Waacke der Freundschaft der deutschen Socialdemokratie angehtan: Er warf sie zu Boden...

Am Donnerstag fuhrten die Delegierten des Bremer Parteitages nach Helgoland. In Nordenham bestiegen sie jenes geräumige Ungeheuer, das ein rufloser Spötter „Gildauf“ benannt hat. Und alsbald ging das Gild auf.

Man muß nämlich wissen, daß „Gildauf“ an seinen gewöhnlichen Tagen ein Fluchschiff ist. Es befördert die Auswanderer von Bremen nach Bremerhaven. So lange es auf der gelb-grauen Weser bleibt, ist das Fahrzeug voll Sanftmut und ruhigem Ebenmaß der Seele. Aber auch der längste Fluß nimmt einmal sein Ende. Auch die Weser — es ist spödelich zu sagen — mündet! Heute durfte „Gildauf“ endlich einmal aus dem Phlisterbett des Flusses sich flüchten auf die hohe See. Was Wunder, daß das liebe Wesen außer sich geriet und ganz sonderliche Künste zum Besten gab. Es giebt Schiffe, die seitwärts hinwanken, es giebt solche, die sich abwechselnd nach vorn und hinten neigen, und auch talentvolle Schiffe, die beides vermögen. Aber „Gildauf“ konnte mehr. Es war sogar im stande zu springen, als rühte es auf Sprungfedern

und der Abgaben Regierungen für die Begründung und erhofft für die Fortführung der Socialreform eine Förderung durch die Vereinigung. Nach Erledigung der Jahresberichte erstattet der ehemalige Minister Millerand-Paris den Kommissionsbericht über die Frage der Arbeit mit Phosphor und Blei und über die Frauenarbeit. Darauf folgen Referate über die Weisfrage, über verschiedene andere Gifte in gewerblichen Betrieben und über die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter. Generalsekretär Bauer teilt mit, daß jemand, der nicht genannt sein sollte, 25 000 M. zu einem Preisanschreiben für das beste Mittel gegen die Weisfrage in den verschiedenen Betrieben gestiftet hat.

Mit der Weisfrage beschäftigte sich am 23. d. Mts. hier eine Versammlung des Centralverbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher. Auf dem Programm stand die Weisfrage, über welche die Vereinigung mit äußerster Schärfe. Nach ihm sprach Professor Dr. Sommerfeld, der besonders eingeladen worden war. Sommerfeld, der auch auf der Tagung der internationalen Vereinigung für geschlechtliche Arbeiterarbeit über die Frage zu sprechen hat, erklärte, die Frage eines vollständigen Verbotes des Weisweiß sei noch nicht spruchreif. Dagegen bezeichnet er die Erweiterung der Gewerbeinspektion für durchaus notwendig und ebenso eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Bekämpfung der Weisweißgefahren.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der sie den vorliegenden Gesetzentwurf als völlig ungenügend bezeichnet und das vollständige Verbot der Verwendung der Weisfarben fordert.

#### Ein Bäcker-Geständnis.

Die Bäckermeister in Pindau bekamen, wie der „Münchener Post“ geschrieben wird, anlässlich der Einfuhr von „Streuwehl“ mit dem Magistrat wegen der Zahlung des Mehlausschlags Differenzen. Sie weigerten sich nämlich, diesen Ausschlag zu erwidern, da — man höre! — das betreffende „Streuwehl“ nur Holzwehl sei und deshalb der Ausschlagspflicht nicht unterliege. Eine Untersuchung ergab, daß dieses Wehl tatsächlich aus Cellulose gewonnen wird. Der Magistrat beschloß nun, die Verwendung dieses Holzwehles zu untersuchen zu verbieten, im übrigen es aber für nicht ausschlagspflichtig zu erklären.

Man könnte sich fast mit der indirekten Steuer veröhnen, daß sie den Herren Bäckermeistern dieses Geständnis entlockt hat.

#### Arbeiter als Schöffen.

Das Gewerkschaftsamt in Jena beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Antrag, „geeignete Schritte zu unternehmen, damit auch Arbeiter als Schöffen mit zugezogen werden“. Wie das „Jenaer Volksblatt“ berichtet, wurde in der Diskussion dieses allgemein unterstützten Antrages hervorgehoben, daß es in Jena eine große Anzahl Arbeiter gäbe, welche die genügende Qualifikation besitzen und gegebenenfalls auch über die erforderliche Zeit verfügen, um an der Rechtspflege bei dem Schöffengericht teilnehmen zu können. Der gefasste Beschluß geht dahin, die Frage zunächst einer allgemeinen Gewerkschafts-Versammlung vorzulegen und für diese einen geeigneten Referenten zu gewinnen.

Die „Amtsbesugnis“ des Hebammen-Lehranstalts-Direktors. Die Hebammen-Schülerin W. war zwangsweise aus der Provinzial-Hebammen-Lehranstalt zu Dresden entlassen worden, nachdem ihr Praktikant, ein Beamter P., beim Landeshauptmann der Provinz Schlesien über geringes und schlechtes Essen der Zöglinge des genannten Instituts Beschwerde geführt hatte. Die Entlassung der Dame erfolgte wegen Disziplinlosigkeit, weil sie ihrem Bräutigam Material für sein Vorgehen gegen die Leitung der Anstalt zutrug. Nach ihrer Entlassung verarmte der Direktor Dr. Baum die Zöglinge der Anstalt um sich, warnte sie vor dem Verkehr mit dem Beamten P. und äußerte zum Schluss, P. sei eine „nicht ganz richtig“ zu sein. Das erfuhr P. und verklagte darauf den Direktor wegen Verleumdung. Der Oberpräsident erhob nun zu Gunsten des Direktors den Konflikt und beantragte, die Verleumdungsklage gegen Dr. Baum für unzulässig zu erklären, weil sich Baum im Rahmen seiner Amtsbesugnisse gehalten habe. Der Direktor habe Anlaß gehabt, anzunehmen, die entlassene Schülerin sei durch ihren Bräutigam, den Privatkläger, beeinflusst worden, und dieser werde versuchen, auch andere der ihm bekannteren Zöglinge zu beeinflussen. Dem habe er vorbeugen wollen. Mit den Worten über den Geisteszustand des Klägers habe er nicht diesen Verleumdungen wollen. Er habe damit lediglich seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung (1), daß P. ein Querulant sei, Ausdruck gegeben, um der Warnung Nachdruck zu verleihen.

Vor dem Ober-Verwaltungsgericht erschien P. selber und legte dar, daß er niemand beeinflusst habe. Er habe nur den Beschwerden seiner Braut und anderer Zöglinge der Lehranstalt Folge gegeben, als er sich an den Landeshauptmann wandte. Die Frauen hätten sich bei ihm bitter beklagt, daß sie ungenügendes und noch dazu schlechtes Essen erhielten. Die Ursache davon sei wohl gewesen, daß die Küche an einen Unternehmer verpachtet gewesen und keine Kontrolle geübt worden sei, ob er auch allen Anforderungen gerecht werde. Erst nachdem sich die Frauen selber vergeblich beim Direktor beschwert hätten, habe er sich an den Landeshauptmann gewandt. Uebrigens sei es nichts seltsames, daß die Zöglinge im Institut mit „alte Eule“, „alte Schraube“ etc. bezeichnet würden.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet und entschied demgemäß, daß das Privatklage-Verfahren gegen den Direktor Baum endgültig einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: Der Senat sei der Meinung, daß der Direktor die Aechterung über die Geistesverfassung des Klägers nicht gebraucht habe, um seine Mißachtung auszudrücken, sondern nur, um der Warnung gegenüber den Zöglingen eine Begründung zu geben. Damit habe er seine Amtsbesugnisse nicht übertreten.

## Hus Industrie und Handel.

Das Hibernia-Verstaatlichungsprojekt soll, wie vor einiger Zeit von der „Morgenpost“ berichtet wurde, durch eine Beschwerde veranlaßt sein, die der Fürst von Donnersmarck über die Behandlung des ihm gehörenden Krasser Werkes durch das Kohlen Syndikat an den Kaiser gerichtet hat. Demgegenüber meldet jetzt das „Berliner Tageblatt“, daß die Beschwerde nicht vom Fürsten Donnersmarck, sondern von einem anderweitigen Abnehmer ausging, der nach der Lage seines Unternehmens einen Anspruch darauf zu haben glaubte, vom Syndikat als ausländischer Käufer behandelt zu werden, nämlich die niedrigeren Preise berechnet zu erhalten, die das Syndikat beim Export von Kohle fordert, nicht die höheren, die der inländische Konsum zu zahlen hat. Der Kaiser wandte sich auf diese Beschwerde hin an den Ministerpräsidenten, dieser an den Handelsminister. Als die gegenüber dem Syndikat zu ergreifende Maßnahme wurde zunächst die Verstaatlichung der Selskizhener Bergwerksgesellschaft ins Auge gefaßt. Da stellte sich aber heraus, daß Herr Thyssen bei seinem Eintritt in den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft den ihm nahestehenden Banken die förmliche Verpflichtung abgenommen hatte, die Mitwirkung an einer etwaigen Verstaatlichung abzulehnen. Als der Handelsminister den Geh. Kommerzienrat Arnhold in der Angelegenheit zu Rate zog, erklärte dieser, daß die Teilnahme eines Finanzmannes an den Beratungen erwünscht wäre, und da Arnhold Mitglied des Aufsichtsrates der Dresdener Bank ist, lag es für ihn nahe, Direktor Gutmann zu nennen.

Von Gutmann sei alsdann der Vorschlag ausgegangen, die Hibernia-Aktien in der Weise, wie sie vorstatten gegangen ist, zu erwerben. Die Bankgruppe der Hibernia von vornherein hinzuziehen, sei in der Erwägung unterblieben, daß die Handelsgesellschaft und Meißner einen solchen Kommissanten nur ungern verlieren

und sich deshalb gegen die Verstaatlichung erklären würden. Dagegen wurde angenommen, daß die Bankiers der Hibernia sich für die Verstaatlichung gewinnen lassen würden, wenn erst ein größerer Posten Aktien der Hibernia angekauft wäre und der Bankgruppe der Gesellschaft ein Anteil an dem Gewinn angeboten würde, der mit dem bis dahin erfolgten und an dem noch vorzunehmenden Ankauf von Hibernia-Aktien verbunden wäre.

Auf die Ablehnung der von ihr erhobenen Forderung, die Verwaltung der Hibernia solle die Tagesordnung der am 22. Oktober nach Düsseldorf einberufenen außerordentlichen General-Versammlung auch die nochmalige Beschlußfassung über die Kapitalerhöhung sehen, hat die Dresdener Bank sofort mit einem Gegenzug geantwortet. Sie hat durch Ober-Finanzrat Müller und Rechtsanwält Bondi beim Amtsgericht zu Herne beantragt, sie zu ermächtigen, als Gegenstand zur Beschlußfassung der Generalversammlung noch folgenden Punkt anzukündigen:

Beschlußfassung über den von der Dresdener Bank und Genossen gestellten Antrag auf Aufhebung sämtlicher in der Generalversammlung vom 27. August 1904 hinsichtlich der Erhöhung des Aktienkapitals, der Modalitäten der Aktienausgabe und der Abänderung von §§ 4 und 5 des Gesellschaftsvertrages gefassten, durch Anfechtungsklage angefochtenen Beschlüsse.

Amerikanische Erze in Deutschland. Wie mehrere kapitalistische Blätter dieser Tage zu melden wägen, sollen größere Posten amerikanischer Erze nach Rheinland-Westfalen verkauft sein. Dem „Dresdener General-Anzeiger“ wird dazu von informierter Seite mitgeteilt, daß im nächsten Jahre auch nach Oberschlesien amerikanische Eisenerz-Sendungen kommen werden. Es handelt sich um ein den schwedischen Magnetiten ganz ähnliches Material, das auch zu ungefähr gleichen Preisen gehandelt wird. Ob es sich für Oberschlesien nur um temporäre Bezüge auf Grund der niedrigen Schiffsfrachten handeln wird, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Mit der Steigerung der Schiffsfrachten pflegen auch die Erz- und Eisenpreise zu steigen, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die höhere Fracht in dem Erlös, den dann auch amerikanische Erze erzielen könnten, einen Ausgleich fände.

Das Reich-Syndikat beruft eine Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Herabsetzung der Kalibrotsalz-Preise für Verläufe nach dem Auslande für 1905 ein. Zur Begründung dieser Herabsetzung werden bereits stattgefundene sowie bevorstehende außerordentliche Verkäufe angeführt. Mit den ersten dürften die in der Nacht vor dem Zustandekommen des Syndikats am 30. Juni—1. Juli dieses Jahres abgeschlossenen Verkäufe der Gewerkschaft „Hohenfels“ gemeint sein, die aber, wie später verlautete, vom Syndikat übernommen sein sollten. Bei den letzteren kann es sich, so führt die „R. S. V. G.“ aus, nur um Verkäufe von einem noch nicht zum Syndikat gehörenden Werk handeln, das in absehbarer Zeit Lieferfähig werden wird. Als solches Werk wird die Gewerkschaft „Großherzog von Sachsen“ genannt.

Bismarckhütte, Oberschlesien. In der gestern in Berlin abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Bismarckhütte legte der Vorstand den Rechnungsabluß pro 1903/04 vor. Dieser geschätzte nach Verrechnung der vertragmäßigen Lantime für Vorstand und Beamte und der Abschreibungen in Höhe von 660 000 M. (gegen 480 000 M. im Vorjahre) die Verteilung einer Dividende von 16 Proz. (gegen 11 Proz. im Vorjahre). Von dem dann verbleibenden Rest sollen 81 000 M. zu Gratifikationen, Dotierungen von Beamten- und Arbeiter-Pensionsfonds und für einige Wohlfahrtszwecke verwendet werden. Die Generalversammlung wird auf den 19. November berufen werden.

Ein fetter Entbehrungslohn; nur in den Prosperitätsjahren 1898/99 und 1899/1900 hat seit 1890 die Bismarckhütte höhere Dividenden verteilt. Die niedrigen Löhne der ober-schlesischen Arbeiter gestatten allerdings dem Werk reiche Unternehmerprofite einzustreuen.

Hannoversche Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Georg Eckstorff, Linden-Hannover. Auch diese Gesellschaft hat im letzten Geschäftsjahre einen recht ansehnlichen Profit erzielt. Der Bruttogewinn für das am 30. Juni abgelaufene letzte Geschäftsjahr beträgt 2 114 230 M. gegen 1 787 617 M. im Vorjahre. Nach Abschreibungen und Reservestellungen in Höhe von 732 234 M. gegen 647 900 M. im bezugenen Jahre wird der Aufsichtsrat der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. gegen 20 Proz. in den beiden letzten Jahren vorschlagen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend Versammlung des Wahlvereins im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute, Dienstagabend, 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Herrn Bodrich, Spreestr. 13, eine öffentliche socialdemokratische Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet im Obfischen Saale, Meiningenstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung vom Parteitag in Bremen. — Die Wohnung des Vorsitzenden Genossen Bollermann befindet sich jetzt Martin Lutherstr. 50.

## Lokales.

Die Jugendweiche in der Freireligiösen Gemeinde fand Sonntag unter starkem Andrang des Publikums im großen Saal von Keller, Kopenstr. 29, statt. Lange vor dem Beginn am Vormittag 10 1/2 Uhr waren Saal und Gaietien bis auf den letzten Platz gefüllt und noch immer strömten Hunderte herbei. Die Feier war eine würdevolle und wurde durch ein passendes Lied, welches von allen Anwesenden unter Begleitung des Harmoniums gesungen wurde, eingeleitet. Nachdem Herr Dr. Kramer, der Prediger und Lehrer der Freireligiösen Gemeinde zu Magdeburg, das Einleitungsgebet gesprochen hatte, sagte der Männergesangchor der Gemeinde ein, worauf Dr. Kramer die Festrede hielt. Warne, tief empfundene Worte waren es, die er an die Eltern und Kinder richtete, welche letztere aus der Schule hinaus nun ins Leben treten sollen und als deren höchste Aufgabe es der Redner hinstellte, Menschen zu werden, gute, edle Menschen, welche mitarbeiten am großen Werk der Erlösung der Menschheit. Es folgte Verteilung von Vächern an die 117 Kinder, welche an der diesmaligen Jugendweiche teilnahmen. Jedes Kind erhielt einen Spruch für Lebensweisheit aus untern Klassen. Die Schlussrede war eine Ermahnung, nun hinauszugethen in die Welt, in das Leben, und nach besten Kräften bestrebt zu sein, die Hoffnungen der Eltern zu erfüllen. Ein Lied des Männerchores schloß die schöne Feier; manche verfloßen aus den Augen gewisse Tränen zeigte, wie auch Erbarmung dort vorhanden sein kann, wo der dogmatische Formelglaube überwunden ist.

In der gestrigen Sitzung der Deputation der händischen Gewerke wurde unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramsau beschlossen, die Revier-Inspektionen wegen der größeren Ausdehnung der Geschäfte von 24 auf 30 zu vermehren. Ferner wurde die Verbesserung der Beleuchtung der neuen Brücke über die untere Freierstraße im Tiergarten, in der Lorststraße und am Rordufer in der Nähe des Rudolf-Birchow-Krankenhanjes, in einem Teile der Bismarckstraße beantragt und genehmigt. Außerdem gab die Deputation ihre Zustimmung zur Einrichtung der Gaslichtbeleuchtung in der Siolyphidenstraße zwischen Seelower- und Driefenerstraße, in der Inselstraße zwischen Braunsberger- und Comarckstraße, und in der Kopenstrasse zu Mummelsburg.

Der Sommer-Fahrtplan für die Omnibuslinien der Berliner Expeditoren-Verein-Aktien-Gesellschaft behält auch während des Winters 1904/5 seine Gültigkeit. Der Verkehr dieser Omnibusse wird bekanntlich auf drei Linien betrieben: Wladimirplatz—Rantzenstraße, Eke-Coblenstraße; Wladimirplatz—Rigdorf, Hermannplatz; Wladimirplatz—Gansvoigtplatz.

Ein Nordverfuch aus verführter Liebe wird aus dem Vorort Pankow gemeldet. Ein junges Mädchen Emma Freitag, das dort in der Parkstr. 2 dient, gab vor kurzem seinem Freier, einem jungen Mann Namens Emil Ruy aus Krug, den Rauspaß. Gestern kam Ruy vor die Thür, um sich mit seiner Geliebten auszusprechen. Als sie herauskam, um vom Volkeschen Wagen Milch zu holen, stellte er sie zur Rede. Sie wies ihn kurz ab und ließ ihn stehen, gab auch nichts darauf, daß er sie schlug, sondern ging ruhig wieder ins Haus. Nach einer Weile sah sie dann durch den Fenstervorhang, ob Ruy weggegangen sei, und als sie ihn nicht mehr bemerkte, öffnete sie das Fenster im Erdgeschoß und lehnte sich hinaus, um weiter sehen zu können. Darauf schien der verführte Liebhaber nur gewartet zu haben. Er hatte sich unter dem Fenster dicht an der Mauer aufgestellt und stieß nun plötzlich sein Messer dem Mädchen zweimal in die Brust. Die Schwerverwundete erhielt von einem Arzt einen Rotverband und wurde nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht, Ruy nahm die Nachbarn fest und übergab ihn der Polizei.

Verhaftung des Häuseragenten Usenbing. Wegen Betrügereien großen Stils und Wechselerschleichungen, durch die mehrere Personen um insgesamt nahezu 1/2 Million Mark geschädigt worden sind, ist heute der 31-jährige Häuseragent Johannes Usenbing aus Charlottenburg in Untersuchungshaft genommen worden. Seit Anfang Mai d. Js. wurde U., der flüchtig geworden war, durch zwei Stadträte der Landgerichte I und II verfolgt. Gestern begegnete ihm in der Invalidenstr. ein von ihm geschädigter Herr, der ihn durch einen Schutzmann verhaften ließ. Ueber seine Straftaten ist von uns seiner Zeit mehrfach berichtet worden. Usenbing selbst schiebt die Hauptschuld auf den ehemaligen Profuristen und Häuseragenten Röttger, der eine mehrjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat. Röttger hätte ihm bei Taufgeschäften wertlose Hypotheken sowie Häuser übergeben, deren Schäden erst beim Weiterverkauf entdekt worden wären. Während U. sich als Opfer der Röttgerschen Machenschaften bezeichnet, können andre Leute von seinen eignen Betrügereien ein Lied singen. Zunächst fühlte sich ein Architekt W. durch U. um 60 000 M. betrogen. Kaum hatte U. den Schaden wieder gut gemacht und mit Herrn W. sich geeinigt, da übervorteilte er die Kapitänswitwe B. bei einem Grundstücksdeal; sie erhielt von U. wertlose Hypotheken und büßte ihr Vermögen von 70 000 M. ein. In ähnlicher Weise betrug er den Schlafwagenfahrer R. in Charlottenburg um 10 000 M. Ein besonders vertrauensvoller, vermöglicher Herr S. bezahlte seine Geschäftsbeziehungen mit U. mit 200 000 M. Nachdem sich U. noch durch gefälschte Wechsel einiges Geld verschafft hatte, floh er im April d. J. nach der Schweiz, von wo er zum Teil recht hohohafte Anichtsarten an seine trauernden Geschäftsfreunde richtete. Den Sommer verlebte er in Amsterdam, und vor drei Wochen kehrte er hierher zurück. In Magdeburg war er auf der Reise von dem Schlafwagenfahrer R. am Bahnhof getroffen worden; damals wußte er sich jedoch seiner Verhaftung zu entziehen, bis ihn gestern sein Schicksal ereilte. Man fand noch 4000 M. bei ihm. Bei einer Hausdurchsuchung bei seiner in Charlottenburg lebenden Frau wurden ferner 1000 M. beschlagnahmt.

Feuer im Lesing-Theater. Großfeuer kam in der Nacht zum Sonntag aus noch nicht aufgeklärter Ursache neben dem Lesing-Theater auf dem Grundstück des Generals der Kavallerie Grafen v. Lehndorf in einer Wellblech-Barade am Friedrich-Karlstr. 2/4, gegenüber der Kronprinzen-Brücke zum Ausbruch. Der große Wellblechschuppen wird als Coullissenhaus für das angrenzende Lesing-Theater benutzt. Das Feuer wurde erst bemerkt, als die Flammen schon aus dem Schuppen hell empor loderten. Von mehreren Seiten gleichzeitig alarmiert, rückte die Feuerwehre gleich mit mehreren Löschzügen aus, Brandmeister Hammer fand bei seinem Eintreffen schon einen ausgebreiteten Brandherd vor. Er ließ deshalb gleich von zwei Dampftrihen zwei B-Röhre und fünf C-Röhre von Hydranten vornehmen und damit kräftig Wasser geben. Die Coullissen aus leicht brennbaren Stoffen gaben dem Feuer indes so reiche Nahrung, daß eine Rettung ausgeschlossen war. Das Wellblech war von der enormen Hitze glühend geworden und ein angrenzender Fahradschuppen der Lehrbahn von der Fahradschuhnung A. Elbner in Brand geraten. Die Flammen schlugen bis zur Stadtbahn empor und gefährdeten nicht nur das Lesing-Theater, sondern auch die Stallungen unter den Stadtbahnböden. Das angrenzende Gebäude der Niederbarnimer Kreis-Korporation war weniger gefährdet. Den Bemühungen der Feuerwehre gelang es schließlich gegen 5 Uhr früh, die Gefahr für die Nachbarschaft zu beseitigen und auf das Grundstück Friedrich-Karlstr. 2/4 zu beschränken. Der Coullissenhaus ist mit dem Fahradschuppen und dem gesamten Inhalt niedergebrennt. Der Verlust ist groß, weil ein Teil der Coullissen täglich benutzt wird.

Die Raubmörder von Sendling, der Bierbrauer Johannes Huber und seine Frau, sollten nach ihrem kurzen Aufenthalt in Charlottenburg neuerdings in Steglitz gefangen sein. Ein Ehepaar, das dort gesehen wurde und Verdacht erregte, war aber nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen nicht das gesuchte Mörderpaar. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß Huber und Frau sich immer noch in einem Berliner Vorort aufhalten. Sie werden sich aber wohl nicht mehr als Ehepaar zu erkennen geben, sondern einzeln anstreben und sich nur gelegentlich an verabredeten Stellen treffen. Nachdem die Frau in Charlottenburg bereits Kleidungsstücke gestohlen hat, werden die Mörder, denen die Mittel ausgegangen sind, jetzt wohl auch vom Diebstahl leben müssen. Um Arbeit anzuspüren, werden sie kaum noch wagen; schon ihre bairische Mundart könnte sie bei einiger Aufmerksamkeit des Publikums, das die Personalbeschreibung wiederholt in der Zeitung gefunden hat, leicht verraten. Für die Ergreifung der Mörder kommt alles darauf an, daß das Publikum seine Wahrnehmungen der Polizei unverzüglich mitteilt.

Mit dem Tode der beiden Brüder, des Schlossermeisters und des Gezellen Krüger, endete der Zwist, über den aus der Chausseestraße berichtet wurde. Der Krüger, der in der Feilenhauer-Werkstatt schwer verwundet aufgefunden wurde, erlag Sonntagabend im Krankenhaus seiner Verletzung. Sein Bruder, der ihm eine Revolverkugel in den Kopf geschossen hatte und dann geflohen war, erschloß sich zur selben Zeit in Französisch-Buchholz.

Straßensperrung. Die Straße am Friedrichshain zwischen Köpenicker- und Hohofstraße sowie der Große Weg zwischen Hofjäger- und Kasernen-Allee wird behufs Umpflasterung usw. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Von einem Berliner Wilderer erschossen wurde gestern der Förster Strempel des Grafen L. v. Arnim in Blumberg (Kreis Niederbarnim). Als der Förster morgens 8 Uhr mit seinen beiden 12 und 18 Jahre alten Söhnen durch das Revier ging, hörte er einen Schuß fallen. Dem Schall nachgebend, traf er einen Wilderer, der ein Jweirad und Gewehr neben sich, ein Reh aufweidete. Der Förster verächtelte sich zunächst des Gewehrs und wollte dann den Wilderer festnehmen. Doch dieser leistete Widerstand und entriß dem Förster im Ringen das Gewehr. Strempel rief nun seinen Söhnen zu, sie sollten sich dem Wilderer an die Arme hängen, um ihn am Schützen zu verhindern; ehe die Knoben das aber thun konnten, sprang der Mann einige Schritte zurück und am linken Bein so schwer verletz, daß er zusammenbrach. Während die Söhne des Försters nach Blumberg eilten, entloß der Wilderer auf seinem Rade in der Richtung nach Berlin. Graf Arnim ließ mit dem Automobil aus Waldow einen Arzt holen, der den Förster verband und nach Berlin in das Krankenhaus am Friedrichshain brachte. Hier starb aber der Verletzte schon kurze Zeit nach der Aufnahme unter den Händen der Aerzte. Unterdessen wurde von

den Einwohnern und den Polizei-Organen von Blumberg und den benachbarten Dörfern die Verfolgung des Wilderers aufgenommen. Auch die Berliner Kriminalpolizei wurde benachrichtigt. Die Madsfur wurde bis Friedrichsberg verfolgt, verlor sich aber dort und konnte nicht wiedergefunden werden.

In der Garderobe der Brauerei Königsstadt wurde Sonnabend, den 24. September, während des Herbstergnügens des sechsten Wahlkreises irrtümlich ein Sommerüberzieher einem Herrn verabsolgt, der nicht der richtige Empfänger ist. Es wird höflich gebeten, ihn an die Garderobefrau Henschel, Fehrbellinerstr. 6, zurückzugeben.

Vermißt wird seit dem 25. d. Mts., morgens 10 Uhr, der zwölfjährige Erich Lehner. Der Knabe ist mittelgroß, hat blaue Augen und dunkelblondes Haar; bekleidet war er mit blauer Matrosenbluse und hellblauer Jacke sowie Turnschuhen und trug keine Kopfbedeckung. Der Knabe sollte von der Kreuzdammstraße, wohin die Eltern zum 1. Oktober ziehen, nach der jetzigen Wohnung in der Brunnensstraße zurückkehren, ist dort jedoch nicht eingetroffen und seitdem vermisst. Die schwer erkrankten Eltern bitten diejenigen, die irgendwelche Angaben über den Verbleib des Knaben machen können, Nachricht an Herrn Lehner, Brunnensstraße 57, Seitenflügel 4 Treppen oder an die Polizeibehörde gelangen zu lassen.

Ein schwerer Brandfall hat sich gestern nachmittags auf dem Neubau Kirchhofstr. 54, Ecke Voigtstraße, ereignet. Zwei Dachbedeckung, deren Namen wir noch nicht ermitteln konnten, waren daselbst am Giebel mit ihren Berufsarbeiten beschäftigt, als das Hängegerüst, auf dem sie standen, infolge mangelhafter Befestigung zusammenbrach. Beide Arbeiter stürzten in die Tiefe und verletzten sich schwer; sie wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen übergeführt.

Die „Typographia“, der durch seine Mitwirkung bei Arbeiterfesten rühmlichst bekannte Vuchdrucker-Gesangverein, beging am Sonntag in der Neuen Welt zu Nitzdorf das fest des 25-jährigen Bestehens. Es fand ein Festkonzert auf dem Programm, an dem außer dem Gesangverein das Berliner Tonkünstler-Orchester sowie die Konzertänger Alexander Heinemann und Leo Gollanin mitwirkten. Das Programm war ersichtlich zusammengestellt in dem Streben, der Welt zu zeigen, daß auch ein Arbeiter-Gesangverein es mit den Leistungen bürgerlicher Liedertafeln durchaus aufnehmen kann; und der Welt muß gestehen, daß das Konzert sowohl im Inhalt wie in der Ausführung auf der Höhe stand. Ob es sich gerufen ist, so difficile Sachen wie die mittelalterliche Venus-Hymne von Eugen D'Albert und Grambschs Kolombus in dem Festkonzert einer Liedertafel zu bringen, soll hier nicht entschieden werden. Aber wenn der Erfolg als Maßstab anzulegen ist, dann bleibt nichts übrig, als anzuerkennen, daß die „Typographia“ das Richtige getroffen hat. Es klappte in den schwierigsten Stücken und die Zubehörerschaft gab durch brausenden Beifall zu verstehen, daß sie die Leistungen zu würdigen wußte. Eines verdient außer der Richtigkeit der Liedertafel und der Hingabe der Herren Heinemann und Gollanin noch rühmliche Anerkennung, nämlich der seine Geschmack, mit dem der instrumentale Teil des Programms zusammengestellt war: „Meisterlieder“ und „Liedertafel“-Korps, Dvoraks „Stabat Mater“ und ein lichtschimmerndes Ballett von Luigini „Egyptien“. Von den Gesangnummern gefielen uns, soweit Auswahl und Ausführung in Betracht kommt, am besten Mozarts „Weise des Gesanges“ und Erks bekanntes Lied „Nest ganz in ans Bräume“.

Wing so das Festkonzert auf der Bühne in jeder Hinsicht würdig von statten, so waren Ereignisse, die sich im Festsaal bemerkbar machten, um so befreudlicher. Das während des Konzerts bald hier, bald dort in dem großen Saal zwei wohlausgerüstete Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in ihrer schmutzigen Uniform auftauchten, wird auf die meisten Besucher wohl eine beruhigende Wirkung ausgeübt haben. Wir lassen dahingestellt, ob die Nachahmung dieser Ambulanz sich im allgemeinen für solche Kunstdarstellungen empfiehlt, denen eine nervenstärkende Wirkung zuzutragen ist. Anders aber steht es um die leidige Kellnerwirtschaft. Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir das Seidelgellapp bei Arbeiterkonzerten rügen mußten, und es hat ja nicht an Versuchen gefehlt, das Servieren während des Konzerts zu verbieten. Auch für das Vuchdruckerkonzert soll eine solche Anordnung ergangen sein. Dessenungeachtet haben wir die Kellner ständig ihr Bier austragen. Wir bestreiten nicht, daß es Leute gibt, denen das Piano des Venusberg-Reigens in der Lammhauer-Duvertüre in Gemeinschaft mit dem Klang der Ridelstücke in der Hand des auf Zahlung erpichteten Kellners gar wohlthuende Harmonie dünkt. In einem Bierkonzert machen diese Leute ja auch zumeist die Mehrheit des Publikums aus. Aber ein Bierkonzert sollte die Darbietung vom Sonntag ja wohl nicht sein. Sie brauchte es nicht zu sein und war es auch nicht. Dann soll man aber auch grundsätzlich und strenge auf Ordnung halten. In dem wir dies fordern, geben wir nicht so sehr der Festsitzung die Schuld, die es gewiß mit ihrer Anordnung gegen das Servieren ernst gemeint hat. Der eigentlich Schuldige ist vielmehr das Arbeiterpublikum, das sich das Darreichen von Bier beim Konzert nicht allein gefallen läßt, sondern anscheinend die Kellner zu ihrem störenden Wirken noch animiert. Wir respektieren gewiß den Durst und er erscheint uns ehrfürchtig gebietend besonders bei den Vuchdruckern; aber wenn für die gut drei Stunden, die das Konzert dauerte, zwei längere Erfrischungspausen vorgesehen sind und außerdem noch klar und deutlich auf dem Programmzettel vermerkt ist, daß nach dem Konzert ein Kommerz folgt, so sollte man meinen, daß es wenigstens so lange ohne Bier auszukommen ist, als Sängern und Musikern sich auf der Bühne mühen. Dem Unzug wäre am besten dadurch ein Ende zu machen, daß überhaupt keine Tische in den Saal gestellt werden. Im Theater und in bürgerlichen Konzerten entbehrt man ja auch mit mehr oder weniger Vergnügen den Tisch mit den Seideln vor sich. So lange diese notwendige Aenderung aber sich nicht betreiben läßt, sollte in Arbeiterkonzerten das Publikum im ganzen Seideln zu sich führen und dem Kellner bedeuten, daß er auch beim Gelingen auf der Bühne gern gesehen ist, falls ihm am Ehrenschmaus etwas liegt, daß er aber seine Seidel gefälligst draußen zu lassen hat.

Im Circus Schumann ist die übliche große Pantomime bereits acht Tage nach der Eröffnungsvorstellung aufgeführt worden. Jules Verne's Roman „Der Courier des Jaren“ wurde zur Bearbeitung ausgearbeitet. Er behandelt die Abenteuer des Michael Strogoff, der dem Jaren geschworen hatte, der von den Tataren besagten Stadt Jekaterin die Befreiungsbotenschaft zu bringen, und unglückliche Abenteuer zu bestehen hat, bis er sein Ziel erreicht. Ihrem Inhalt nach ist die Pantomime nicht minder spannend wie der Roman; es wird furchtbar viel darin geschossen, und gar gefährlich sieht es aus, wenn der Emir der Tataren den gefangenen Courier mit einem glühenden Schwert blenden läßt, um sich dann, als ob nichts geschehen wäre, von einer Balletttruppe „Armees“ antanzen zu lassen. Wir atmen erleichtert auf, als sich herausstellte, daß die Blendung nur halb gelungen war und der furchterregende grüne Schein im nächsten Bilde wieder erlischt. Eine mißliche Eigenschaft hatiert der Pantomime jedoch an, nämlich die, daß sie zu sehr dramatischer Natur ist, daß derjenige, der vorher nicht gründlich das Libretto gelesen hat, von ihrem Inhalt nicht das geringste versteht. Das hat bei einem großen Teil des Publikums eine gewisse Teilnahmslosigkeit zur Folge, die auch durch das schon erwähnte große Ballett und den furchtbaren Kampf am Schluß nicht völlig aus der Welt zu schaffen ist. Im einzelnen haben sich die ungemein zahlreichen Künstler, die in der Pantomime mitwirken, ein hervorragendes Verdienst erworben; Bewunderung verdient namentlich die scharfe Charakteristik des Winters Dnoski und dessen Gemahlin. Ein anderer Umstand beeinträchtigte am Sonntag noch die Wirkung, nämlich der frühe Beginn der Pantomime. Es war nach zehn, als das Stück anfing, und eine Viertelstunde vor Mitternacht war es erst zu Ende. Hoffentlich richtet die Direktion es hinfort so ein, daß der erste Teil des Programms spätestens bis 9 Uhr erledigt ist.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr der Vortrag „Die Insel Nager“ zu ermäßigten Preisen gehalten werden. In den Abenden dieser Woche wird der neue szenisch und dekorativ ausgestattete Vortrag „Im Banne der Jungfrau“ zur Darstellung gelangen. Im Vorlauf beginnen in der kommenden Woche die gemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Vorträge. Ausführliche Prospekte über diese Vorträge werden an Interessenten auf Wunsch kostenlos gefandt oder sind an der Kasse der Urania erhältlich.

Im städtischen Gewerbeamt wird in den Abend- und Sonntagsklassen (zur Zeit 124) der Gewerbeabteilungen Maschinenbauern, Präzisions- und Elektromechanikern, Schlossern und Kunstschmiedern Gelegenheit gegeben, sich im Fachzeichnen und Entwerfen zu üben; auch findet nach Bedürfnis Unterricht in der Mathematik, Mechanik, Maschinenlehre und im Fachzeichnen für Kunstschmiede statt. In den Tagesklassen für Maschinenbauer, O., Strahmannstr. 6, können sich Gehilfen, die ein ganzes Jahr ohne andere Beschäftigung auf ihre theoretische Ausbildung verwenden wollen, die für einen Werkführer, Monteur oder Techniker nötigen Kenntnisse aneignen. Der Kursus auf der Berliner Schule ist einjährig — im Gegensatz zu auswärtigen Schulen mit zweijähriger Dauer und gleichem Lehrziel — weil er für solche Teilnehmer bestimmt ist, die sich durch längeren Besuch von Abendkursen während ihrer praktischen Tätigkeit genügend vorgebildet haben. Solche Abendkurse zur Vorbereitung befinden sich sowohl in den elf Gewerbeabteilungen, als auch in allen Fortbildungsschulen. Die städtischen Lehrwerkstätten für Präzisionsmechaniker, Maschinenbauer und Kunstschlosser, O., Strahmannstr. 6, bieten Gehilfen genannter Berufsarten Gelegenheit, sich in ihren praktischen Kenntnissen und Fertigkeiten zu vervollkommen und sich mühevolligste Fertigkeiten für den eigenen Besitz und Gebrauch, sowie andre Fachgegenstände (Maschinenteile, Apparate, Gefäßstücke und dergleichen) herzustellen. Die Werkstätten (Tagesunterricht) dauern zehn Wochen und beginnen der nächste am 13. Oktober, andre im Januar, März und Juli. Die Abteilungen des Gewerbeamts befinden sich in folgenden Schulhäusern: S., Wasserhofsstraße 31 (Dirigent Kaul); N., Reichenstraße 17/18 (Rektor Buth); O., Hinter der Garnisonstraße 2 (Rektor Drechmann); NW., Lurstraße 86 (Dirigent Sadowitsch); O., Strahmannstraße 6 (Dirigent Plog); SO., Reichenbergerstr. 131 (Rektor Schünemann); N., Ravenstraße 12 (Dirigent Giller); W., Wallstraße 15 (Rektor Stephan); NO., Fehrbellinerstr. 18 (Rektor Lugenberger); N., Lurstraße 23 (Rektor Mebe); SW., Hagelbergstr. 34 (Rektor Verndt). Das Eintrittsgeld für die Abend- und Sonntagskurse beträgt für das Halbjahr bei 4 wöchentlichen Stunden 4 M., bei mehr als 4 Stunden 6 M. Der Unterricht in der Mechanik ist für die Teilnehmer des Gewerbeamts frei. Für den einjährigen Kursus der Tagesklassen beträgt das Schulgeld 100 M., für die zehnwöchigen Kurse der Werkstätten 10 bzw. 20 M. Der Unterricht beginnt am 12. Oktober in den Abend- und Sonntagsklassen, in den Tagesklassen am 13. Oktober (neuer Jahreskursus). Nähere Auskünfte erteilen die genannten Unterrichtsleiter. Programme der Tagesklassen und der Werkstätten sind auch im Bureau Strahmannstr. 6 zu haben.

### Aus den Nachbarorten.

In den Spandauer Wasserwerkstätten rumort es, wie uns geschrieben wird, unter den Arbeitern ganz bedeutend. Die seit Jahren durch die staatlichen Instanzen genährte Unzufriedenheit der Staatsarbeiter hat durch die jüngste Enttäuschung in Sachen der Lohnregulierung neuen Stoff erhalten, so daß wohl heute so ziemlich jeder Arbeiter seine Meinung über die seitens des Militärstaats betriebene Behandlung berechtigter Arbeiterforderungen ganz ungeschönt äußert. Hinzu kommt noch die von einzelnen Vorgesetzten gemohnheitsmäßig gegen die Arbeiter geübte Behandlung. Der Ingenieur Barlow vom Feuerwerks-Laboratorium ist einige Tage nach dem bekannten Vorfall auf Verzicht der Verwaltungskonferenz vom Dienst suspendiert worden, da seine Kollegen und auch die Offiziere des Instituts sich geweigert haben sollen, mit dem Attadierten noch weiter zusammenzuarbeiten. Seitdem sind gegen den Ingenieur sogar von einigen Meistern wegen seines unpassenden Auftretens Beschwerden bei der Direktion eingelaufen. Der Dichter des „Spottgedichts“ ist als der Dreher Albrecht ermittelt, welcher bereits als „Arbeiterkandidat“ und „schlichter Mann aus der Werkstatt“ während der vorjährigen Reichstagswahl von sich reden machte. A. ist gleichfalls vom Feuerwerks-Laboratorium sofort entlassen worden.

Beim Bau der Kirche in Lankwitz brach gestern nachmittags 2 Uhr das Gerüst in einer Höhe von 18 Metern zusammen. Vier Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Schwere Verletzungen erlitten der Maurer Gustav Schulz aus Groß-Lichterfelde, Kastanienstraße 2, der Maurer Joseph Spiel aus Marienfelde, Berlinerstraße 43, der Wasserträger Karl Schulz aus Groß-Lichterfelde, Traunstraße 11, und insbesondere der 15jährige Lehrling Richard Schwaße, der ebenfalls in Groß-Lichterfelde, Koonstr. 20, wohnt. Gustav Schulz, Spiel und der Lehrling wurden ins Krankenhaus Groß-Lichterfelde gebracht, Karl Schulz, der namentlich am Fuße verwundet wurde, konnte nach Hause geschafft werden. Ueber die Ursachen des Unglücks hat sich nichts Näheres ermitteln lassen, doch nimmt man an, daß das Gerüst für den Fraß nicht stark genug war. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiter schon vor einigen Wochen ihre schweren Bedenken gegen den Ausbau geltend machten, jedoch kein Gehör fanden. Als ein Gluck im Unglück muß es bezeichnet werden, daß der Einsturz nicht später erfolgte; kurz vor der Katastrophe sollten 26 Maurer das Gerüst betreten, um im Innern des Baues zu arbeiten. Der Bau wird errichtet vom Zimmermeister Hartmann in Groß-Lichterfelde, Bauerleiter ist der Regierungsbaumeister Dähnert. Der Arzt Dr. Goldberg leistete den Verletzten die erste Hilfe. Zum Glück ist keiner lebensgefährlich verletzt.

### Verfammlungen.

Die Sektion der Pflegeter des Centralverbandes der Maurer hielt am Freitag, den 23. September, eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Schütte hielt daselbst einen interessanten Vortrag über „Die Urgeschichte der Menschheit“. Nachdem gab Nabe einen Bericht über die letzte Sitzung der Einigungscommission der Pflegeter. Aus seinem Bericht ging hervor, daß keine Aussicht auf ein Zustandekommen der Einigung vorhanden wäre, und die Delegierten der Sektion deshalb von weiteren Verhandlungen zurückgetreten sind. Nach seinen Eindrücken von dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen würde es nur eine Scheineinigung geworden sein. Ledrigens würde von den beiden andern Vereinen, Lokalfisten und freie Vereinigung, demnächst noch eine öffentliche Versammlung über diese Angelegenheit veranstaltet werden.

Der Verband der Hasenarbeiter hielt am 18. September seine Monatsversammlung ab, in der Schmidt als Delegierter den Bericht von der Gewerkschaftskommission erstattete. Als ersten Vorsitzenden wählte die Versammlung Hünze. Da dadurch die Stelle eines zweiten Vorsitzenden frei wurde, wählte man in dieselbe Carnal hinein. Als Gewerbegerichts-Beisitzer schlug die Versammlung Schmidt vor. Das Gesuch eines Kollegen um Unterstützung mußte abgelehnt werden, da seine Mitgliedschaft erloschen war.

Adlershof. Am 21. September fand im Lokale von Pau eine Volksversammlung statt, zu welcher die Herren Pastoren und die Lehrerschaft des Ortes schriftlich eingeladen waren. Es waren auch Herr Pastor Starke und etliche der Herren Lehrer erschienen. Leider war Genosse W. G. Waage, welcher über „Christi Lehren und die christliche Kirche“ referieren sollte, durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Dafür legte der Vorsitzende Loß das Wesen der sich christlich nennenden Kirche in kurzem Referate dar und ging besonders auf die hiesigen Kirchenverhältnisse ein. Zum Schluß forderte er in martigen Worten

die Anwesenden auf, aus allen den von ihm angeführten Gründen der Landeskirche zu sagen. Als erster Diskussionsredner sprach Herr Pastor Starke. Jedoch vermochte sein Versuch zu einer Widerlegung des Referenten nicht überzeugend zu wirken. Interessanter waren die Ausführungen des Herrn Lehrers Krause, welcher das Uebermaß des Religionsunterrichts in den Volksschulen aus eigener Praxis in drastischer Weise schilderte. Er wollte nicht den Religionsunterricht aus der Volksschule entfernen wissen, erklärte jedoch, daß nur das gelehrt werden müßte, was dazu angethan ist, die Jugend sittlich und ethisch zu bilden. Leider mußte Redner wegen Eintritt der Polizeistunde um 11 Uhr unterbrochen werden. Zum Schluß erhielt der Gemeindevertreter Genosse H. Hildebrandt das Wort zu einer Erklärung betreffs eines Artikels im Kreisblatt, in welchem es heißt, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Adlershofs für Aufhebung des Wochenmarktes gestimmt hätten. Er führte aus, daß der Artikel der Wahrheit nicht entspreche, sondern daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Gegenteil für eine schärfere Kontrolle und Aufsicht des Marktes eingetreten sind.

Theobobische Gesellschaft. Zweig Weßberg. Dienstag, den 27. September. Sitzung abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Blüowstr. 43. Vortrag: Paul Raab: „Das wahre Reichthum-Selbst“. Diskussion. Gäste willkommen!

Verein der Aquarien- und Terrarienfreunde zu Berlin. Die Generalversammlung findet am Mittwoch, den 28. d. M. in Bendis Central-Clubhaus, Königsgraben 14a, statt. Anfang 9 Uhr.

### Briefkasten der Redaktion.

Schaub. 1. und 2. Absolut unfahr; beide Fragen sind falsch gestellt, daher unverständlich und nicht zu beantworten. Wahrscheinlich denken Sie an Segment und Peripherie. 3. und 4. Amerika liefert uns durchsichtliche das höchste Quantum an Weizen. Größte Roggen- und Gerste-Einfuhr von Rußland. Ueberhaupt flüchtiger Getreide-Import in Deutschland für uns von Rußland. Auch Argentinien für Weizen-Ausfuhr sehr leistungsfähig. — Zinus. Fragen Sie an beim Dirigenten der Fortbildungsschule, Friedrichstr. 38. — Hans. Unser Brief an Sie ist als unbestimmbar zurückgekommen. Senden Sie sich an den Centralverband der Handwerker, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Berlin SO., Engel-Ufer 15. — 13. A. Unbeständig. — 19. B. Sehr achte. — G. M. Fragen Sie an bei dem Kaiserlichen Herrn Minister, Adorf, Kirchhofstr. 46, II. — S. 150 und Harpen. Senden Sie Ihre Abonnementanfragen ein und wiederholen Sie Ihre Fragen. — H. S. W. ist Hauptstadt, aber nicht Reßberg, weil das Bürgerhaus in H. wohnt. 2. Allgemein genommen die größte wichtigste Stadt eines Landes. — R. S. Steinmetzstraße. Senden Sie sich an die Direktion oder die Verwaltung der großen Strahnenbahn. — R. S. 100. Auskunft können Sie erhalten durch Herrn Eugen Simonowitsch, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 37. — Strahburg I. G. (W. A.) Sie bebauern, Ihrem Wunsch nicht entsprechen zu können. Senden Sie sich an Sachverständige in Ihrer Stadt. — Martha S. Die Schließungs-Einstellung, veranlaßt von der Armenverwaltung, Bureau Am Reichenbaum 1. — Bier. — 1. Einmal über 14 1/2 Quadratkilometer. 2. 180 Quadratkilometer. 3. 2533 Quadratkilometer. — Strandung. (Wahrscheinlich.) 1. Keine Gewebe von feinen Spinnen heranzüchten. 2. Die Temperatur kann in jenen Gegenden nicht so tief sinken. 3. Die Wirkung reicht darüber noch hinaus. 4. Keine Atmosphäre. 5. Es ist möglich, aber nicht wahrscheinlich. — 3. 100. 1. Das „Vollblatt“ existiert seit dem 1. April 1884. 2. Der „Vorpars“ als Centralorgan seit dem 1. Januar 1891. — Ei des Columbus? Sie sind schon im Recht: Jeder „Vormärts“-Abonnement sollte auf 1. Oktober einen neuen Abonnement zu gewinnen suchen. Das wäre vielleicht eine einfache und erfolgreiche Aktion, denn so würde der Abonnementland des „Vormärts“ mit einem Schlage zum 1. Oktober auf rund 170 000 steigen. Die Sache klingt freilich einfach, aber einfache Dinge liegen leider oft außerordentlich schwierig. Sehen Sie einmal zu, wie die Ihre überraschende Idee realisieren können. Bei der Reichstagswahl vom Jahre 1903 vollzogen in Berlin für die Socialdemokratie rund 220 000 Bürger. Wenn zunächst die Abonnenten und sodann die Nichtabonnenten dieser Wählermassen für Ihre epochemachende Anschauung gewonnen wären, so gäben wir ja für die nächste Zeit überraschenden und höchst erfreulichen Resultate entgegen. — V. B. Paris. — Ströck. Nicht vorbestraft. — Bremen. Rein. — 9876. 1. Ja. 2. Nein.

### Juristische Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr. Soci. Nitzdorf, Dieger. V. W. 10. 1. und 2. Ja. — H. O. 23. 1. Eine Einricht in den Wiedersetztag sind Fragen über Nichtangelegenheiten unzulässig zu beantworten. 2. In 10 Jahren. 3. Zwischen 600 und 2000 R. Sie müssen beim Gericht den Antrag auf Kostenersatzung stellen. — Hugo Ernst. Die auf die Vollstreckung bezügliche Anfrage ist zu verneinen. Ueber die andern Fragen können Sie sich durch Nachlesen der Berichte im „Vormärts“ informieren. Es geht doch nicht an, im Briefkasten den Inhalt, die Folgen, den Wert des internationalen Haager Kongresses, das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland, zwischen England und Japan usw. darzulegen. Sie sollten die Zeitung nicht nur lesen, sondern sich selbst ein Urteil bilden. Die öffentlichen Leibesfallen in Berlin geben Ihnen reichliche Gelegenheit zur Information. — H. Ja. — 333 R. S. Das ist möglich. — M. S. Rein, der Anspruch ist seit Oktober 1901 verjährt. — Rees S. Der Wert ist im Recht. — H. S. 4. — R. S. 75. Nein, aber von der Unvollständigkeit der Anwaltskammer. — H. S. 69. Die Klügelungsfrist ist die gleiche. — H. S. 21. Eine Klage hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nachweisen, daß der Rechtsfall schließliche, so wie gegeben, gehalten ist. Dieser Beweis ist sehr schwer zu führen. — Otto Nitzdorf 22. Rein. — Krauer. Vervollständigung steht Ihnen nicht zu. — W. R. Ja.

### Witterungsübersicht vom 26. September 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	761	SO	1	befw.	14	Dapunda	769	R	2	befw.	8
Hamburg	762	O	2	befw.	11	Petersburg	773	SW	—	wolkig	9
Berlin	760	SW	—	wolkig	13	Gort	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	762	S	2	Regen	12	Überdeen	756	S	—	befw.	9
Königsberg	764	W	3	Regen	11	Paris	763	SW	—	wolkig	6
Wien	763	W	1	befw.	15						

Wetterprognose für Dienstag, den 27. September 1901. Mild, jedoch vorherrschend wolkig mit etwas Regen und schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

338L\* Unser tadellofes Kontur. **Renzfolli** mit jed. andern vorgezogen. 3 Pfd.-Dose best. Sardellher. 20 frische Rauchsundern, ca. 1 Dos. mariniert. F. Herings. 1 Dos. H. Aal. 1 Gelbe. 40 H. Bückel. 1 Sp. Kroch. 1 Dos. Gelnard. 1 F. Koehb. 2 fetto Rauchsunde und 1 Stck. H. Rauchsunde. 10 Sort. 4/1. M. g. Radig. Mit noch 12 f. Hammer u. 12 f. Vahs I. G. S. 19. B. Degener, Swinemünde 83. Großschere-Export v. 1881. 1017\*

**Sofastoffe** Rosenauswahl aller Qualitäten. **Dolle. Reste! Moquetten. Plüsch. Sattelstaschen.** Muster b. näher. Angabe franco. **Emil Lefèvre, Berlin, 158.**

53 Pfund Brot 50 Pf. **Albrechts Bäckereien:** Branderstr. 135, Krautstraße 19, Falkenstr. 28, Lanfenerstr. 2, Markthalle Wilmersd., Stand 222/23, Markthalle Wilmersd., Stand 16/18. Central: Vorhogenerstr. 13.

**Möbel, 2952\*** ganze Wohnung-Einrichtungen sowie einzelner Stücke außerst billig. **Eigene Tischler-Werkstatt, Berlin O. Wiehr, Petersburgerstr. 62.**

Das Altos **Rester-Geschäft** des S.-O. von **Wilh. Mühlbach** empfiehlt Rester von Plüsch, Krimmer, Gelfimoz zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen. **Größte Auswahl in fertiger Konfektion. 10 Oppelnerstr. 10**

Am 24. September, abends 11 Uhr, verschied nach längerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, der Preisvergoldener  
**Arthur Emilus**  
 im 32. Lebensjahre.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr von der Halle des Razareth-Kirchhofes, Reimendorfer, Berlinerstraße, aus statt.  
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

**Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter**  
 Sektion I, Berlin (Brauerei).  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Heinrich Angelkorte**  
 (Genossenschafts-Brauerei) am 23. er. verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Friedrichshagen, Wilhelmstraße, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 41/19 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Nachruf.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler  
**Adolf Pritschow,**  
 am 21. September nach kurzem Krankenlager verstorben ist, und am 25. September in Albershof zur letzten Ruhe gebettet wurde.  
 Ehre seinem Andenken!  
 89/15 Die Ortsverwaltung.

**Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.**  
 Verwaltungsstelle Berlin I.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Friedrich Rabald**  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause, Tegelerstr. 14, aus nach dem Razareth-Kirchhofe, Rinderstraße, statt.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung Berlin I.

**Dankfagung.**  
 Für die mir bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, des Wirtstüchters  
**Karl Lehmann**  
 so reich bewiesene Teilnahme sage ich allen meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe Agnes Lehmann.**

**Dankfagung.**  
 Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders **Robert Lau** sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank.  
**Familie Lau.**

**Dankfagung.**  
 Da wir für die reiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes und meines guten Schwagerbruders  
**Ludwig Fleischmann**  
 nicht allen persönlich danken können, sagen wir hiermit allen Freunden, Bekannten, Verwandten, den Genossen des 4. Berliner Wahlvereins, dem Chef Herrn Hedenberg, sowie dem Personal der Firma, auch dem Gesangsverein und dem Genossen Franz Kotzke für seine kühnen Worte am Sarge unsern herzlichsten Dank.  
**Frau Hedwig Fleischmann geb. Broska, Franz Broska u. Frau nebst Schwager, Ortschaftsältester.**

**Dankfagung.**  
 Sage hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Centralverband der Stulleute und dem Vorstehenden Herrn Krebs sowie der Firma Korth für die zahlreiche Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Stulleuters **Robert Lau** meinen innigsten Dank.  
 Die trauernde Witwe Emma Lau.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme und die reichen Kranzspenden, die uns bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, des Prospektentüschers **Gustav Below** zu Teil geworden, sagen wir allen, insbesondere den Kollegen des Fußballvereins von Herrn Lindner, unsern herzlichsten Dank.  
 Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Gustav Below.**  
 148/20

Für die innige Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere seinen Kollegen von der Firma Rossmann & Kühnmann sowie den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Berlin, meinen herzlichsten Dank.  
**Frau Antonie Szinowski nebst Tochter.** 159/8

**Spar- u. Produktiv-Genossenschaft Berlin-Bixdorf in Liquidation.**  
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
 Durch Generalversammlung-Beschluß vom 29. August und 12. September a. e. ist die Genossenschaft in Liquidation getreten. Wir fordern hiermit die Gläubiger auf, ihre Forderungen einzureichen.  
**Die Liquidatoren.**  
 H. Kunze. L. Breslauer. C. Gehrman.

Wir ersuchen dringend, zureds Feststellung des Anteils jedes einzelnen Genossen, daß alle Mitglieder umgehend das Mitgliedsbuch in den Verkaufsstellen abgeben. Die Rückgabe derselben erfolgt vom 30. Oktober ab wieder ebenda.  
 Die Verteilung des Vermögens der Genossenschaft darf erst nach Beendigung der Liquidation erfolgen. Auch diejenigen, die ihre Kündigung eingereicht haben und mit dem 30. September d. J. auscheiden, dürfen laut § 75 des Genossenschafts-Gesetzes ihr Guthaben erst nach Beendigung der Liquidation ausbezahlt bekommen.  
 167/2 D. O.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
 von **H. Rodewald,**  
 Alexandrinenstrasse 1a.  
 Kränze mit Widmungsschleifen, Kränze zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art zu preiswert

**Möbelverkauf!**  
 In meiner Möbelfabrik, Guelicenerstr. 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, welche gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen liefern ich bediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verlegener und juristischer Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderstühle 21, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matr. 20, Tischschilde, Vertikal 30, Salongarnitur, Tischgarnituren 105, Tischschilde mit Matr. 40, geschmückte Büffets, Bücherst. 60, Sesselst. mit Sattelst. 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmern, Spielzimmern, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Rasterbuch gratis. 215/2

**Wer-Stoff-hat,**  
 fertige Herrenanzug, 20 M., feinste Jutah, 2 Knip. Für guten Sitz beim gold. Reiballe. **Ludwig Engel, Preislauderstr. 23. II.** (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 34/9

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Kessler, Köpenickerstr. 29:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 für sämtliche Bezirke und Branchen.  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern.  
**Jede Werkstatt muss vertreten sein.**  
 Vertrauensmännertarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Tischler Berlins!**  
 Dienstag, 27. September, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. „Die Taktik der Unternehmer in der gegenwärtigen Situation und die Haltung der Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes dazu.“ Referent: Kollege **Hürtler.**  
 2. Diskussion. — Kollegen, erscheint alle, ganz gleich ob Ihr im Verbands-, im Fachverein oder Gewerkschaftsverein organisiert seid!  
 Der Einberufer: **Rob. Winkler.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Gips- und Cementbranche.  
 Donnerstag, den 29. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**General-Versammlung**  
 für alle in der  
 Sektion der Gips- und Cementbranche organisierten Rabitzputzer, Spanner und Cementierer.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Stellung der Arbeitgeber zu unsern Lohnforderungen und unsere weitere Beschlußfassung darüber.  
 2. Die bevorstehende Baufenkontrolle. 3. Gewerkschaftliches.  
 Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es notwendig, dass jeder Kollege in der Versammlung erscheint. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.  
 Der Vorstand.

**General-Versammlung**  
 für alle in der  
 Sektion der Gips- und Cementbranche organisierten Rabitzputzer, Spanner und Cementierer.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Stellung der Arbeitgeber zu unsern Lohnforderungen und unsere weitere Beschlußfassung darüber.  
 2. Die bevorstehende Baufenkontrolle. 3. Gewerkschaftliches.  
 Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es notwendig, dass jeder Kollege in der Versammlung erscheint. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.  
 Der Vorstand.

**3. Wahlkreis.**  
 Dienstag, 27. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18o  
**Versammlung**  
 des sozialdemokratischen Wahlvereins.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Magnus Schwantje:** Die wissenschaftliche Tier- und Menschenfütter (Bisphexion) und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse. 2. Diskussion.  
 Frauen haben Zutritt. Gäste willkommen. 210/19  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.)**  
 Dienstag, den 27. September, abends präcise 8 1/2 Uhr:  
**Anßerordentliche Generalversammlung**  
 im Saale des Herrn Graumann, Rauhstr. 27.  
 Tagesordnung:  
 1. Statuten-Vorlesung. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Fritz Kunert** über: Die Berufserklärung gegen die Landarbeiter und das Gefährde im preussischen Landtage. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet  
 244/9 **Der Vorstand.**

**Vergolder!**  
 Filiale Berlin.  
 Mittwoch, den 28. September, abends 8 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Anßerordentliche Versammlung der Rahmenvergolder.**  
 Tagesordnung:  
 1. Aufbesserung der Löhne um 10 Prozent. 2. Lieferung sämtlicher Pinsel. 3. Bei Beschäftigung außer der Werkstatt pro Tag 1 Mark Lohnzuschlag. 4. Einführung der 52-tägigen Arbeitszeit pro Woche. 5. Verschiedenes. 227/9  
 Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

NB. Die diesjährige Ratinee findet am 16. Oktober in der Alhambra, Ballertheaterstr. 15, statt. Ausführende: **Horsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.**  
 Eröffnung 11 Uhr. — Anfang präcise 12 Uhr.  
 Billets a 30 Pf. bei den Vertrauensleuten und den Vorstandsmitgliedern erhältlich. D. O.

**Uhren, Grammophone, Goldwaren**  
 sowie sämtliche Zubehörteile; Reparaturen, Platten billigst.  
**Franz Henschke, N., Zwilnernerstr. 39.**  
 Tel. Amt III 5008. 254/2

**NESTLE'S Kinder-mehl**  
 Unübertroffen bei:  
**Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh**  
 Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

**Kenner rarehen**  
  
**Zenith**  
**Cigaretten!**  
 14L\*

**Achtung! Wahlkreis Ruppin-Templin. Achtung!**  
 Dienstag, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Brunnstr. 188:  
**Oeffentliche Versammlung**  
 der in  
 Berlin arbeitenden Genossen d. Ruppin-Templiner Wahlkreises.  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht vom Parteilag in Bremen. Referent: Genosse **Krajsmann.**  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Recht zahlreichen Besuch erwarten  
**L. Krasemann,** 293/8  
 Kreis-Vertrauensmann. **P. Dobrohlaw,**  
 Nitgl. d. Agitationskommission.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 9353.  
 Mittwoch, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Dreddenzer Garten, Dreddenzerstr. 45:  
**Versammlung**  
 der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Dr. Wollheim** über: Ulrich von Hutten. 121/14  
 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Recht zahlreichen Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Gips- und Cementbranche.  
 Mittwoch, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:  
**General-Versammlung**  
 für alle in der Sektion der Gips- und Cementbranche organisierten Rabitzputzer, Spanner und Cementierer.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Stellung der Arbeitgeber zu unsern Lohnforderungen und unsere weitere Beschlußfassung darüber. 2. Die bevorstehende Baufenkontrolle. 3. Gewerkschaftliches. 153/2  
 NB. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt. **Der Vorstand.**

**Achtung! Central-Verband der Maurer Deutschlands. Achtung!**  
 Zweigverein Berlin. — Zahlstelle der Maurer.  
 Mittwoch, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Drei Bezirks-Versammlungen:**  
**Süd-Westen:** in **Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden. 2. Bericht aus der Vertreter- und Obleute-Sitzung. 3. Verschiedenes.  
**Norden I und II:** bei **Wernau, Schwedterstr. 23/24.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Schütte** über: Die Urgeschichte des Menschen. 2. Diskussion. 3. Bericht aus der Vertreter- und Obleute-Sitzung. 4. Verschiedenes.

**Wedding:** bei **Milbrodt, Müllerstr. 7.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Davidsohn** über: Was muß der Arbeiter vom Alkohol und vom Alkoholismus wissen? 2. Diskussion. 3. Bericht aus der Vertreter- und Obleute-Sitzung. 4. Verschiedenes.  
 Guten Besuch in allen Versammlungen erwartet  
**Der Vorstand.** J. H.: E. Thöns. 153/1

**Achtung! Bremer Maurer! Achtung!**  
 Mittwoch, den 28. s. Wts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 8, eine  
**Versammlung**  
 statt. Kein Bremer Kollege darf fehlen. Referent: Kollege **Carl Hiddessen** aus Bremen. Die Kommission.

**Charlottenburg.**  
 Dienstag, 27. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Wodrich,** Spreestraße 13:  
**Oeffentl. sozialdemokrat. Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **G. Voeste.** 2. Diskussion. 201/5 **Der Einberufer.**

**Vereinigte Bade-Anstalten** G. m. b. H.  
 1. **Wilhelmsbad** SW. Schützenstr. 18. Fernspr. Amt I, Nr. 2702. **Wannenbäder 0,40—1,50** (Elegante Salons). 1493/5  
 Neu!!! Russ.-Römische mit Licht-Luftperibassin.  
 2. **Bürgerbad** (Eröffnung November 1904) NO. Weberstr. 40b. **Sämtliche medizinisch. Bäder.**  
 3. **Erstes Lohtanninbad** Wallstr. 70/71, Neu-Kölln a. W. 6/8. Fernspr. IV, Nr. 2299. **Größtes Spezialbad für Lohtanninbäder aus täglich frischer Abkochung.** Früher vorausgabte Billets werden in Zahlung genommen.  
 In allen 3 Badeanstalten werden sämtliche mediz. Bäder, elektr. Licht- und Dampfheizkasten (in Nr. 2 u. 3 täglich auch für Damen) verabfolgt.  
**Spec. Kohlensäure Sool- } Peribäder auch außer dem Hause. Stahl- u. Sauerstoff- }**

**H. & P. Uder** Berlin SO. 10. Engel-Ufer 5. **Tabakfabrik.** 5660L\*  
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in **Cigarren, Cigaretten,** Rauch-, Kau- und Schnupftabaken. **Amt 4, 3014.**  
 Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Gerichts-Zeitung.

Bankier Fritz Meyer vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute die Verhandlung gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführten Bankier Fritz Meyer. Der Angeklagte ist des Verbrechens und Vergehens gegen das Depotgesetz, des Konkursvergehens (Differenzhandel) und der Untreue beschuldigt. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Bonhoff, die Anklage vertritt Staatsanwalt Langen, die Verteidigung führen Justizrat Vinner und Rechtsanwält Leopold Friedmann. Als medizinische Sachverständige sind Professor Dr. Straßmann, Sanitätsrat Dr. Leymann, Gerichtsarzt Dr. Hoffmann, ferner als Bankfachverständiger Direktor Leopold Steinthal von der Wallerbank und als Bücherfachverständiger Wäckerlevisor Kruse zur Stelle. — Das Verbrechen des Angeklagten am 22. Februar d. J. ereigte seiner Zeit in Börsentreuen großes Aufsehen. Der Angeklagte, der jetzt 47 Jahre alt ist, hat im Bankgeschäft gelernt und ist hier und außerhalb viele Jahre händig als Angestellter im Bankfach tätig gewesen. Im Jahre 1886 trat er als Mitinhaber in die seit 1879 bestehende Bankfirma Meyer u. Wiener an Stelle seines nebenleidenden Bruders. Im Jahre 1891 trennte er sich von seinem Socius Wiener und errichtete in der Reußdammstraße ein anderes Bankgeschäft unter der Firma Fritz Meyer. Damals hatte er ein Vermögen von 400 000 Mark. Die Kundschaft war klein und reichte für ihn nicht aus. Er versuchte deshalb sein Geschäft zu vergrößern und legte sich hauptsächlich auf den Handel mit inländischen Fonds. Er erreichte dabei

große Erfolge,

daß es ihm bald gelang, zu fast allen hiesigen größeren Banken in Geschäftsverbindung zu treten. Er hatte schließlich fast an allen Lieferplätzen Deutschlands Meta-Verbindungen, wurde häufig bei der Placierung von Neu-Emissionen beteiligt und vermittelte nach eigenen Angaben im Laufe der Jahre viele Millionen Anleihen. Nach diesen Erfolgen kam eine Art Großmannsucht über ihn und er wandte sich den Spekulationsgeschäften nicht nur an der hiesigen Börse, sondern an fast allen größeren Plätzen des Auslandes zu. Er machte hauptsächlich Ultimo- und Stellagen-Geschäfte. Er engagierte sich mit sehr hohen Summen, spekulierte in waghalsigster Weise und war ein unverbesserlicher Optimist, der, als die Gerüchte vom bevorstehenden Ausbruch des russisch-japanischen Krieges immer festeren Gestalt annahmen, immer den Standpunkt vertrat, daß es doch nicht zum Kriege kommen werde. Am 1. Januar 1904 belief sich sein Geschäftsvermögen auf 255 159 M. Er steckte Mitte Januar noch 60 000 M. aus dem Vermögen seiner Frau und über 100 000 M. aus dem Vermögen von Verwandten in das Geschäft, das nach und nach eine solche Ausdehnung gewonnen hatte, daß er 16 junge Leute, darunter drei Prokuristen, angestellt hatte. Im Januar hatte er infolge der schlechten Börseinstellung einen Verlust von 281 339 M., und zwar sind von diesen bei Ultimo-Geschäften 241 605 M., der Rest von 39 734 M. bei Kassengeschäften verloren. Am 31. Januar 1904 hatte er eine Unterbilanz von 40 561 M. Als am 9. Februar die Nachricht von dem Ausbruch des Krieges einen plötzlichen Kurssturz an der Börse zur Folge hatte, beließen sich die hauptsächlich in Stellagen und Ultimo-Geschäften bestehenden Engagements des Angeklagten auf etwa 20 Millionen Mark. Er mußte nun täglich Zuschüsse geben und suchte sich über Wasser zu halten, indem er die bei ihm ruhenden

Depots angriff,

te teils lombardierte, teils verkaufte. Nachdem am 20. Februar an der Pariser Börse ein großer Kurssturz eingetreten war, durch den der Angeklagte gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen wurde, breitete sich an der Börse das Gerücht von seiner Insolvenz. Als er am 22. Februar nachmittags in sein Bureau kam und von seinem Prokuristen die Mitteilung erhielt, daß die Gerichte über seine Insolvenz schon in weitere Schritte gedrungen waren, begab er sich mit 30—40 M. in der Tasche fort und irrte völlig planlos in Berlin umher, bis er sich am 26. Februar freiwillig der Polizei stellte. Die Verluste des Angeklagten für den Monat Februar betragen 2 517 995 M., hieron an Effekten 2 429 817 M. Hieron entfallen auf Kassengeschäfte höchstens 75—100 M., alles übrige auf Differenzgeschäfte. Nach den Feststellungen des Wäckerlevisors Kruse betragen Ende Februar die Aktiva 828 577 M., die Passiva 3 325 628 M., so daß sich eine

Ueberschuldung von 2 497 046 M.

ergibt. Konkurs ist nicht eröffnet worden. Die Gläubiger haben sich unter sich auseinandergesetzt. Für die Gläubiger sind bei der Ausschüttung etwa 10 Proz. herausgekommen. Der Angeklagte stand nicht nur mit den Bankfirmen, zu welchen er kommerzielle Beziehungen hatte, teils in Meta-Verbindung, teils in Conto-korrentverkehr, sondern auch mit vielen seiner Privatkunden aus dem Verwandtenkreise. Die Anklage wirft ihm nun vor, daß er in neun Fällen insofern gegen das Depotgesetz verstoßen, als er über die ihm in Verwahrung gegebenen Depots zu einer Zeit

verfügt habe, als er noch in der Lage war, sie jederzeit aus eigenem Vermögen ersetzen zu können, daneben läuft aber noch der viel schwerere Vorwurf, daß er in vier Fällen über Depots noch verfügt habe, als ihm das Bewußtsein seiner Zahlungsunfähigkeit und Ueberschuldung schon innegewohnt haben müsse. Die Anklage behauptet, daß ihm dieses Bewußtsein schon im Januar gekommen sein müsse, der Angeklagte aber bestritt dies und will erst Mitte Februar zu der Erkenntnis der wahren Lage seines Geschäfts gekommen sein. Er behauptet außerdem, daß er teilsweise von seinen Auftraggebern die Erlaubnis gehabt habe, über die deponierten Wertpapiere im Bedarfsfalle zu verfügen. Im Januar 1904 habe er sich noch in günstiger Vermögenslage befunden und sei jeder Zeit zur Einlösung der Verpfändungen in der Lage gewesen. Er sei überzeugt, daß, wenn er infolge seines körperlichen und seelischen Zustandes — schwere Unglücksfälle in den Kreisen intimer Bekannter hätten depressierend auf ihn eingewirkt — schließlich nicht völlig loslos und außerordentlich aufgereggt geworden wäre, er sehr wohl aus der kritischen Lage herausgekommen wäre, denn die Börse, sowie seine zahlreichen Freunde und Verwandten hätten sicher alles getan, um ihn zu halten. Für die Verhandlung sind zwei Tage angesetzt.

In dem Prozeß wurde durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß der Angeklagte, der verheiratet ist, aber Kinder nicht besitzt, im ganzen sehr einfach gelebt, andererseits aber eine Wohnung in der Corneliusstraße zum Mietspreise von 5000 M. jährlich inne hatte. Es wurde ferner befunden, daß der Angeklagte, in dessen Familie mehrere Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen sind und der zur Zeit seiner großen Börseerfolge von einem großen Selbstgefühl beherrscht war, in der Folge sehr nervös geworden ist. Von einzelnen der benannten Zeugen wurde auf Befragen die Erklärung abgegeben, daß sie zwar die Erlaubnis zur Verfügung über die Depots nicht erteilt haben, die Erlaubnis aber voraussichtlich erteilt haben würden, wenn der Angeklagte sie gebeten hätte, ihm zu gestatten, sich durch die Depots aus augenblicklichen Verlegenheiten zu helfen. Es handelt sich bei diesen Zeugen zumeist um Verwandte des Angeklagten. Ein nicht zum Verwandtenkreise gehöriger Zeuge aus Dresden befandete, daß der Angeklagte nicht ein Verfügungsrecht über sein Depot hatte, doch entschuldigte sich der Angeklagte damit, daß dieser Zeuge ihm vorübergehend aus Gelder schuldig geworden sei und er sich deshalb auch in diesem Falle berechtigt gehalten habe, vorübergehend über das Papier zu verfügen. — Der Sachverständige Direktor Steinthal befandete auf Befragen, daß der Angeklagte am 30. Januar bezw. am 7. Februar noch nicht die Ueberzeugung von seiner Ueberschuldung notwendigweise haben mußte. Von den benannten medizinischen Sachverständigen gaben Sanitätsrat Dr. Leymann und Prof. Dr. Straßmann übereinstimmend ihr Gutachten dahin ab, daß eine krankhafte

Störung der Geisteskräfte,

die nach § 51 Strafrecht bedingte, nicht vorliege. Andererseits sei der Angeklagte in ungewöhnlich hohem Maße erblich belastet, ein ausgesprochener Neurastheniker, voll Aufregung, Unruhe und Unfähigkeit, der unter dem Mangel an Harmonie im seelischen Gleichgewicht leide. Eine solche Neurasthenie auf konstitutioneller Grundlage, die eine geringe Fähigkeit zu ruhiger Ueberlegung im Gefolge habe, habe zweifellos bei den strafbaren Handlungen, die dem Angeklagten zur Last fallen, mitgewirkt. Auch der Gefängnisarzt Dr. Hoffmann bestätigte, daß bei dem Angeklagten, der seiner Zeit im Zustande völligen Zusammenbruchs ins Gefängnis eingeliefert wurde, eine erhebliche erbliche Belastung vorliegt, er ging jedoch nicht so weit, eine verminderte geistige Zurückbildungsfähigkeit, sondern nur eine verminderte Kraft des Willens anzuerkennen. — Die Beweisaufnahme wurde hierauf geschlossen. Am Dienstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Vermischtes.

Nachmal: Herr Harden an der Arbeit. Genosse Dr. Siede-Itum bittet uns um die Veröffentlichung folgender Zeilen: „Im vorletzten Hefte der „Zukunft“ behauptete Herr Harden, die frühere Kronprinzessin von Sachsen habe sich „dankebar gezeigt“, als ich mich ihrer nach ihrer Flucht gegen die Freikassaten des sächsischen Hofes angenommen hatte. Aus dem Sage sollte und mußte man natürlich herauslesen, ich hätte damals unehrenhaft gehandelt und entweder Geld von jener Frau genommen oder ihre Gutmütigkeit. Nachdem ich solche Verleumdung gebührend gekennzeichnet habe, kommt Herr Harden im letzten Hefte der „Zukunft“ mit dem mehr als albernen Märchen, seine Worte hätten auf einen angeblichen Dankesbrief der Prinzessin anspielen sollen. Das wäre Herrn Harden gerade eine stilistische Geschmackslosigkeit wert gewesen! Er muß seine Leser doch für — hochgradig naiv halten. In der That hat wohl selten ein Dämpling so lässlich gekniffen, und noch nie hat Herr Harden so deutlich gezeigt, mit welchen „Künsten“ er sein Gewerbe betreibt.“

Ausbreitungen russischer Soldaten. Schwere Ausbreitungen haben wieder einmal russische Soldaten an deutschen Weichselrüssen

verübt. Als vier Oberlöhne bei der Festung Rowo Georgiewsk vorüberfuhren, kamen, wie ein Telegramm aus Thorn meldet, mehrere Soldaten der Festungswache auf einem Kahn zu den Schiffen, nahmen den Führer Lastowski fest und brachten ihn zur Festung. Lastowski erlangte die Freiheit wieder, nachdem er fünf Rubel bezahlt hatte, ohne daß die Vernehmung durch einen Offizier erfolgte. Solche Erfahrungen sind in letzter Zeit wiederholt an Schiffen verübt worden. Sie sind bei der offiziellen Russenfreundschaft ja auch ganz begreiflich.

Der Ausbruch des Besub. Der Besub zeigt wieder, wie aus Neapel depechiert wird, vermehrte Tätigkeit. Der oberste Bahnhof der Drahtseilbahn steht in Flammen. Aus dem Atrio del Cavallo wurde ein Steinblock von 18 Tonnen Gewicht geschleudert. Fortwährend fliehen Lavaströme aus. Man hört zahlreiche sehr heftige Explosionen. Die Evakuierung am Besub ist ruhig.

Schwarze Posten in Thorn. Wie man aus Thorn meldet, ist in einer dortigen Kaserne ein Infanterist an schwarzen Pocken erkrankt und im Garnisonlazarett gestorben. Die Kaserne ist streng abgesperrt. Niemand darf sie verlassen, auch dürfen von außerhalb kommende Personen die Kaserne nicht betreten. Der Verstorbene ist während der Wandüberübungen mit russischen Ribbenarbeitern, die in der Nähe von Thorn beschäftigt waren, in Verührung gekommen und hat sich dabei wahrscheinlich angesteckt.

45 Personen bei einem Eisenbahn-Unglück getötet. Die Southern Railway Company macht, wie aus Atlanta berichtet wird, bekannt, daß bei dem schon gemeldeten Eisenbahn-Unglück unweit Newark in Tennessee 45 Personen getötet und 120, darunter viele lebensgefährlich, verletzt worden sind. Beide Jüge waren mit einer Geschwindigkeit von über 50 Kilometern gefahren. Die Maschinisten beider Jüge sind tot. Das Unglück wird auf einen Irrtum in Bezug auf die Ausweichstelle für die beiden Jüge zurückgeführt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 22. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Gedächtnis der Internationalen. — Das Recht auf die Mutterhaft. Von Oda Döberig (Rom). — Bäuerliche Hausgenossenschaften in Serbien. Von Milorad Popowitsch. — Zur Frage des Organisationswanges. Von F. Sauer. — Die sozialistische Jugendgarde Belgiens. Von Martin Löhrner. — Der Kleinw. — Gesellschaft und die Arbeiter- und Bauernbewegung. Von Hugo Hilg. — Die Sterbefälle an akuten Infektionskrankheiten in den europäischen Staaten 1891—1900. Von W.-n. — Literarische Rundschau: Gustav Koepper, Handwerkerhandwerkerrecht. Von ad. dr. O. Wittner, Moritz Hartmanns Jugend. Von A. G. Paul Kerner, Das Keurenfeld. Von Franz Dietrich. Dr. Franz Lubwig, Die Gesundheitsmittel in Deutschland. Von ad. dr. — Notizen: Die Strahlungsmitel des Kantons Baselstadt in südlicher Beleuchtung. Von Dr. A. Dery. Die Knappschafts-Vereinsgenossenschaft im Jahre 1903. Von G. Rind. Zur internationalen Bewegung, Verwaltung und Statistik des Spartakuspartei. Von W.-n. Der Weltkampf zwischen Gas- und elektrischem Licht. Von sw.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 9. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: 1. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 2. Aus der Geschichte des Sozialismus. Das Protokoll des Berliner Kongresses der deutschen Sozialdemokratie. Sankt Marx. Aus einem nachgelassenen Werk von Karl Engels über Max Stirner. (Erläut.) 3. Urkunden des Sozialismus. Ein Agrarprogramm der französischen Arbeiterpartei. 4. Der Sozialismus in den Reichskolonien.

Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartalabonnement zulässig. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

„Süddeutscher Postikon“. Die Schlusssnummer des III. Quartals trägt das Titelbild: „Schreiben Sie, daß es werd a Reingungsbetrag“. Die weiteren Bilder sind: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst niemand auf der Welt. — Das internationale sozialistische Bureau. — „Eonderbar“ und „Ruffisches Gnadenmanuskript“, beide in Farben gedruckt. — Der terrillische Inhalt umfaßt eine bunte Reihe Satiren: Vom deutschen Vorkriegsrecht in Wien (Gedicht). — Die verstellte Reise nach dem Kriegsschauplatz. — Ein Märlein aus uralten Zeiten (Gedicht). — Unzuverlässige Deutschen (Gedicht). — Von der Kaisermandorla an die Wasserfontäne. — Zum Märchen-Quellbäum. — Moderne Stedbriefe. — In den Storch (Gedicht) und zahlreiche lustige oder bittige Ländchen.

Hugo Lubnow. Die Wahrheit über das Leben. Preis 2 Mark. Berlin W. 30. 1904. Schmalzer u. Lubnow.

Moleküle, Atome, Weltatome. Von Dr. Gustav Mie, außerordentlicher Professor der Physik in Greifswald. Mit 27 Figuren im Text. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 58. Bändchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. (IV u. 138 S.) 8. Preis geb. 1.— M., geschmacklos gebunden 1,25 M.

Thomas Spence. Das Gemeineigentum am Boden. Preis 50 Pf. geb. 90 Pf. Leipzig 1904. C. L. Hirschfeld.

Advertisement for Sunlight Soap. The illustration shows a woman in a long dress and apron washing clothes in a wooden tub. A child is sitting on the edge of the tub, holding a bowl. The text reads: 'Sunlight Seife. Mit wenig Arbeitsaufwand bewältigen Wäscherinnen und die Waschanstalten beim Gebrauch von Sunlight Seife die schwierigsten Wäschestücke. Sie bedürfen dann keinerlei scharfer Chemikalien und tensifischer Erfindungen zur Erleichterung der Arbeit auf Kosten der Wäsche. Sunlight Seife reinigt allein durch ihre eigene Reinigungskraft — ohne daß derselben bei ihrer Herstellung nur der geringste scharfe Bestandteil beigemischt ist — und zwar durch ihren hohen Fettgehalt. Die Reinheit der zu ihrer Fabrikation verwendeten Fette und Oele wird garantiert. Die Wäsche wird geschont, die Hände und die Haut werden nicht angegriffen. Sunlight Seife erspart Geld und Zeit, Gesundheit und Kraft.'



Schöneberg, Hauptstr. 153. **Wilhelm Joseph**, Berlin, Grossgörschenstr. 1.

**Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Enorm reduzierte Preise**

**Reinwollene Cheviots 3 Spezial-Qualitäten** **Ein Posten Herbst-Neuheiten**  
 in schwarz u. allen modernen Farben. Qualität I prima Wolle, doppelt breit. Mtr. 75 Pf.  
 Qualität II prima Wolle, doppelt breit. Mtr. 94 Pf.  
 Qualität III prima Wolle, doppelt breit. Mtr. 1.25 M.  
 Engl. Noppen, Fantasiestoffen, zweiteiligen Geweben, Lodenstoffe und Zibellnes, Zibeline Diagonal. Regulärer Wert bis 3 M. das Meter 1.75 M., 1.45 M., 98 Pf., 65 Pf.

Ein Posten **schottische Blusenstoffe**  
 doppelt breit in blau-grün und anderen Farben  
 das Meter 1.35 M., 1.00 M., 65 Pf. Regulärer Wert bis 2 M.

**Besonderer Gelegenheitskauf:**  
 1 Posten Blusen-Samte hochpart. Muster, M. 1.75, 1.45  
 1 Posten Blusen-Samte blau-gr. kar. u. gestr. M. 2.25, 1.95

**Seidenstoffe.**  
 Ein Posten Schwarz Reinsid. Merveilleux 95 Pf.  
 Ein Posten Schwarz Reinsid. Damassé M. 1.35  
 Ein Posten Reinsid. Blusenstoffe, Streifen, Chiné etc., Damassé 1.65 M. 1.25  
 Ein Posten Reinsid. Schatten M. 2.25 1.75

**Damen-Konfektion für Herbst u. Winter in reichhaltigster Auswahl.**

Ein Posten **Kostüme** neue Fassons aus Cheviot in grosser Farbauswahl 14.25  
 Ein Posten **Paletots** marengo und schwarz aus guten Stoffen, moderne Sakko-Form 6.75 M.

**Golf-Blusen** (Reinw. Ratiné) alle Farben 8.90 M.  
 Ein Posten **fasziner Rüsche**, engl. Stoff 3.95 M.  
 Ein Posten **schwarzer Cheviot-Rüsche** mit Tresse besetzt 4.25 M.  
 Ein Posten **Unterösche** aus Tuch 2.85 M.  
 Ein Posten **Unterösche** aus Moiré 3.95 M.

**Kinder-Jacken** in 7 Grössen, verschiedene Stoffe, glatt und genoppt von 3.25 M. an.  
**Kinder-Capes** aus blau Cheviot mit roter Kappe 2.75 M.

**Leinen- und Baumwollwaren.**  
 Elsasser Hemdentuch 28, 22 Pf.  
 Piqué und Croisé-Barchend 53, 48 Pf.  
 Luisiana-Tuch 38, 34 Pf.  
 Inlett, rot und rosa gestreift, Kissbreite 69 Pf., Deckbreite 1.02 M. 43 Pf., 62 Pf.  
 Fertige Bettlaken ohne Naht 1.10 M.  
 Bettbezüge, weiss und weiss-rot, Deckbett mit zwei Kissen, fertig genäht 3.95  
 Gerstenkorn-Handtücher 1/2 Dtzd. 1.45 M.  
 Damast- u. Drell-Handtücher 1/2 Dtzd. 2.25, 1.75 M.  
 Rolltücher 1 Stck. 65, 48 M.

**Fertige Wäsche.**  
 Damen-Hemden mit Spitze 1.50, 1.25 98 Pf.  
 Damen-Hemden, Achselabschluss mit Handstickerei 1.05, 1.50 1.35 M.  
 Façon-Hemden mit Stickerei-Volant 1.75, 1.50 1.35 M.  
 Damen-Beinkleider mit Spitze und Stickerei 1.50, 1.15 98 Pf.  
 Damen-Nachtjacken mit Spitze 1, 1.25 M. 98 Pf.  
 Weisse Stickerei-Volant-Rösche 3.25, 2.95 2.25 M.  
 Anstands-Rösche mit Languetto 1.50 1.15 M.

**Futterstoffe.**  
 Jaconet, grau, schwarz, weiss 28 Pf.  
 Tailen-Cöper 28 Pf.  
 Tailen-Futter, doppelseitig 34 Pf.  
 Kleider-Satins 55 Pf.  
 Alpacca 38 Pf.  
 Rauschfutter 29 Pf.

**Ein Posten leicht angestaubter Damenwäsche**  
 (Fensteraschen) bedeutend ermässigt.

**Trikotagen.**  
 Herren-Strick-Socken 65, 45 Pf.  
 Damen-Strick-Strümpfe, diamantschwarz 65, 55 Pf.  
 Herren-Normal-Beinkleider 1.20 M., 98 Pf.

Ein Posten **Korsette** tadelloser Sitz, reich garniert, Stück 1.20 M.  
 Ein Posten **Korsette** Prima Sat.-Drell, Front-Korsett, 1 Stck 1.05 M.

Ein Posten **Damentändelschürzen** 65, 50, 48 Pf.  
 Ein Posten **Damenwirtschaftsschürzen** 1.25, 95 Pf.

**Wollene Tailen-Tücher** schott. Muster 1.05, 2.95 M.  
**Wollene Umschlag-Tücher** schw. Qual. 45, 3.95 2. M.

Ein Posten **Strick-Wolle**, naturmelirt und diamantschwarz, besonders preiswert, das Pfd. 1.45 M.  
**Herren Normal-Hemden** 1.20, 98 Pf.  
**Herren Normal-Hemden**, schwere Qual. 1.65 1. M.

**Bett-, Sopha-, Salon-, Speisezimmer-Teppiche**  
 Eine Partie  
 Gr. 50/100 Gr. 130/200 Gr. 200/300 Gr. 250/350  
 78 Pf. 4.65 M. 11.15 M. 16.45 M.

**3500 Fenster englische Toll-Gardinen**  
 p. Fenster, 2 Flügel 3.25, 2.85, 2.25, 1.50, 1.10 M.

Ein Posten **Stoppdecken** aus Satin-Brillant mit guter Wattfüllung 4.85 M. 3.65 M.  
 Ein Posten **Bettlaken**, weiche, mollige Qualität, Gr. 140/200 1.55 M.

**Zum halben Preis! Angestaubte Gardinen Bestände 1-3 Fenster Zum halben Preis!**

Trotz dieser enorm billigen Preise gewähre bei jedem Einkauf **Bar-Auszahlungen** von **10%** oder doppelte Rabatt-Sparmarken. **Dienstag, Mittwoch, Donnerstag**

**Einsegnungs-Anzüge**  
 in den neuesten façons in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot.  
**Julius Lindenbaum,**  
 Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. 43L\*  
 Größtes Etablissement des Ostens, Nordostens und Südostens.  
 X Anerkannt reellste und billigste Bezugsquelle. X



**Münchener Bürger-Bräu.**  
 Braun- u. Hellquell.  
 Special-Ausschank  
 Niederwallstraße 25  
 (nächst dem Spittelmarkt).  
 Oekonom  
 Lambert Meixner.



**Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr**  
 bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutes (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.—, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50.—, Silberne Remontoir v. 9.—, Regulatours, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie. 3897L\*  
**Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.**

**Trinkt Bilz-Brause.**  
 Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.  
 Otto Starick, N.O. Landsberger Allee 6-7.  
 Tel. VII 1666.



**Nächste Woche Ziehung!**  
**Quedlinburger Lose à 1 M.**  
 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 Pf.  
 Pferde-Gewinne sofort verkäuflich gegen  
**Bar Geld.**  
 1500 Gewinne im Werte von M.  
**23 000.**  
 Hauptgewinn i. W. v. Mk.  
**5000.**  
 Lose versendet auch gegen Nachnahme  
**Carl Krebs, Quedlinburg 6.**  
 Zu haben in den Lotterie- u. Cigarren-Geschäften. 418L\*

Som 1. Oktober ab halte ich Karl-Strasse 20a (im Hause der Kaiser Friedrich - Apotheke) täglich von 1/2 2-1/2, 3 eine Lotterie für Kinder-Krantheiten ab. 32/7\*

**Dr. Paul Marcuse,**  
 Arzt, Kinderarzt,  
 N., Brunnen-Strasse 138.  
 8-9, 1/2 5-6, außer Mittwoch.

**Die Möbelfabrik von Adalbert Schulz**  
 Reichenbergerstr. 5  
 liefert Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt ge- diegener Ausführung zu äusserst billigen Preisen.  
 Coulanteste Bedingungen.  
 T.-A. IV 6877. [79L\*]




**Hervorragende Konsum-Cigarre!**  
 Angenehm milder Geschmack - zuverlässiger Brand - weiße Asche.  
**Italia**  
 Original-Abbildung - 100 Stück 4.00 Mk.  
 Ausführliche Preisliste gratis und franco.  
**Reinhard Hellmich** Engros-Berlin, Behren-Lager, Str. 52.  
 Kein Laden - Eingang im Flur rechts - neben Passage.



**Jede Uhr**  
 zu reinigen kostet bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Bruch. Kleine Reparaturen billiger. Trauringe in jedem Gold und Double zu billigsten Preisen in jeder Preislage und Nummern frei am Lager. Grosse Kotten-Lager zu allen Breiten. 47122\*  
**Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,**  
 Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 118.



**Eröffnung**  
**Dienstag,**  
 den 27. September.  
 3682\*

**Vereine.** Zimmer für 80 und 90 Personen, auch für Gefangene. Neues Piano. Dirschenstr. 39. I. Etage, Karl Grosser. (Zwischen Bahnhof Börse und Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1913. Verzeichniss des Verbandes deutscher Gastwirtschaften. 2172\*

**Dr. Simmel,** Prizen-Str. 41, [25/12\*]  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Möbel Rich. Rosien**  
 315L\* N., Schwedterstrasse 26.  
 Zur Saison empfehle meiner geehrten Kundschaft mein reichhaltiges Möbellager zur gef. Besichtigung.  
 Abonnenten des „Vorwärts“ gewähre bei Bar-Einkauf **4 Prozent Rabatt.**



